



Freie und Hansestadt Hamburg
Staatliche Pressestelle

22. Juli 2003

**Fortschreibung des Leitbildes:
Metropole Hamburg - Wachsende Stadt**

Metropole Hamburg
Wachsende
Stadt



Fortschreibung des Leitbildes: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt

Gliederung

I. Leitbildstrategie: "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt"

1. Zwischenbilanz

- 1.1 Weiterentwicklung der Leitbildstrategie
- 1.2 Ergebnisse der Leitbildstrategie nach einem Jahr

2. Rahmenbedingungen

- 2.1 Demographische Entwicklung
- 2.2 Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung
- 2.3 Internationale Stellung Hamburgs
- 2.4 Finanzpolitische Rahmenbedingungen

3. Ziele und Schwerpunkte des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt"

4. Einbeziehung der Öffentlichkeit im Rahmen der Kommunikations- und Beteiligungsstrategie

- 4.1 Kommunikations- und Beteiligungskonzept
- 4.2 DEMOS-Ideenwettbewerb

II. Umsetzungsstand, bisherige Ergebnisse und Weiterentwicklung der Handlungsfelder des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt"

1. Erhöhung der Verfügbarkeit von Wohnbau- und Gewerbeflächen, Verbesserung des Flächenmanagements und Förderung des Wohnangebots

- 1.1 Wohnbauflächen
- 1.2 Gewerbeflächen
- 1.3 Weiterentwicklung des Flächenmanagements
 - 1.3.1 Innenentwicklung und Nachverdichtung
 - 1.3.2 Allgemeine Ansätze des Flächenmanagements
- 1.4 Entwicklung des Harburger Wirtschaftsraums
- 1.5 Erhöhung der Attraktivität des Wohnangebots sowie Information und Beratung
 - 1.5.1 Beitrag der Wohnungsbauförderung
 - 1.5.2 Ressourcenschonendes Bauen
 - 1.5.3 Information und Beratung
- 1.6 Erreichter Stand und Ausblick

2. Förderung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums

- 2.1 Förderung von Kompetenz-Clustern mit internationaler Ausstrahlung
 - 2.1.1 Cluster: Life Science
 - 2.1.2 Cluster: Nanotechnologie
 - 2.1.3 Cluster: IT und Medien
 - 2.1.3.1 IT-Wirtschaft
 - 2.1.3.2 Medien- und Musikstandort
 - 2.1.4 Cluster: Luftfahrt
 - 2.1.5 Cluster: Hafen und Logistik
 - 2.1.6 China-Cluster
 - 2.1.7 Cluster: Regenerative Energien
- 2.2 Ostseeregion als Potenzial für die Wachsende Stadt
- 2.3 Mittelstandsförderung
- 2.4 Neukonzeption der Arbeitsmarktpolitik
 - 2.4.1 Direkt integrierende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Programme in Betrieben des regulären Arbeitsmarktes
 - 2.4.2 Flankierende Unterstützung der Ansiedlung neuer Betriebe und Stärkung des Wachstums
 - 2.4.3 Aktivierende Arbeitsmarktpolitik für Zuwanderinnen und Zuwanderer
 - 2.4.4 Integration junger Migrantinnen und Migranten in Arbeit und Ausbildung

3. Stärkung des Bildungs- und Wissenschaftsstandortes und des Know-how-Transfers

- 3.1 Stärkung des Wissenschaftsstandortes
 - 3.1.1 Novellierung des Hamburgischen Hochschulmodernisierungsgesetzes
 - 3.1.2 Strukturreform und Leitlinien für die Entwicklung der Hamburger Hochschulen
 - 3.1.3 Qualitätsoffensive in der Forschung
 - 3.1.4 Modularisierte Studiengänge
 - 3.1.5 Hochschulübergreifender Know-how-Transfer - Hamburg Innovation GmbH
- 3.2 Stärkung des Bildungsstandortes
 - 3.2.1 Qualität der Hamburger Schulen und Marketing für den Schulstandort Hamburg
 - 3.2.2 Kompetenzzentrum des Hamburger Handwerks

4. Steigerung der internationalen Attraktivität

- 4.1 HafenCity
- 4.2 Sprung über die Elbe
- 4.3 Internationale Gartenschau 2013
- 4.4 Internationale Bauausstellung 2013
- 4.5 Stärkung der Zentrenfunktion

- 4.6 Hamburg Messe und Congress Centrum Hamburg
- 4.7 Tourismusförderung
- 4.8 Weiterentwicklung Hamburgs als Kulturmetropole
 - 4.8.1 Kultur als Standortfaktor und Unternehmensinitiative Kultur
 - 4.8.2 Kinder- und Jugendkultur
- 4.9 Standortmarketing und internationale Marketingstrategie
- 4.10 Lebensqualität durch öffentliche Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt

5. Stärkung der Metropolregion Hamburg

- 5.1 Verstärkte Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg
- 5.2 Verstärkte Kooperationen mit anderen Metropolregionen

6. Familienförderung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien

- 6.1 Familienpolitisches Programm
- 6.2 Einführung eines Familienpasses
- 6.3 Maßnahmenkatalog: Kinderfreundliche Gestaltung und Verbesserung der Spielraum-Situation
- 6.4 Verbesserung der Kinderbetreuung
- 6.5 Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- 6.6 Verbesserung der urbanen Lebensqualität für Familien
 - 6.6.1 Kleingärten als Angebote für Familien
 - 6.6.2 Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in Hamburg

7. Zukunftsfähigkeit und Wachsende Stadt

- 7.1 Nachhaltiges Wirtschaften und Ressourceneffizienz
- 7.2 Flächenrecycling
- 7.3 Ländliche Räume / Kulturlandschaften

8. Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des Mobilitätsmanagements

III. Zusammenfassung der Petita

I. Leitbildstrategie "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt"

1. Zwischenbilanz

1.1 Weiterentwicklung der Leitbildstrategie

Der Senat hat mit dem Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" eine neue und langfristig tragende Vision für die Stadt formuliert. Hamburg zu einer wachsenden und pulsierenden Metropole mit internationaler Ausstrahlung zu entwickeln, ist in der Öffentlichkeit auf eine große Resonanz gestoßen. Das Leitbild verfolgt eine qualitative Wachstumsstrategie, in der eine Bündelung verschiedener Handlungsfelder auf die Ziele der Wachsenden Stadt stattfindet: Hamburg will seine Metropolfunktion regional, national und international ausbauen und überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum fördern, die Einwohnerzahl erhöhen und die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit der Stadt sichern. Das Wachstum soll gesteuert, nachhaltig und Ressourcen schonend erfolgen. Der Charakter Hamburgs als Grüne Metropole am Wasser soll erhalten bleiben. Die Profilierung Hamburgs auf internationaler Ebene soll Hamburg zu einer unverwechselbaren Marke weiterentwickeln.

Vor einem Jahr hat der Senat mit der Drucksache Nr. 2002/0672 vom 26.06.2003 eine umfassende Leitbildstrategie beschlossen und dabei den Fokus auf wesentliche Wachstumsfaktoren gelegt. Es wurden Schwerpunktsetzungen in den Feldern vorgenommen, die Voraussetzungen oder neue Impulse für Wachstum schaffen und zu einer stärkeren Profilbildung dienen. Diese Strategie wird mit dieser Fortschreibungsdrucksache weiterentwickelt. Weiche Faktoren für eine qualitative Wachstumsstrategie sowie die Sicherung der Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit der Stadt werden stärker betont.

Schwung der Olympia-Bewerbung für die Wachsende Stadt nutzen

Im Zusammenhang mit der nationalen Bewerbung Hamburgs um die Olympischen Spiele 2012 sind die enormen Potenziale der Metropole Hamburg deutlich geworden. Die Bewerbungsgesellschaft hat mit Unterstützung der Hamburger Wirtschaft und einem breiten gesellschaftlichen Engagement durch effektive Arbeitsweise und Public-Private-Partnership in kürzester Zeit Hervorragendes geleistet. Es ist gelungen, in der ganzen Stadt eine Begeisterung für die Idee auszulösen und eine Aufbruchstimmung mit positiver Zukunftseinschätzung zu erzeugen. Zugleich wurde aber auch deutlich, dass die Aktivitäten im Bereich des Standortmarketings national und insbesondere international wesentlich verstärkt werden müssen, wenn Hamburg im internationalen Standortwettbewerb bestehen will. Diese Feststellung gilt unabhängig von einer internationalen Bewerbung Hamburgs um die Olympischen Spiele. Denn das internationale Marketing ist heute entscheidend für eine erfolgreiche Wachstumsstrategie. Die sektoralen Marketingaktivitäten verschiedener Institutionen sollen daher ergänzt werden um ein umfassendes Standortmarketing, mit dem sich "Hamburg" zu einer international unverwechselbaren Marke profiliert. Dazu wird eine neue GmbH in Kooperation mit der Handelskammer Hamburg und unterstützt durch die Hamburger Wirtschaft gegründet. Hamburgs Internationalität soll auch durch Großevents wie die Internationale Gartenschau 2013, die Bambi-Verleihung, die Verleihung der World-Awards, die HEW-Cyclastics, Tennis am Rothenbaum, dem Holsten City Man sowie

die Akquisition neuer und großer Ereignisse in den Bereichen Sport und Kultur weiter gestärkt werden.

Öffentlichkeit für die Wachsende Stadt begeistern

Das Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" kann nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn in der Öffentlichkeit eine breite Akzeptanz dafür besteht und möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen das Leitbild mittragen und mit Leben erfüllen. Denn die Ziele des Leitbildes weisen weit in die Zukunft Hamburgs. Dazu wurde ein öffentlicher Dialog begonnen, der künftig einen noch höheren Stellenwert haben muss. Über das Leitbild und die Umsetzungsstrategie wurde auf Veranstaltungen und mittels Internetportal und Flyer informiert. Dialog- und Beteiligungsmöglichkeiten wurden über den DEMOS-Ideenwettbewerb im Internet Ende 2002, die "Vision Tour" am 12. Juni 2003 und das Forum "Wachsende Stadt" am 3. Juli 2003 geschaffen. Themenbezogene Workshops ergänzen und vertiefen diese Dialoge.

Für eine breite Akzeptanz in der Öffentlichkeit und aktive Unterstützung des Leitbildes sollen Leitprojekte entwickelt werden, die den durch Olympia entstandenen Schwung erhalten können. Im Rahmen des Forums "Wachsende Stadt" - getragen von Spitzenvertreterinnen und -vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport, Kirchen, Gewerkschaften, Umwelt- und Naturschutzverbänden und Medien - wurden drei Leitprojekte beraten. Sie stießen auf eine breite Zustimmung und sollen daher im 2. Halbjahr 2003 unter Einbeziehung der Vielzahl von Anregungen der Forumsteilnehmer weiter konkretisiert werden:

- "Sprung über die Elbe" - mit den Ideen: Internationale Bauausstellung 2013 als Klammer für neue Wohnformen und Wohnorte in der Stadt und am Wasser, neue Arbeitswelten an alten Arbeitsstandorten, sowie als Klammer für die Räume HafenCity, Flussinseln Veddel und Wilhelmsburg mit der Internationalen Gartenschau 2013, Harburger Binnenhafen mit der Schlossinsel sowie Brücken über den Fluss.
- "Sportstadt Hamburg" - mit den Ideen: Breitensportförderung; die Stadt als Sportstätte: Flüsse und Fleete, Parks und Plätze, Wege und Straßen; First-Class-Events mit urbanem Ambiente; Medaillenschmiede für Olympia und Hamburg als Brennpunkt für Entscheider und Entscheidungen.
- "Welcome to Hamburg" - mit den Ideen: "Welcome-Center Hamburg" als vielseitige Servicestelle für potentielle Fachkräfte aus dem In- und Ausland und ihre Familien, für Studierende, Neubürger, Investoren und Unternehmen.
- Darüber hinaus wurde die stärkere Fokussierung auf Hamburg als Kulturmetropole und Stadt des Wissens angeregt.

1.2 Ergebnisse der Leitbildstrategie nach einem Jahr

Durch die konsequente Umsetzung einer Vielzahl der über 80 Arbeits- und Prüfaufträge aus der im letzten Sommer beschlossenen Drucksache lassen sich bereits nach einem Jahr Ergebnisse vorweisen, die der Stadt merkliche qualitative Wachstumsimpulse gegeben haben. Durch Bündelung der Kräfte sind viele Projekte erfolgreich auf den Wege gebracht worden.

Voraussetzungen für Wachstum: Erhöhung der Verfügbarkeit von Wohnbau- und Gewerbeflächen

Die Voraussetzungen für Wachstum wurden durch die Erhöhung der Verfügbarkeit von Wohnbau- und Gewerbeflächen in dem geplanten Zeitraum geschaffen. Dazu haben insbesondere die 1. und 2. Tranche des Sofortprogramms beigetragen, mit denen insgesamt 30 Wohnbau- und 19 Gewerbeflächen für eine vordringliche planerische Aufbereitung benannt wurden. Insgesamt beläuft sich der Umfang der zurzeit in Planung befindlichen Wohnbauflächen auf ca. 320 ha, auf denen der Bau von bis zu 10.250 Wohneinheiten (WE) möglich ist. Davon entfallen auf Flächen der 1. und 2. Tranche ca. 176 ha mit bis zu 3.250 WE. Ein Schwerpunkt wird auf den Bau von Einfamilien-, Reihen- und Doppelhäusern liegen. Bei den Gewerbeflächen befinden sich zurzeit mehr als 300 ha in der Planung, davon entfallen ca. 270 ha auf die 1. und 2. Tranche des Sofortprogramms. Durch verschiedene Maßnahmen wurden darüber hinaus die Weichen für ein modernes Ressourcenmanagement gestellt. Der Innenentwicklung und Nachverdichtung, einer vorausschauenden Bodenvorratspolitik und der Aktivierung von anderweitig genutzten gewerblichen Bauflächenreserven kommen dabei ein besonderes Gewicht zu.

Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt

Die Lebensqualität der Stadt zu erhalten und ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern, ist essentielles Ziel des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt". Wachstum darf nicht den Hamburg prägenden Charakter der grünen Metropole am Wasser gefährden und auf Kosten der Lebensqualität gehen. Im Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" sind Wachstum und Sicherung der Lebensqualität kein Widerspruch. Der Strukturwandel der letzten Jahrzehnte hat in Hamburg viele Flächen freigesetzt. Im Gegensatz zu den Annahmen des Stadtentwicklungskonzeptes aus dem Jahr 1996 hat Hamburg keinen Flächenengpass. Es wird aber entscheidend darauf ankommen, sowohl für weitere Flächen des Flächennutzungsplanes verbindliches Baurecht zu schaffen als auch durch Bautätigkeit und Verdichtung die vorhandenen Potenziale richtig zu nutzen, damit die Attraktivität der Stadt und die Lebensqualität für ihre Bewohner nicht beeinträchtigt werden. Die Nutzung von frei werdenden Flächen ist daher ein wichtiges Ziel der Strategie. Die Hafencity, die Harburger Schlossinsel und die Internationale Gartenschau 2013 zur Aufwertung der Wohngebiete in Wilhelmsburg sind Beispiele für die Revitalisierung von Räumen. Der Erhalt an Lebensqualität bedeutet nicht nur, Rücksicht auf diejenigen zu nehmen, die bereits ein Eigenheim haben, sondern auch denen eine Chance zu geben, die sich mit vertretbarem Aufwand eigene vier Wände schaffen wollen. Es gilt daher, weitere Wohngebiete, aber auch Arbeitsstättengebiete mit äußerster Sorgfalt auszuweisen und gleichzeitig vorhandene Flächen stärker zu verdichten. Sicherung der Zukunftsfähigkeit bedeutet auch, die Auswirkungen auf die nächste Generation mit zu bedenken. Grundlegende Entscheidungen müssen in längeren Zeitdimensionen gedacht

werden. Nachfolgende Generationen müssen in die Lage versetzt werden, Hamburgs herausgehobene Stellung in Deutschland und der Welt weiterzuentwickeln.

Handlungsfelder zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt wurden aufgegriffen in den Bereichen: nachhaltiges Wirtschaften und Ressourceneffizienz, Flächenrecycling und ländliche Räume, ressourcenschonendes Bauen, Nutzung regenerativer Energien, soziales Umfeld im Rahmen des Konzepts "Spielraum Stadt" für Kinder und Jugendliche, Kleingärten als Naturraum für Familien mit Kindern und urbane Angebote für ältere Menschen.

Zur Lebensqualität in der Metropole gehört auch, in Hamburg sicher leben zu können sowie ein sauberes Erscheinungsbild der Stadt. Das stärkt die Identifikation der Einwohner mit ihrer Stadt ebenso, wie es die Attraktivität der Stadt für Touristen, zuwanderungswillige qualifizierte Arbeitskräfte und ansiedlungswillige Unternehmen erhöht. Dies trägt zur Verbesserung der urbanen Lebensqualität von Familien bei. Auch hier sind bedeutende Maßnahmen im letzten Jahr vorangebracht worden.

Förderung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums

Aufbau von Kompetenz-Clustern

Mit der Konzentration auf Zukunftsfelder im Rahmen einer cluster-orientierten Wirtschaftspolitik wird ein erfolgversprechender Weg eingeschlagen, um sich im internationalen Standortwettbewerb der Regionen klar zu positionieren. Bestehende Potenziale in den Bereichen: Life Science, Nanotechnologie, IT- und Medien, Luftfahrt, Hafen und Logistik sowie China-Kompetenz werden dazu strategisch in den nächsten Jahren weiterentwickelt.

Für den Aufbau eines europäischen Kompetenzzentrums im Bereich Life Science wurden ein Handlungskonzept erarbeitet und Schwerpunktsetzungen in der Innovativen Medizin sowie in der Verbindung von Technologie und Anwendung vorgenommen. Die Koordinierungsstelle "i-Med" wird die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft unterstützen und innovative Projekte finanziell fördern.

Der Aufbau des Clusters Luftfahrt ist bereits weit fortgeschritten und gehört zu den leistungsstärksten Kooperationsverbänden in Deutschland. Die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden und den Partnern aus Unternehmen, Institutionen sowie Verbänden wurde kontinuierlich ausgebaut. Transparenz über die Aktivitäten wird über das Internetportal www.luftfahrtstandort-hamburg.de und die Herausgabe eines Newsletter geschaffen. Die Initiative Luftfahrtstandort Hamburg präsentiert sich international auf bedeutenden Messen und Kongressen. Daneben werden Workshopreihen zu fachbezogenen Themen von der HWF durchgeführt. Die Qualifizierungsoffensive konnte darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung des Fachkräftepotenzials für Luftfahrtunternehmen und Zuliefererbetriebe leisten. Auch die wissenschaftliche Infrastruktur und die Luftfahrtforschung unterstützen die Förderung des Luftfahrtstandortes. Projekte mit einem Mittelvolumen von 27,7 Mio. EUR konnten gefördert werden. Künftig wird Hamburg als internationales Kompetenzzentrum "Cabin and on Board Systems" weiterentwickelt.

Der IT- und Medienstandort Hamburg hat sich trotz anhaltend schwieriger Wirtschaftslage im Standortwettbewerb gut behauptet. Dies ist mit das Ergebnis eines intensiven Networking, der maßgeschneiderten Wirtschaftsförderung und der Bereit-

stellung von auf die Bedarfe der Branche zugeschnittenen Gewerbeflächen. Mit der Gründung der Hamburg Media School und der Ansiedelung der Miami Ad School auf dem Gelände der Finkenau ist ein wichtiges Fundament für ein Medien- und Kreativzentrum im Herzen Hamburgs gelegt worden.

Die Gründung eines Centers of Excellence im Bereich Logistik, die Hamburg School of Logistics (HSL), wurde am 09.07.2003 vertraglich besiegelt. Der postgraduale einjährige trimestrige Aufbaustudiengang soll jährlich 50 Studienplätze mit dem Ziel "Master of Business Administration/Logistics" anbieten, mit dem eine hohe internationale Anerkennung angestrebt wird. Das Projekt wird im Rahmen eines Public-Private-Partnership von Sponsoren und öffentlichen Haushaltsmitteln (u.a. aus dem Innovationsfonds "Wachsende Stadt") sowie über Studiengebühren finanziert. Die HSL entsteht in Kooperation mit der Technischen Universität Hamburg-Harburg und dem Northern Institute of Technology.

Zum Ausbau der China-Kompetenz wurde eine Task Force eingerichtet, die zur Umsetzung des Handlungskonzepts "Hamburger China-Initiative" ein konkretes Projekt zur Koordinierung der Aktivitäten beschlossen hat. Geplant sind eine Reihe von Maßnahmen, wie Untersuchungen zur Identifizierung von Entwicklungspotenzialen in China und Wachstumspotenzialen im Chinageschäft in Hamburg sowie die Förderung des Wissenschaftsaustauschs und die Einrichtung eines Zentrums für Traditionelle Chinesische Medizin am UKE.

Ergänzt wurde die Clusterstrategie um den Bereich der Regenerativen Energien. Insbesondere für den Bereich der Wasserstofftechnologie soll geprüft werden, ob ein Clusteraufbau in Hamburg erfolgversprechend ist.

Darüber hinaus hat der Senat ein kohärentes Rahmenkonzept für die Hamburger Ostseepolitik beschlossen. Die Entwicklung eines dynamischen Ostseekonzepts umfasst Ziele, Handlungsfelder und Maßnahmen, die laufend konkretisiert und umgesetzt werden. Diese Aktivitäten sind Teil des Außenwirtschaftskonzepts der Behörde für Wirtschaft und Arbeit.

Engagierte Mittelstandsförderung

Zur Förderung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums ist es von entscheidender Bedeutung, vorhandene Unternehmen in ihrem Bestand zu sichern, ihre Wachstumschancen zu verbessern und den Mittelstand zu fördern. Dafür hat die Behörde für Wirtschaft und Arbeit u.a. die früheren fünf Mittelstandsprogramme zu einem neuen Programm für Existenzgründung und Mittelstand zusammengefasst, das Instrument der Kreditbürgschaften weiterentwickelt, die BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg GmbH gestärkt, die Beteiligungen an kleinen und mittleren Unternehmen einget, einen Mittelstandslotsen bei der HWF als zentrale Ansprechstelle speziell für kleine und mittlere Unternehmen angesiedelt sowie zusammen mit der Handelskammer und der Handwerkskammer die "Gemeinsame Mittelstandsvereinbarung" unterzeichnet.

Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik

Das Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" soll auch die Chancen Arbeitsloser auf dem Arbeitsmarkt verbessern und ihre Integration fördern. Die strategische Neuausrichtung der Hamburger Arbeitsmarktpolitik für die Wachsende Stadt besteht im wesentlichen aus den drei Elementen:

- Ausbau direkt integrierender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Programme in Betrieben des regulären Arbeitsmarktes
- Arbeitsmarktpolitik als Instrument zur flankierenden Unterstützung der Ansiedlung neuer Betriebe und Stärkung des Wachstums
- Aktivierende Arbeitsmarktpolitik für Zuwanderinnen und Zuwanderer.

Mit dem "Hamburger Modell" konnten bis Anfang Juni 2003 rund 1.100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefördert werden. Darüber hinaus fördert ein Modellprojekt Existenzgründungen speziell für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen durch die Gewährung von Kleinkrediten.

Stärkung des Bildungs- und Wissenschaftsstandortes

Für eine stärkere Profilierung der Hamburger Hochschulen, eine Stärkung ihrer Innovationskraft und ihrer nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist eine grundlegende Strukturreform notwendig. Der Senat hat dazu "Leitlinien für die Entwicklung der Hamburger Hochschulen" beschlossen. Sie zielen zugleich auf eine höhere Studienerfolgsquote und Verbesserung von Forschung und Transfer durch eine konsequente Schwerpunktsetzung unter Berücksichtigung der Kompetenz-Cluster. Dafür werden die Hamburger Hochschulen unter Schaffung effizienter Entscheidungsstrukturen neu organisiert und zu 13 größeren und selbstständigen Einheiten zusammengefasst sowie das Bachelor- und Masterstudienystem eingeführt, um eine stärkere Berufsorientierung und größere internationale Kompatibilität der Studienabschlüsse zu erzielen. Darüber hinaus wurde die "Hamburg Innovation GmbH" gegründet, um für alle Hochschulen den Innovations- und Wissenstransfer zu organisieren.

Zur Stärkung des Bildungsstandortes ist eine Qualitätsoffensive für ein leistungsfähiges und qualitativ hochwertiges Schulangebot eingeleitet worden, die zahlreiche Maßnahmen umfasst. Kaum eine andere Stadt in Deutschland verfügt über ein ähnlich differenziertes, breit gefächertes Schulangebot wie Hamburg. Zusammen mit der Qualitätsoffensive soll dies als Grundlage für eine Marketingkampagne für die Hamburger Schulen genutzt werden.

Steigerung der internationalen Attraktivität

Zur Steigerung der internationalen Attraktivität sind bereits eine Vielzahl von Großprojekten und eine Reihe von Maßnahmen in der Umsetzung. Ein Schlüsselprojekt für die Wachsende Stadt ist die HafenCity, als eines der wichtigsten Stadtentwicklungsprojekte Europas. Für das internationale Renommee sind aber auch die Neugestaltung des Jungfernstiegs, die Europa-Passage, der Domplatz, die Landungsbrücken und der Spielbudenplatz auf St. Pauli von großer Bedeutung. Bei den Innenstadtprojekten konnten entscheidende Weichenstellungen vorgenommen werden, um eine zügige Umsetzung zu realisieren.

Der Sprung nach Süden über die Elbe wird der Stadt neue Qualitäten erschließen. Damit diese Vision Realität wird und möglichst schnell Konturen annimmt, führt die Stadt im Rahmen des Architektursommers 2003 eine einwöchige "Internationale Entwurfswerkstatt für das Stromspaltungsgebiet" vom 17. - 24. Juli 2003 durch. Die Ergebnisse sollen zu einem räumlichen Gesamtkonzept für den Sprung über die Elbe verdichtet werden. Der Sprung über die Elbe soll auch die Süderelbe überwinden und das stadtweit bedeutsame Entwicklungsprojekt des Harburger Binnenhafens mit der Schlossinsel als Trittsteine der Gesamtentwicklung auf der Achse City – HafenCity – Wilhelmsburg – Harburg einbinden.

Der Tourismus ist ein besonderer Erfolgsfaktor in Hamburg. Die Hamburger Beherbergungsbetriebe haben im Jahr 2002 mit 5.079 Mio. Übernachtungen ein Rekordergebnis erzielt. Erstmals ist die Schallmauer von 5 Mio. Übernachtungen durchstoßen worden. Das Ergebnis bedeutet einen Zuwachs von 6,5 % gegenüber dem Vorjahr.

Auch die Förderung des Messe- und Kongressstandortes gehört zu den Maßnahmen der Steigerung der internationalen Attraktivität. Zum Ausbau der Hamburg Messe wurde das Finanzierungskonzept von der Bürgerschaft beschlossen. Mit Gesamtinvestitionskosten von 330 Mio. EUR ist die Erweiterung und Modernisierung der Hamburg Messe eines der zurzeit größten Investitionsvorhaben der Stadt.

Hamburg ist eine lebenswerte Kulturmetropole mit einem in Breite und Tiefe vielfältigen Angebot seiner Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden. Der Kulturstandort Hamburg muss jedoch in Zukunft überregional und international viel stärker kommuniziert werden. Dazu ist die Entwicklung eines umfassenden Marketingansatzes notwendig. Der neu zu gründenden Marketing-GmbH kommt hierbei eine wichtige Aufgabe zu. Geplant ist darüber hinaus, ein Rahmenkonzept für Kinder- und Jugendkultur zu erarbeiten.

Stärkung der Metropolregion

Hamburg ist der Mittelpunkt einer Metropolregion von 4 Mio. Menschen und als Motor besonders gefordert, die Entwicklung in der Region voranzubringen. Die Kooperation innerhalb der Metropolregion wurde im Laufe der letzten Monate intensiviert und verschiedene thematische Workshops durchgeführt. Die bestehenden Organisationsstrukturen der Gemeinsamen Landesplanung sollen geprüft werden. Darüber hinaus sollen ein norddeutsches Strukturkonzept und eine Internationalisierungsstrategie für die Metropolregion erarbeitet werden. Auch die Kooperationen mit anderen Metropolregionen sollen verstärkt werden. Für eine Metropolregionenkooperation mit der Öresundregion werden konkrete Handlungsfelder und Projekte abgestimmt.

Um die Zusammenarbeit mit Lübeck zu stärken und weiter auszubauen, wurde am 10. Juni 2003 zwischen den beiden Hansestädten eine Vereinbarung über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit geschlossen. Bis Ende 2003 sollen konkrete Kooperationsprojekte abgestimmt und Schritte zur Umsetzung eingeleitet werden.

Verbesserte Familienförderung

Attraktive Lebensbedingungen für junge Familien mit Kindern sind von entscheidender Bedeutung, um die Abwanderung ins Umland zu reduzieren und die soziale

Struktur der Bevölkerung in Hamburg zu stabilisieren. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien gehört daher zu den Schwerpunkten des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt". Dazu wurde ein Familienpolitisches Programm erarbeitet mit vielen konkreten praktischen Hilfen für junge Familien, zur Stärkung junger Eltern in ihrer Elternrolle, zur Verbesserung von Beratungs- und Informationsangeboten und den Zuschussmöglichkeiten zur Familienerholung. Geplant ist des Weiteren die Einführung eines Familienpasses. Darüber hinaus wurde zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie der Dialog mit Unternehmen intensiviert. Für die Förderung von Familien sind ein gutes Betreuungsangebot für Kinder ebenso wichtig wie ein überzeugendes Schul- und Ausbildungsangebot, eine funktionierende gesundheitliche Versorgung, öffentliche Sicherheit, bezahlbarer Wohnraum in kinderfreundlicher Umgebung und ausreichende Spielräume für Kinder. Zu den umgesetzten Maßnahmen gehören die Einführung des Kita-Gutschein-Systems, die Senkung der Elternbeiträge und die Verbesserung der Tagespflege. Das Programm "Spielraum Stadt" soll insbesondere für Jugendliche weiterentwickelt werden, und pilothaft in einem Bezirk sollen vorhandene Freiflächen unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bewertet werden. Auch zur Verbesserung der urbanen Lebensqualität für Familien wurden erstmals neue Aufträge formuliert.

Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätsmanagement

Noch in diesem Jahr soll der Maßnahmeneteil des Verkehrsentwicklungsplans überarbeitet und aktualisiert werden. Für die Metropolregion muss eine leistungsfähige regionale und überregionale Verkehrsinfrastruktur gesichert werden. Diesem Ziel dienen die Hamburg betreffenden Infrastrukturmaßnahmen des fortgeschriebenen, am 02.07.2003 von der Bundesregierung beschlossenen Bundesverkehrswegeplans. Ergänzend hierzu müssen jedoch auch eigene Vorhaben Hamburgs realisiert werden. Darüber hinaus soll der zunehmende Einsatz von Telematik-Anwendungen künftig zu einer effizienteren Auslastung der vorhandenen Infrastrukturkapazitäten führen. In zahlreichen Einzelprojekten ist der Einsatz intelligenter Telekommunikations- und Informationssysteme bereits weit fortgeschritten.

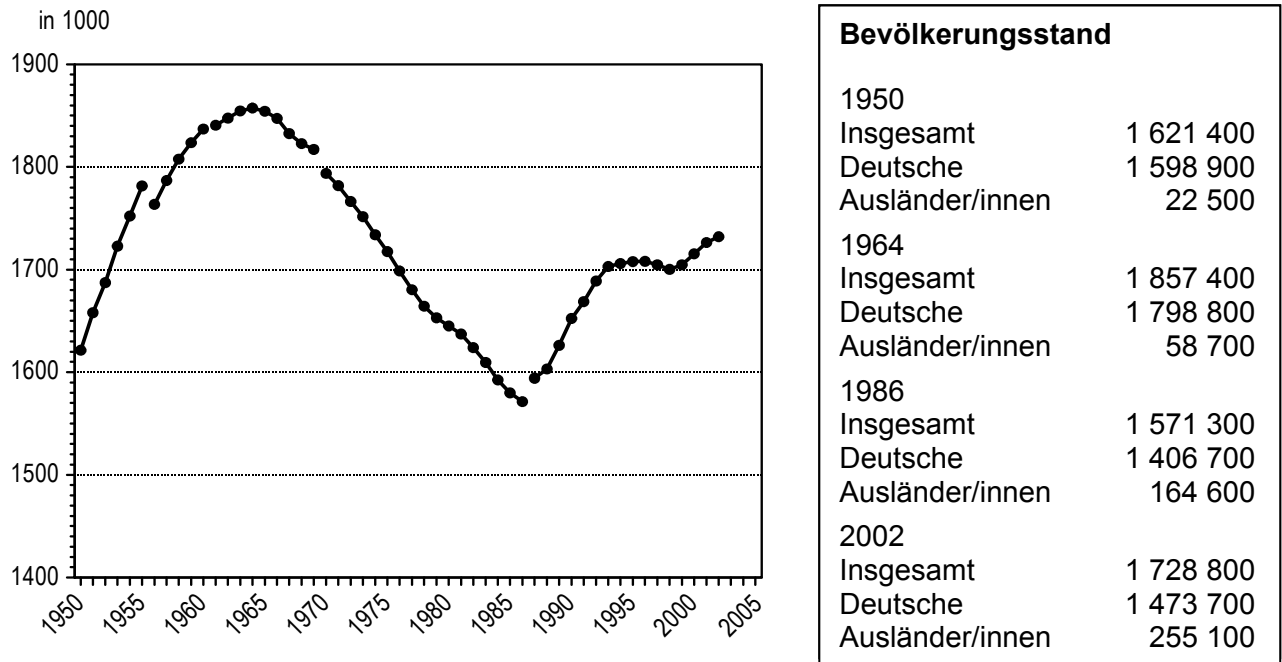
2. Rahmenbedingungen

2.1 Demographische Entwicklung

Auch im Jahr 2002 hat sich die positive Bevölkerungsentwicklung in Hamburg fortgesetzt. Nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes stieg die Zahl der hier lebenden Menschen in den letzten drei Jahren um knapp 30.000 auf 1.728.800 bis Ende 2002. Im Bundesgebiet ist ebenfalls ein Bevölkerungszuwachs auf 82,5 Mio. in 2002 zu beobachten.

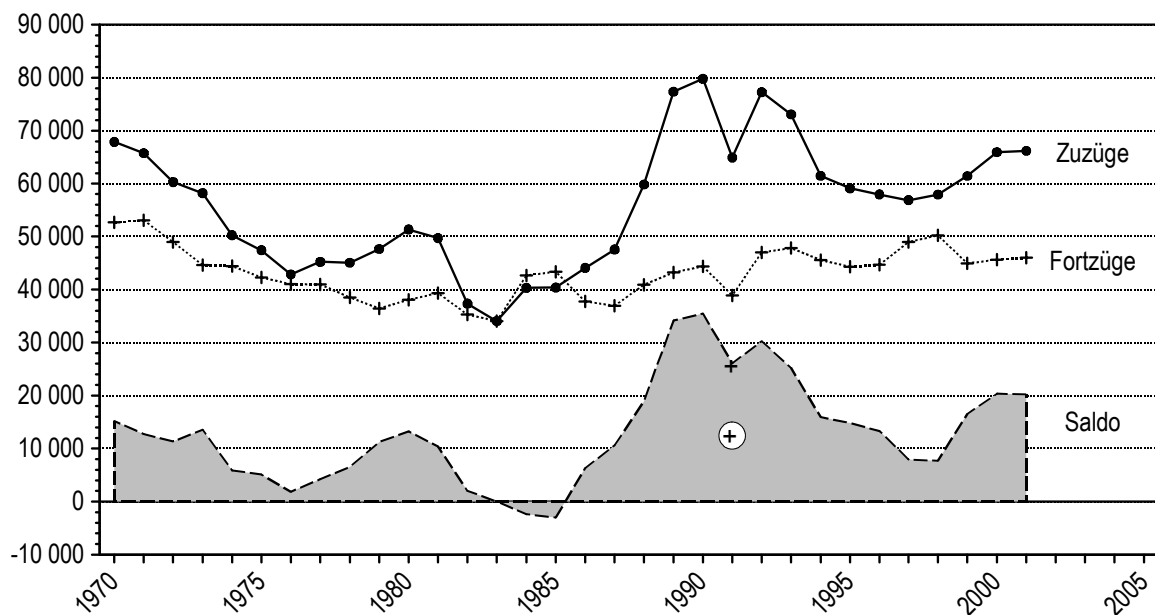
Ausschlaggebend für die steigenden Einwohnerzahlen in Hamburg ist die positive Wanderungsbilanz: die gestiegene Zahl der Zuzüge und die zeitweise geringere Fortzugszahl. So sind in den Jahren 2000 und 2001 jeweils rund 82.400 Personen nach Hamburg zugezogen. Dies sind die höchsten Volumina seit 1993. Auch in 2002 lag die Zahl der Zuzüge bei 80.300, allerdings war die Zahl der Fortzüge mit rund 75.900 deutlich höher als in den Vorjahren. Dies führte zu einer geringeren Bevölkerungszunahme als in den Vorjahren 2000 und 2001.

Grafik und Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung in Hamburg seit 1950



Diese Entwicklung liegt vor allem in der Fernwanderung begründet. So ist die Zahl der Zuzüge von außerhalb der Region, also aus anderen Bundesländern (ohne die Umlandkreise) und dem Ausland, im Jahr 1999 insgesamt auf 61.430 und im Jahr 2001 sogar auf 66.216 Personen angestiegen. Die Fortzugszahlen sind dagegen zurückgegangen. Der positive Saldo bei den Fernwanderungen beträgt daher 1999 bereits 16.520, im Jahr 2001 sogar 20.223 Personen. Ein erheblicher Anteil der Steigerung bei den Zuzügen entfällt auf die ostdeutschen Bundesländer. Auch fallen die außerordentlich positiven Bilanzen für die 15- bis 30-Jährigen ins Auge.

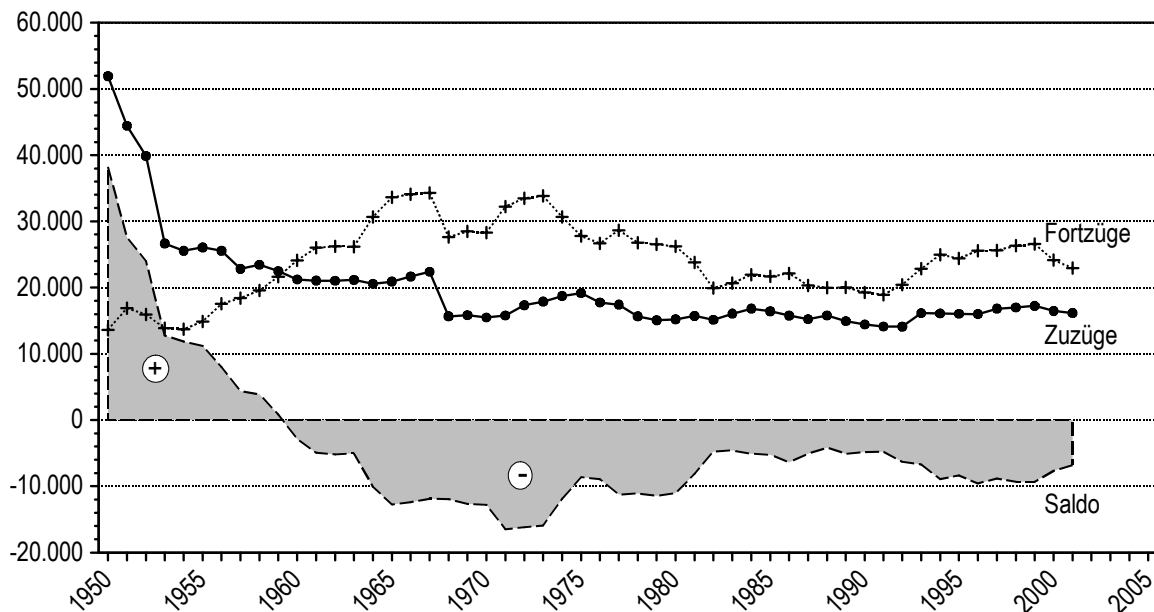
Grafik 2: Fernwanderungen: Zuzüge und Fortzüge sowie Wanderungssalden seit 1970



Bei der Stadt-Umland-Wanderung gibt es seit dem Jahr 2000 ebenfalls eine positive Entwicklung. Nachdem in den 90er Jahren die Zahl der Fortzüge aus Hamburg in

das Umland kontinuierlich zugenommen hatte – 1991 lag sie bei 18.900 und 1999 schon bei 26.600 – ging die Zahl der Fortziehenden in den Jahren 2000 und 2001 deutlich auf 24.100 bzw. 22.900 zurück. Die Zahl der aus dem Umland Zuziehenden ist dagegen in den letzten neun Jahren mit etwa 16.000 bis 17.000 auf einem unveränderten Niveau geblieben. Der Wanderungssaldo mit dem Umland ist damit seit 1999 (-9.347) kontinuierlich gesunken und betrug in 2001 -6.787 Personen. Ob hier bereits eine dauerhafte Trendumkehr erreicht werden konnte, müssen die kommenden Jahre zeigen.

Grafik 3: Wanderungsbilanz zwischen Hamburg und den Umlandkreisen seit 1950



Einen positiven Wanderungssaldo mit dem Umland, d.h. einen Überschuss an Zuzügen gegenüber den Fortzügen, verzeichnet Hamburg nur in den Altersgruppen der 15- bis 25-jährigen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen, die in der Ausbildung sind oder ins Berufsleben einsteigen.

Besonders negativ ist die Wanderungsbilanz weiterhin bei den 30- bis 40-Jährigen: Den 6.591 im Jahr 2001 ins Umland fortziehenden 30- bis 40-Jährigen standen nur 3.913 Zuzüge in dieser Altersgruppe gegenüber, ein Minus von 2.678. Damit entfallen fast zwei Fünftel des negativen Wanderungssaldos allein auf die Altersgruppe der 30- bis 40-Jährigen. Es handelt sich hierbei zum großen Teil um Personen in einer Lebensphase, in der ein Haushalt oder eine Familie gegründet, Eigentum erworben bzw. Kinder großgezogen werden. Hierauf weisen auch die negativen Wanderungssalden für die unter 15-Jährigen hin. Insgesamt 3.482 unter 15-Jährige zogen mit ihren Eltern ins Hamburger Umland (gegenüber nur 1.610 zuziehenden Gleichaltrigen).

Hamburg im Vergleich zu anderen Großstädten

Im Vergleich mit anderen deutschen Großstädten hat sich die überdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung Hamburgs fortgesetzt. Für den Zeitraum Ende 1998 bis Ende 2001 liegt Hamburg mit seinem Einwohnerzuwachs nach wie vor auf Platz 2.

Die Zuwachsrate ist mit 1,5 % allerdings nur knapp halb so hoch wie die von München.

Tabelle 2: Bevölkerung in ausgewählten Großstädten

Stadt	Bevölkerung Ende ...		Veränderung 2001 gegenüber 1998	
	1998	2001	absolut	in Prozent
Berlin	3 398 822	3 388 434	– 10 388	– 0,3
Hamburg	1 700 089	1 726 363	+ 26 274	+ 1,5
München	1 188 897	1 227 958	+ 39 061	+ 3,3
Köln	962 580	967 940	+ 5 360	+ 0,6
Frankfurt a.M.	643 857	641 076	– 2 781	– 0,4
Essen	603 194	591 889	– 11 305	– 1,9
Dortmund	591 733	589 240	– 2 493	– 0,4
Stuttgart	581 961	587 152	+ 5 191	+ 0,9
Düsseldorf	568 440	570 765	+ 2 325	+ 0,4
Bremen	543 279	540 950	– 2 329	– 0,4

Aufgrund der demographischen Entwicklung (alternde Gesellschaft und steigende Sterbeüberschüsse) wird für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt sowie für die Mehrzahl der deutschen Großstädte ein Bevölkerungsrückgang für die kommenden Jahre und Jahrzehnte prognostiziert. Auch Hamburgs Einwohnerzahl würde nach der derzeit noch aktuellen 9. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung vom Februar 2000 bis 2015 auf 1,66 Mio. sinken. Das würde etwa der Einwohnerzahl von 1991 entsprechen.

Inmitten dieses insgesamt schrumpfenden Bundesgebietes wird es jedoch auch einige Wachstumsinseln geben. Ausgehend von der Bevölkerungsentwicklung der vergangenen Jahre hat Hamburg gute Chancen, in Zukunft zu einer dieser Wachstumsinseln zu gehören.

2.2 Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung

Hamburg zählt zu den attraktivsten Wirtschaftsmetropolen Deutschlands. Dies belegen verschiedene nationale Städtevergleiche. Entsprechend ist die Zufriedenheit von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen am Standort hoch und die Zuwanderung von jungen Arbeitskräften in die Stadt steigt. Darüber hinaus profitiert Hamburg in besonderer Weise vom Städtetourismus und zieht vermehrt Unternehmen an.

Im nationalen Vergleich lag das Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren in Hamburg tendenziell etwas über dem Durchschnitt des früheren Bundesgebietes. Die reale Bruttowertschöpfung stieg seit Mitte der neunziger Jahre jahresdurchschnittlich in Hamburg um 1,9 %, im Bundesgebiet um 1,6 %. Noch in den achtziger Jahren verlief die Entwicklung ungünstiger als im Durchschnitt des früheren Bundesgebietes. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch den Strukturwandel hin zu technologieorientierten Industriezweigen, zu Medien und zu unternehmensorientierten Dienstleistungen sowie durch die Stärkung Hamburgs als Außenhandels- und Logistikstandort. Mit der Vereinigung Deutschlands konnte Hamburg insbesondere seine Stellung als Metropole und als Logistikstandort ausbauen. Bisher hat Hamburg jedoch aus der

Vereinigung Deutschlands und der Öffnung Osteuropas nur begrenzt wirtschaftsgeographisch-strategische Vorteile ziehen können.

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass das Wirtschaftswachstum erst ab einer Rate von 2 ½ % beschäftigungsintensiv wird und das Arbeitsstundenvolumen zunimmt. Die statistisch ausgewiesene Zahl der Erwerbstätigen überzeichnet im Bundesgebiet wie in Hamburg den tatsächlichen Arbeitskräftebedarf. Grund ist die langfristige Zunahme der teilzeitarbeitenden und der geringfügig entlohnten Beschäftigten. Mit steigendem Erwerbspersonenpotenzial und erhöhtem Pendlersaldo hat in den vergangenen Jahren die Belastung des Arbeitsmarktes in Hamburg weiter zugenommen.

Grafik 4: Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (1991 = 100)

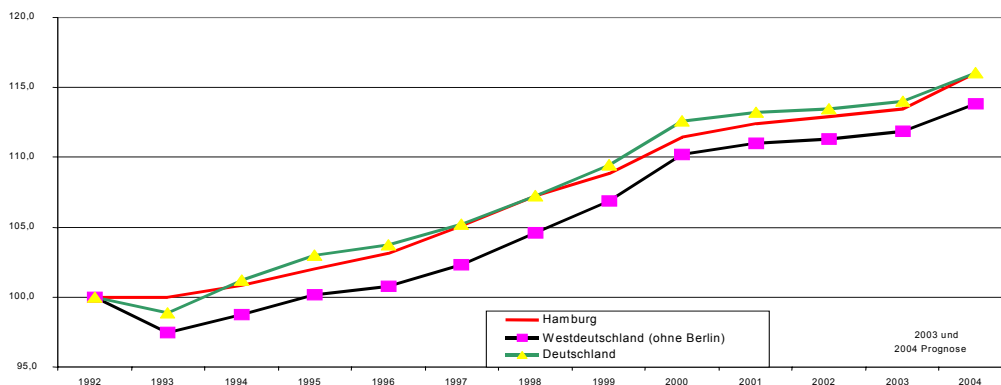


Tabelle 3: Kennziffern zur wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs – jahresdurchschnittliche Veränderungsraten in v.H.

Zeitraum	Hamburg	Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	Bundesgebiet
Bruttowertschöpfung (real)			
1991/95	0,9 % p.a.	0,6 % p.a.	1,4 % p.a.
1995/99	2,2 % p.a.	2,3 % p.a.	2,2 % p.a.
2000/02	1,2 % p.a.	1,0 % p.a.	0,9 % p.a.
Erwerbstätige am Arbeitsort			
1991/95	-0,2 % p.a.	-0,2 % p.a.	-0,7 % p.a.
1995/99	0,5 % p.a.	1,0 % p.a.	0,7 % p.a.
2000/02	0,2 % p.a.	0,2 % p.a.	-0,1 % p.a.
Einwohnerbestand			
1991/95	0,7 % p.a.	0,8 % p.a.	0,5 % p.a.
1995/99	0,0 % p.a.	0,3 % p.a.	0,1 % p.a.
2000/02	0,5 % p.a.	0,4 % p.a.	0,2 % p.a.
Arbeitslose			
1991/95	5,4 % p.a.	11,0 % p.a.	8,5 % p.a.
1995/99	-0,8 % p.a.	-0,3 % p.a.	1,5 % p.a.
2000/02	1,9 % p.a.	2,3 % p.a.	2,2 % p.a.
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen			

Die ökonomischen Rahmenbedingungen der Zukunft deuten auf eine Verschärfung des Wettbewerbs der Städte und Regionen hin. Hamburg muss sich darauf vorbereiten:

- Die Bildung großer internationaler Wirtschaftsräume fördert den internationalen Waren- und Dienstleistungsaustausch, forciert die internationalen Kapitalströme und fordert vor dem Hintergrund des verschärften Wettbewerbs eine Neuausrichtung der Unternehmen. Es konkurrieren nicht nur Unternehmen um Marktanteile, sondern auch Städte und Regionen um Investitionen und Arbeitsplätze. Standorte mit internationaler Ausstrahlung und entsprechenden Handelsbeziehungen werden eher die Gewinner sein als national orientierte Metropolen.
- Mit der zunehmenden innereuropäischen Verflechtung wird die Bildung größerer europäischer Unternehmen voranschreiten und zu weiteren Standortkonzentrationen führen. Die Erweiterung der EU im nächsten Jahr wird über die Intensivierung der Handelsströme neue Marktchancen und Wachstumsimpulse auslösen, aber mittelfristig auch zu einer Veränderung der innereuropäischen Arbeitsteilung beitragen und den Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze erhöhen.
- Der Trend zur Virtualisierung und Vernetzung und damit der Übergang zur Informations- und Wissensgesellschaft wird nicht nur die Arbeitsform bestimmen und die Produktivität erhöhen, sondern auch die Arbeitsteilung zwischen den Unternehmen beeinflussen und die weltweite Nutzung günstiger Dienstleistungen ermöglichen.

Damit Hamburg seine Chancen nutzen und einen gegenüber den bisherigen Prognosen positiveren Entwicklungspfad einschlagen kann, bedarf es der Bündelung der Kräfte auf Felder, die hohes Zukunftspotenzial besitzen, jeweils eine hohe ökonomische Bedeutung haben und eng verflochten mit der regionalen Wirtschaft und Wissenschaft sind. Die Unternehmen in diesen Feldern sind überregional tätig, bringen Einkommen nach Hamburg und induzieren über die Vorleistungsverflechtung weitere Impulse.

Hohe direkte und indirekte Wertschöpfungsanteile besitzen heute

- Medien und Unterhaltung
- Finanzsektor
- Außenhandel, Hafen und Logistik
- Industrie
- Unternehmensdienstleistungen
- Gesundheitswirtschaft

Im nationalen Städtevergleich konnte Hamburg in den letzten Jahren nicht in allen Bereichen seine vormals gute Position halten, auch wenn Hamburg - gemessen an der Beschäftigtenzahl - in vielen Bereichen Spitzenstellungen einnimmt, wie die folgende Tabelle zeigt.

Tabelle 4: Städteranking in ausgewählten Segmenten nach der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen im Jahr 2002

Wirtschaftsbereich	1. Platz	2. Platz	3. Platz
Außenwirtschaft/Logistik	Hamburg 96.700	Frankfurt/M 62.000	Berlin 43.200
Finanzsektor	Frankfurt/M 78.800	München 62.600	Hamburg 51.000
Informations- und Kommunikationssektor (DIW-Abgrenzung)	Hamburg 63.400	München 61.700	Berlin 60.000
Produktion	München 145.000	Berlin 127.200	Hamburg 115.200

Die weitere Entwicklung wird im Bundesgebiet wie in Hamburg entscheidend davon abhängen, ob es im internationalen Technologie- und Know-how-Wettbewerb gelingt, gegenüber ausländischen Konkurrenten bestehen zu können. Wachstumsimpulse werden besonders in den Technologiefeldern Luft- und Raumfahrt, Life Science, Nanotechnologie u.a. zur Miniaturisierung, Mikrosystemtechnik sowie Robotik, IT und Logistik erwartet.

2.3 Internationale Stellung Hamburgs

Heute gehen wesentliche ökonomische Wachstumsimpulse von den international vernetzten Unternehmen aus. Ob eine Metropole beziehungsweise eine Region im internationalen Wettbewerb an dieser Entwicklung teilhat oder schrittweise verdrängt wird, hängt deshalb nicht unwesentlich davon ab, inwieweit sie in der Lage ist, den Trend zur Internationalisierung aufzunehmen. Dabei ist zu beachten, dass eine Internationalisierungsstrategie weder administrativ verordnet werden kann, noch dass sie sich auf die Ansiedlung international tätiger Unternehmen beschränken darf. Der Erfolg hängt auch wesentlich von der internationalen Ausstrahlung der Metropole ab, der Offenheit für sozioökonomische Veränderungen bei der eingesessenen Bevölkerung oder der aktiven Integration von neuen Zuwanderern (wie beim China-Cluster).

Es gibt zahlreiche Untersuchungen und Ansätze zu der Frage, wo Metropolen in der Rangfolge der Weltstädte stehen. Kriterien für diese Rankings sind häufig die Zahl der Unternehmensansiedlungen, wie stark die internationale Verflechtung ist oder welche internationale Bedeutung die jeweilige Wirtschaftsstruktur hat. Mit Blick auf Untersuchungen der letzten Jahre ist festzustellen, dass Hamburg bei einer Zuordnung der Weltstädte in vier Kategorien in der Regel in der 3. oder 4. Kategorie rangiert. Wenn die verschiedenen Rankings zusammen gewürdigt werden, lässt sich folgende Einordnung ableiten: Es gibt unter den Metropolen eine Spitzengruppe der wirklichen Global Cities, zu der etwa London, New York und Hongkong gehören. Es folgt die 2. Kategorie herausragender Städte wie Paris, Singapur und Tokio. In der dritten Gruppe international ausgerichteter Städte sind in Europa Mailand, Frankfurt, Madrid, Zürich, Brüssel und Amsterdam zu finden. In der vierten Kategorie der Weltstädte werden unter anderem Düsseldorf, Kopenhagen, Berlin, München, Warschau, St. Petersburg, Wien, Prag und auch Hamburg eingeordnet.

Die Gründe für diese internationale Positionierung Hamburgs hängen zum Teil auch mit der Anlage der Untersuchungen zusammen. Keine Zentrale der 100 größten Dienstleistungsunternehmen der Welt hat ihren Sitz in Hamburg, damit fällt Hamburg bei entsprechenden Rankings bereits aus der Wertung heraus. Darüber hinaus führt die starke Fokussierung der Rankings auf Verflechtungen von Unternehmen der Finanzdienstleistungen oder ausgewählter Unternehmensdienstleistungen dazu, dass Hamburgs Spezialisierungen nicht mit bewertet werden können. In Europa zieht sich der geografische Schwerpunkt ökonomischer Aktivitäten von London über die Benelux-Staaten, das Ruhrgebiet, Rhein/Main und München bis nach Mailand. Hamburg ist somit nicht in einen größeren Raum exportorientierter Produktion eingebettet und muss deshalb eigene Schwerpunkte setzen. Im Gegensatz zu zentralistisch geprägten Staaten wie England oder Frankreich können die dynamischen Metropolen in Deutschland nicht auf einer Hauptstadtfunktion aufbauen, sondern stehen vielmehr in der Tradition einer föderalen Spezialisierung und fallen daher bei internationalen Rankings weniger ins Gewicht als Metropolen in zentralistisch geprägten Staaten. Auch als Messeplatz belegt Hamburg bekanntlich eher einen Mittelplatz unter den deutschen Messeplätzen, die Mehrzahl der Ausstellungen hat regionale Ausstrahlung. Im Bereich der Luftfahrt ist es gelungen, internationale Leitmesse nach Hamburg zu holen.

Innerhalb Deutschlands hat Hamburg eine semiperiphere Lage und grenzt nicht unmittelbar an andere deutsche oder europäische Metropolregionen. Hamburgs Flughafen hat bislang eine eher europäisch ausgerichtete internationale Bedeutung, und auch beim Ausbau/Neubau schneller Bahnverbindungen nach Süden, in das Ruhrgebiet, die Niederlande, nach Skandinavien oder Berlin besteht noch Nachholbedarf.

Dass der gegenwärtige Grad der internationalen Bekanntheit Hamburgs verbesserungsbedürftig ist, lässt sich auch daran ablesen, dass eine Telefonumfrage eines internationalen Immobilienunternehmens im Oktober 2002 unter 500 europäischen Top-Managern ergab, dass Hamburg in der Eigenwerbung europäischer Städte nicht wahrgenommen wird und als Standort für eine Unternehmensansiedlung nur einen mittleren Platz belegt.

Diese Untersuchungen geben jedoch häufig nur ein unvollständiges Bild der internationalen Einbindung der Hansestadt wieder. So wird vernachlässigt, dass Hamburg der zweitwichtigste Containerhafen Europas nach Rotterdam ist und überdurchschnittliche Wachstumsraten aufweist. Hamburg ist zugleich Weltmarktführer im Bereich der Container-Reedereien und der Schiffsfinanzierungen. Weltweit haben Hamburger Unternehmen über 6.000 Niederlassungen. Außerdem ist Hamburg weltweit der drittgrößte Standort der zivilen Luftfahrtindustrie und in Europa die Nr. 2. Vor dem Hintergrund seiner internationalen Handelsverbindungen ist Hamburg darüber hinaus einer der bedeutendsten Konsularplätze. Schließlich hat Hamburg eine ausgeprägte und differenzierte Medienlandschaft. In Relation zur nationalen Stärke des Medienstandorts ist die internationale Integration nur schwach entwickelt, da keine Muttergesellschaft eines global tätigen Unternehmens ihren Sitz in Hamburg hat.

In den vergleichenden internationalen Studien werden auch Hamburgs Chancen beschrieben: So ist der Wertschöpfungsgrad in Hamburg im internationalen Vergleich relativ hoch. Hamburg hat eine besondere Stellung als internationales Gateway für den überregionalen Markt, insbesondere nach Mittel- und Osteuropa. Im Gegensatz

zu anderen Metropolregionen zeichnet sich Hamburg durch eine relativ ausgeglichene Wirtschaftsstruktur (Unternehmensdienstleistungen, Handel/Logistik, Medien und High-Tech-Produktion) aus und ist deshalb insgesamt relativ krisenresistent. Hinsichtlich seiner Medienlandschaft, bei den internationalen Finanzdienstleistungen, insbesondere im Bereich der Schiffsversicherungen, in der Luftfahrtindustrie, im Bereich der Universitäten und Forschung, als Messe- und Kongressstadt sowie im Tourismus besitzt Hamburg ein weiteres Internationalisierungspotenzial.

Zur Wahrnehmung seiner aus der geografischen Lage resultierenden Potenziale muss Hamburg eine verstärkte Zusammenarbeit mit den benachbarten Metropolregionen sowie dem gesamten Ostseeraum entwickeln und sich weiterhin für einen qualitativ hochwertigen Ausbau der regionalen und überregionalen Verkehrsinfrastruktur einsetzen. Insgesamt zeigen alle Untersuchungen, dass Hamburg auch in der Außenwirkung attraktiver und wahrnehmbarer für international tätige Unternehmen werden sollte. Dabei dürfen die Anstrengungen zur Steigerung der internationalen Attraktivität nicht an der Landesgrenze Halt machen. Denn im Zuge der Globalisierung verlieren administrative Grenzen für internationale Investoren an Bedeutung. Hamburg wird daher das funktional verflochtene Umland, das heißt insbesondere die Metropolregion, in die Überlegungen einbeziehen.

Andere europäische Städte haben in den letzten zwanzig Jahren durch gezielte Strategien ihre internationale Bedeutung erhöht: Barcelona hat die Chance genutzt, sich durch die Ausrichtung der Olympischen Spiele international zu vermarkten. Die Stadt konnte sich nachfolgend als Kulturstandort profilieren und steht heute international – auch im Bewusstsein derer, die Standortentscheidungen treffen – für Attraktivität, Lebendigkeit und Internationalität. Wien erlebte durch den Fall des eisernen Vorhangs ein deutliches Bevölkerungswachstum. Dies hat Wien genutzt für eine positive Stadtentwicklung, insbesondere im Wohnungsbau, in der Nutzungsmischung und im Flächenmanagement. Die Öresund-Region um Kopenhagen fördert gezielt Wirtschaftskluster mit internationaler Ausrichtung. Im Zusammenhang mit der Errichtung der Brücke über den Öresund wurde Kopenhagen die zentrale Drehscheibe im nord-europäischen Luftverkehr und hat insgesamt einen deutlichen Aufschwung in Wachstum und Beschäftigung erlebt. Toronto wiederum konnte durch eine gesteuerte und kluge Integration von Zuwanderern die wirtschaftliche Entwicklung deutlich voranbringen und steht heute für "Smart Growth". An solchen Beispielen aktiver, langfristig wirksamer Internationalisierungsstrategien muss sich die Hamburger Politik und das Leitbild: Metropole Hamburg - Wachsende Stadt messen lassen. Nur dann hat Hamburg die Chance, hinsichtlich einer dynamischen Internationalisierung zu Metropolen wie Amsterdam oder Mailand aufzuschließen.

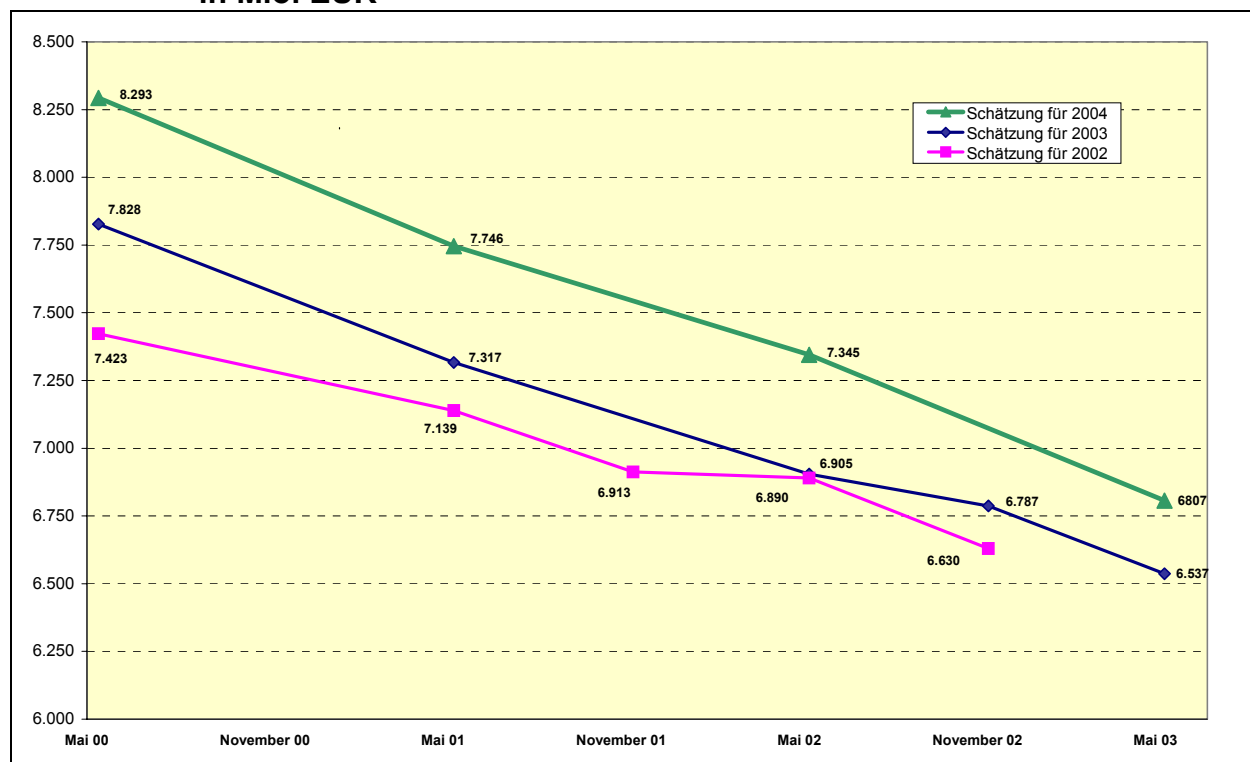
2.4 Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Monaten weiter verschlechtert. Dies findet seinen Ausdruck in den jüngsten Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung 2003. Gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2002, die Grundlage für die Mittelfristige Finanzplanung 2002-2006 war, weist die Schätzung vom Mai 2003 für die Jahre 2003 bis 2006 strukturell knapp 500 Mio. EUR pro Jahr weniger Steuereinnahmen für Hamburg aus.

Die Folge immer neuer Steuermindereinnahmen der vergangenen Jahre hat sich damit in zunehmender Schärfe fortgesetzt. Insgesamt ergibt sich eine Korrektur der Einnahmeerwartungen für das Jahr 2003 seit den ersten Schätzungen im Jahr 1999 um über 1,4 Mrd. EUR. Das entspricht rd. 22 % der jetzt für 2003 erwarteten Steuereinnahmen. Für die Periode 2003 bis 2007 betragen die Mindererwartungen gegenüber der Mai-Schätzung 2002 insgesamt rd. 1,9 Mrd. EUR.

Die nachstehende Grafik (Grafik 5) zeigt, dass die Einnahmeerwartungen für 2002, 2003 und 2004 in den vergangenen Jahren mit jeder Schätzung deutlich zurückgenommen werden mussten. Dies verdeutlicht anschaulich die Dramatik dieser Entwicklung.

Grafik 5: Hamburg verbleibende Steuern (nach Schätzzeitpunkten) – in Mio. EUR



Die Einnahmeerwartungen liegen für 2004 weiterhin unter dem Niveau der Steuereinnahmen des Jahres 2000. Diese anhaltende Stagnation der Steuereinnahmen ist sowohl in der Geschichte Hamburgs als auch der Bundesrepublik einmalig.

Für die öffentlichen Haushalte bedeutet dies, dass zur Finanzierung der sich aufgrund von Preis-, Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie Zinssteigerungen erhöhenden Ausgaben deutlich weniger Einnahmen als im Jahr 2000 zur Verfügung stehen. Finanzpolitisch bewegt sich der Staat damit am Rande seiner Handlungsfähigkeit. Im Jahr 2002 mussten der Bund und mehrere Länder die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklären, um auf diesem Wege die durch die Verfassung vorgegebene Obergrenze zur Aufnahme von neuen Krediten überschreiten zu dürfen.

Ursache für die drastischen Einbrüche der Einnahmeerwartungen ist in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung. Nachdem sich das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2002 um lediglich 0,2 % verbesserte, wurden inzwischen auch die Prognosen für 2003 deutlich nach unten korrigiert. So rechnen die Wirtschaftsforschungs-

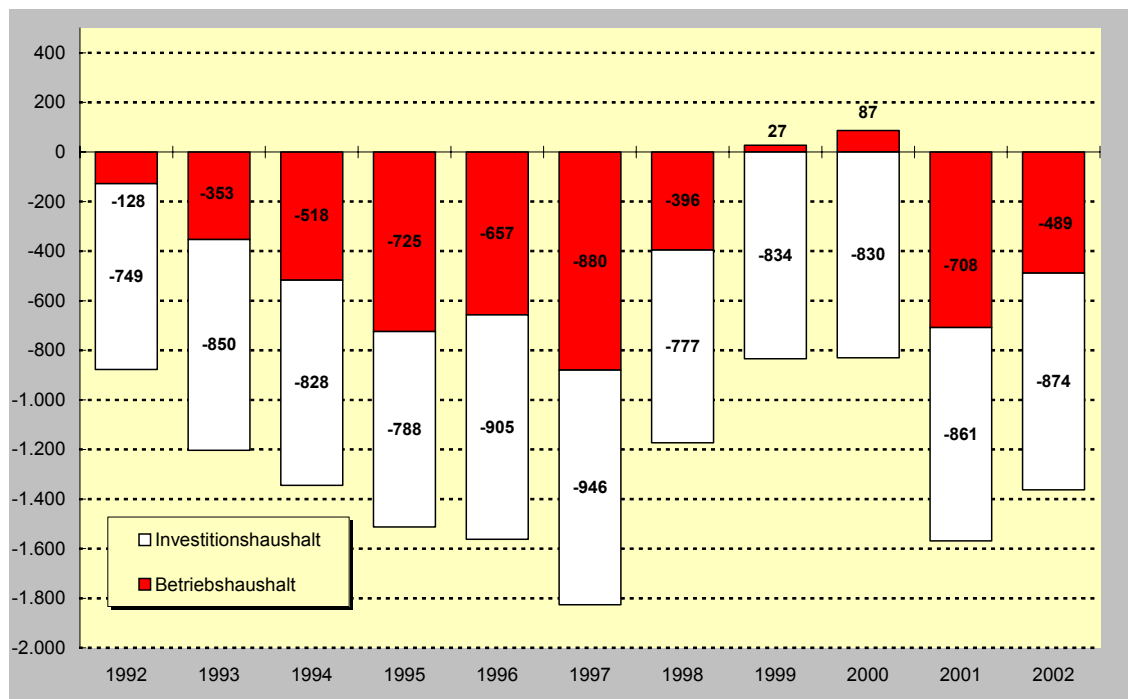
stitute in ihrem Frühjahrsgutachten 2003 nur noch mit einem Wirtschaftswachstum von 0,5 %. Die Stagnation der vergangenen Jahre setzt sich somit weiter fort.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat die der Bundesschätzung zugrunde liegende Wachstumsprognose des nominalen Bruttoinlandsprodukts für 2003 in den vergangenen Monaten mehrmals nach unten korrigiert, zuletzt von 1 ¾ % auf 1 ½ %. Real erwartet das BMF ¾ %, liegt also sogar über den Erwartungen der Forschungsinstitute. Hier liegt ein weiteres, durch die aktuelle Steuerschätzung nicht abgedecktes Risiko, welches zu weiteren Mindererwartungen bei den Steuern führen kann.

Als Folge der negativen Entwicklung bei den Steuereinnahmen musste bereits das Gesamtdefizit des abgeschlossenen Haushaltsjahrs 2002 erhöht werden, und zwar um 147,8 Mio. EUR auf 1.362,9 Mio. EUR gegenüber dem aktualisierten Haushaltsplan. Das Defizit im Betriebshaushalt beträgt 488,6 Mio. EUR und liegt damit um 176,3 Mio. EUR über dem Plan.

Die Entwicklung der Finanzierungssalden im Gesamt- bzw. Betriebshaushalt in den letzten 11 Jahren ist in der nachfolgenden Grafik dargestellt. Sie macht auch deutlich, dass sich das Niveau der Finanzierungsdefizite 2001 und 2002 sowohl im Gesamthaushalt als auch im Betriebshaushalt wieder in der Größenordnung der Jahre 1994-1997 bewegt.

Grafik 6: Entwicklung der Finanzierungssalden 1992-2002 in Mio. EUR



Die wiederholten Mindererwartungen aufgrund der Mai-Steuerschätzung 2003 sind so gravierend, dass der Senat in seiner Gesamtverantwortung zum entschlossenen Handeln gezwungen ist. Auch für den öffentlichen Bereich gilt: Ausgegeben werden kann nur, was Bürger und Betriebe dem Staat an Einnahmen zur Verfügung stellen. Ohne Gegensteuern würde der Hamburger Haushalt in eine Abwärtsspirale von steigender Verschuldung, zunehmenden Zinsausgaben und Abwürgen der ohnehin nur noch geringen Handlungsmöglichkeiten kommen. Aus dieser Schuldenfalle könnte sich Hamburg kaum mehr alleine befreien; Berlin stellt hier ein warnendes Beispiel dar.

Der Senat hat daher am 27.5.2003 eine konsequente Fortführung des in Jesteburg eingeschlagenen verantwortungsbewussten Konsolidierungskurses und in diesem Rahmen zusätzliche strukturelle Einsparungen in Höhe von 215 Mio. EUR bis 2006 beschlossen. Mit einem Mix unterschiedlicher Maßnahmen soll der ursprünglich bereits für 2004 angestrebte Ausgleich des Betriebshaushalts nun 2006 erreicht werden. Dazu gehört auch die Fortsetzung der Überrollung der Vorjahresansätze über 2004 hinaus.

Damit hält der Senat auch weiterhin an seinen finanzpolitischen Zielen fest:

1. Ausgleich des Betriebshaushalts.
2. Schrittweise Rückführung der Nettoneuverschuldung.
3. Verstetigung der Investitionen.
4. Festhalten an der Reform der Gemeindefinanzen (Entlastungen bei der Sozialhilfe, Modernisierung der Gewerbesteuer).

Zu diesen Zielen gibt es keine Alternative. Das bedeutet, dass auch künftig politische Schwerpunktsetzungen durch Prioritätensetzung, Umschichtungen und Einsparungen finanziert werden müssen (Prinzip der Bestandsfinanzierung). Dies gilt in gleichem Maße für die Finanzierung von Vorhaben für die Wachsende Stadt.

Innovationsfonds "Wachsende Stadt"

Neue Prioritätensetzungen bei Investitionen in den Einzelplänen sind trotz großer Anstrengungen in einigen Fällen nur mittelfristig zu erreichen. Um aber kurzfristig und flexibel strategische Vorhaben im Rahmen des Leitbildes "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" anstoßen und beschleunigen zu können, ist für die Haushaltsjahre 2003 – 2005 ein Innovationsfonds "Wachsende Stadt", ausgestattet mit 5 Mio. EUR Haushaltsmitteln p.a., eingerichtet worden. Die Projekte sollen vornehmlich Impulse für die Intensivierung der Investitionstätigkeit in Hamburg geben. Der Fonds soll insbesondere genutzt werden, um Anschubfinanzierungen für innovative Vorhaben zu ermöglichen, die der Förderung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums sowie der Steigerung der Attraktivität und Internationalität Hamburgs dienen. In diesem Kontext sollen vorrangig Vorhaben gefördert werden, die eine investitionsfördernde Wirkung haben.

Fördervorhaben wurden bisher insbesondere in den folgenden Bereichen bewilligt: Life Science: Integration eines Forschungsinstituts in das UKE und Gründung einer Wissenstransfergesellschaft, Implementierung der Handlungsempfehlungen der Life Science-Studie; Cluster: Hafen und Logistik: Gründung der Hamburg School of Logistics; China-Cluster: Hamburger China-Initiative und Umsetzung des Kommunikations- und Beteiligungskonzeptes: Internet-Portal www.wachsende-stadt.hamburg.de, Info-Flyer, Aufbruchveranstaltung "Vision Tour.

3. Ziele und Schwerpunkte des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt"

Hamburg ist in den letzten Jahren seit 1998 um ca. 30.000 Menschen gewachsen. Aufgrund der prognostizierten demographischen Entwicklung würde die Hamburger Bevölkerung in den nächsten 15 Jahren rückläufig sein. Diesem demographischen Trend soll mit dem Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" entgegengesteuert werden. Hamburg soll zu einer Wachstumsinsel im Bundesgebiet werden. Die Wirtschaftsstruktur bietet gute Voraussetzungen für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. Untersuchungen zur internationalen Stellung Hamburgs weisen auf Chancen einer stärkeren internationalen Positionierung Hamburgs hin. Hamburg bildet den Kern einer Metropolregion von 4 Mio. Menschen und ist Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region. Um sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten, ist eine Stärkung der gesamten Metropolregion von Bedeutung. Ehemalige Industrie- und Konversionsflächen bieten ausreichende Flächenreserven und eröffnen Wachstumspotenziale für Wohnen und Gewerbe.

Mit einer auf qualitatives Wachstum ausgerichteten Strategie soll die Metropole Hamburg zu einer wachsenden und pulsierenden Stadt mit internationaler Ausstrahlung entwickelt werden. Die Strategie umfasst eine Bündelung von Maßnahmen in verschiedenen Politikfeldern, bei denen folgende vier Ziele im Vordergrund stehen:

1. Hamburgs Funktion als Metropole weiter ausbauen und seine internationale Attraktivität stärken.
2. Überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum fördern.
3. Die Einwohnerzahl Hamburgs erhöhen durch Reduzierung der Umlandabwanderung, Förderung von Familien und Zuwanderung qualifizierter, kreativer Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland.
4. Die Lebensqualität und die Zukunft der Stadt sichern.

Hamburgs prägender Charakter als "grüne Metropole am Wasser" soll erhalten bleiben. Das Wachstum soll ein qualitatives Wachstum mit Augenmaß sein und keinen Widerspruch zur Sicherung der Lebensqualität darstellen. Sicherung der Zukunftsfähigkeit bedeutet, die Auswirkungen für die nächste Generation mitzubedenken. Grundlegende Entscheidungen müssen in längeren Zeitdimensionen gedacht werden. Nachfolgende Generationen müssen in der Lage versetzt werden, Hamburgs herausgehobene Stellung in Deutschland und der Welt weiter zu entwickeln.

Die Schwerpunkte der Leitbildstrategie umfassen die folgenden Handlungsfelder:

1. Erhöhung der Verfügbarkeit von Wohnbau- und Gewerbeflächen, Verbesserung des Flächenmanagements und Förderung des Wohnangebots
2. Förderung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums: Kompetenz-Cluster mit internationaler Ausstrahlung; Potenziale der Ostseeregion, Mittelstandsförderung und Arbeitsmarktpolitik
3. Stärkung des Bildungs- und Wissenschaftsstandortes und des Know-how-Transfers
4. Steigerung der internationalen Attraktivität
5. Stärkung der Metropolregion Hamburg
6. Familienförderung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien
7. Zukunftsfähigkeit und Wachsende Stadt
8. Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des Mobilitätsmanagements.

Zur Umsetzung des Leitbildes: "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" wurden vom Senat mit der Drucksache 2002/0672 vom 26.06.2002, veröffentlichte Fassung vom 9. Juli 2002, Schwerpunktsetzungen beschlossen, die für zusätzliche Wachstumsimpulse sorgen sollen. Dazu wurden über 80 Aufträge an die Behörden erteilt. Dem Senat wird nachfolgend auf Basis der bestehenden Beschlusslagen zur Hafencity, Internationalen Gartenschau 2013, Erhöhung der Flächenverfügbarkeit sowie sämtlicher der Senatskommission für Stadtentwicklung vorgelegten Berichte zur Umsetzung einzelner Aufträge aus der Drucksache "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" 2002/0672 Bericht erstattet.

Die Fortschritte bei den weiteren im Laufe der Legislaturperiode zu erledigenden Aufträgen aus der Drucksache sowie die neuen Aufträge im Rahmen dieser Fortschreibungsdrucksache werden in der behördenübergreifenden Task Force "Wachsende Stadt" fortlaufend verfolgt, und die Umsetzung wird auch künftig neuen Erfordernissen angepasst. Über den Stand wird dem Senat erneut zu den Haushaltsberatungen im nächsten Jahr berichtet.

4. Einbeziehung der Öffentlichkeit im Rahmen der Kommunikations- und Beteiligungsstrategie

4.1 Kommunikations- und Beteiligungskonzept

Die Umsetzung der Strategie erfordert die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen. Für eine zielgerichtete und den gesamten Umsetzungsprozess begleitende Kommunikation des Leitbildes "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" ist daher der Entwurf einer Gesamtstrategie für ein Kommunikations- und Beteiligungskonzept von der Senatskanzlei in Auftrag gegeben worden.

Die Ziele des von der Prognos AG und der PR Agentur Weber Shandwick Worldwide erarbeiteten Konzeptentwurfs sind:

- das Leitbild in Hamburg und der Metropolregion bekannt zu machen;
- das Leitbild mit seinen Intentionen und Inhalten sowie den Leitbildprozess nachvollziehbar und transparent darzustellen;
- den Nutzen des Leitbildes für die Stadt und ihre Akteure herauszuarbeiten;
- die Hamburger Akteure vom Leitbild zu überzeugen und sie zur aktiven Mitwirkung zu motivieren;
- mögliche Skepsis und daraus resultierendes Konfliktpotential aktiv aufzunehmen und zu lösen;
- das Leitbild im Bewusstsein und Handeln der Akteure zu verankern;
- die Ergebnisse des Leitbildes kontinuierlich der Öffentlichkeit zu präsentieren und
- Aufbruchstimmung für eine zukunftsfähige Entwicklung der Metropole Hamburg zu unterstützen und zu erzeugen.

Das modular aufgebaute Kommunikations- und Beteiligungskonzept soll die Bürgerinnen und Bürger auf den verschiedenen Kommunikationsebenen (Information, Dialog, Promotion und Beteiligung) erreichen. Das Konzept schlägt eine Vielzahl von Modulen vor, von denen schon einige umgesetzt wurden.

Bisher wurden folgende Module erfolgreich verwirklicht:

Einbindung von Multiplikatoren

Der Erste Bürgermeister hat am 15. Januar 2003 Repräsentanten des öffentlichen Lebens zu einem Gästehausgespräch geladen. Wichtigste Themen des Gästehausgesprächs waren Fragen, wie die Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Medien, Architektur und Tourismus das Leitbild aktiv unterstützen können.

Aufbruchveranstaltung "Vision Tour" am 12. Juni 2003

Ziel der Veranstaltung war es, eine Initialzündung für das Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" zu erzeugen sowie Leitprojekte zu entwickeln, die sich den Menschen erschließen und die Unterstützung breiter gesellschaftlicher Kräfte finden. Vor 500 hochkarätigen Gästen aus der Wirtschaft, Kammern, Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften, den Medien, den Bereichen Städtebau und Architektur stellte der Erste Bürgermeister Idee, Konzept und ausgewählte Projekte des Leitbildes vor. Zugleich kündigte er an zu prüfen, ob mit einer Internationalen Bauausstellung "Lebens-(t)-raum Großstadt" im Jahr 2013 Hamburg seine städtebaulichen Leistungen und Projekte aller Welt präsentieren und sich damit international profilieren könne (siehe Kap. II.4.4).

In vier Dialog-Touren erörterten die Teilnehmenden ihre Ideen für eine erfolgreiche Gestaltung der Zukunft Hamburgs. Internationale Gäste aus Barcelona, Toronto, Wien und der Öresundregion öffneten in ihren Impulsvorträgen die Außensicht auf Hamburg und zeigten Erfolgsmodelle aus ihren Städten und Regionen. Das Publikum diskutierte anschließend mit den Gastrednern und ausgewählten Podiumsvertretern mögliche Impulse für den Hamburger Leitbildprozess.

Barcelona konnte sich als Kulturstandort profilieren und steht heute international für Attraktivität, Lebendigkeit und Internationalität. Die Verbesserung des Standortmarketings und eine internationale Marketingstrategie sind auch für die Metropole Hamburg von entscheidender Bedeutung. In der Diskussion standen im Vordergrund: das Vermitteln und Kommunizieren der Lebensqualität, die Gestaltung öffentlicher Plätze und des Zentrums als internationales Aushängeschild, die HafenCity sowie Kultur und Großveranstaltungen als herausragende Features für die interne Identifikation und externe Wahrnehmung Hamburgs.

Auch Hamburg setzt ebenso wie die Öresund-Region auf die Förderung von Kompetenz-Cluster mit internationaler Ausstrahlung. Zukunftsfelder sind: Life Science, Nanotechnologie, IT und Medien, Luftfahrtindustrie, Hafen und Logistik sowie Ausbau der China-Kompetenz. Die Teilnehmenden dieser Dialog-Tour regten vor allem an, den Fokus auf die Metropolregion auszuweiten und die enge Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft voranzutreiben. Eine internationale Vermarktung der Cluster sei zudem unerlässlich. Impulse werden vor allem durch eine Internationalisierungsstrategie, einen Ausbau der Bildungs- und Forschungslandschaft sowie eine Intensivierung der Netzwerkbildung gesehen.

Toronto ist das Wirtschafts- und Finanzzentrum Kanadas und eine Metropole mit boomender Einwohnerentwicklung durch eine gesteuerte Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Toronto gilt als lernende Region, die überdurchschnittlich flexibel und anpassungsfähig ist, und steht heute für „Smart Growth“. Die Bedeutung des Zuzugs

qualifizierter Menschen aus dem In- und Ausland und die internationale Ausrichtung Hamburgs wurden von den Teilnehmern der Dialog-Tour intensiv diskutiert. Vorschläge bezogen sich auf die Einrichtung eines Welcome-Centers in Hamburg, eine stärkere Unterstützung von Projekten in Public-Private-Partnership sowie eine noch größere Einbindung der Öffentlichkeit in den Leitbildprozess.

Wien erlebte durch die Öffnung Osteuropas ein deutliches Bevölkerungswachstum, das in eine positive Stadtentwicklung umgesetzt wurde. Auch in Hamburg soll eine erfolgreiche Nutzungsmischung für eine lebenswerte Stadt bei stadtentwicklungspolitischen Projekten erzielt werden. Besondere Aufmerksamkeit schenken die Diskutierenden der in Wien praktizierten frühzeitigen Beteiligung von Bürgern und Investoren sowie der Beachtung sozialer Aspekte bereits in der Planungsphase; den Instrumenten der Stadtentwicklung, z.B. bei der Vergabe von Baugrundstücken in Form von Wettbewerben mit klaren Prüfsteinen; der Evaluierung der Stadtentwicklungs- und Verkehrspläne sowie der Bedeutung öffentlicher Räume und Plätze für die Lebensqualität in der Stadt.

Forum "Wachsende Stadt"

Die zahlreichen Anregungen und Impulse für den Leitbildprozess, die im Rahmen der Vision Tour entstanden sind, sollen als Grundlage für die Entwicklung von Leitprojekten dienen, die in Public-Private-Partnership realisiert werden sollen. Dazu fand am 3. Juli 2003 das Forum "Wachsende Stadt - Ideen für Hamburgs Zukunft" mit Spitzenvertreterinnen und -vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport, Kirchen, Gewerkschaften, Umwelt- und Naturschutzverbänden und Medien statt. Es wurden die untenstehenden 3 Leitprojekte beraten. Sie stießen auf eine breite Zustimmung und sollen daher im 2. Halbjahr 2003 unter Einbeziehung der Vielzahl von Anregungen der Forumsteilnehmer weiter konkretisiert werden.

"Sprung über die Elbe" - mit den Ideen: Internationale Bauausstellung 2013 als Klammer für neue Wohnformen und Wohnorte in der Stadt und am Wasser, neue Arbeitswelten an alten Arbeitsstandorten, sowie als Klammer für die Räume HafenCity, Flussinseln Veddel und Wilhelmsburg mit der Internationalen Gartenschau 2013, Harburger Binnenhafen mit der Schlossinsel sowie Brücken über den Fluss.

"Sportstadt Hamburg" - mit den Ideen: Breitensportförderung; die Stadt als Sportstätte: Flüsse und Fleete, Parks und Plätze, Wege und Straßen; First-Class-Events mit urbanem Ambiente; Medaillenschmiede für Olympia und Hamburg als Brennpunkt für Entscheider und Entscheidungen.

"Welcome to Hamburg" - mit den Ideen: "Welcome-Center Hamburg" als vielseitige Servicestelle für potentielle Fachkräfte aus dem In- und Ausland und ihre Familien, für Studierende, Neubürger, Investoren und Unternehmen.

Darüber hinaus wurde die stärkere Fokussierung auf Hamburg als Kulturmetropole und Stadt des Wissens angeregt.

Internetportal

Unter www.wachsende-stadt.hamburg.de wurde am 12. Juni 2003 der Internetauftritt des Leitbildes "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" online geschaltet. Dieser Internetauftritt bietet einer breiten Öffentlichkeit zielgruppenorientierte Informationen über das Leitbild und den derzeitigen Umsetzungsstand. Der Zugang zu den Inhalten des Leitbildes kann über drei Einstiege erfolgen: einer Karte, die aufzeigt, in welchen Gebieten der Stadt derzeit konkrete Projekte vorangetrieben werden, einer umfassenden Darstellung der Leitbildstrategie und einem auf konkrete Nutzerbedürfnisse ausgelegten Portal, welches Informationen und Hilfestellungen (z.B. bei der Wohnungssuche) bereithält. Die derzeit freigeschaltete Basisversion des Internetauftritts soll in den nächsten Monaten kontinuierlich aktualisiert und ggf. erweitert werden.

Info-Flyer

Die breite Streuung von Informationen über das Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" an die Bürgerinnen und Bürger der Metropole Hamburg bezweckt der am 12. Juni 2003 der Öffentlichkeit vorgestellte Info-Flyer. Ziele und Schwerpunkte des Leitbildes sind hier verständlich aufbereitet. Der Flyer soll an geeigneten Stellen ausgelegt werden und so den Bürgern die Möglichkeit bieten, Informationen über den Leitbildprozess "an die Hand" zu bekommen.

Corporate Design

Damit das Leitbild die gewünschte Steuerungsfunktion erfüllen kann, muss es mit einem eigenständigen Corporate Design ausgestattet werden. So wurde ein visuelles Konzept entwickelt, in dessen Mittelpunkt die Wortmarke "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" steht, die mit dem vorhandenen Logo der Freien und Hansestadt Hamburg kombinierbar ist. Die Wortmarke wurde bereits anlässlich verschiedener Veranstaltungen und Veröffentlichungen eingesetzt. Um eine gleichförmige Verwendung zu sichern, wird in diesem Jahr ein Corporate Design-Leitfaden entwickelt, der Maßgaben für die unterschiedlichen Verwendungen der Wortmarke bereithält.

Themenbezogene Workshops und Dialoge

Eine Reihe von Workshops und Dialogen zu verschiedenen Handlungsfeldern des Leitbildes wurde bereits unter Einbeziehung der Öffentlichkeit bzw. der gesellschaftlichen Akteure des Handlungsfeldes durchgeführt:

- Veranstaltungen zum Dialog mit Hamburger Unternehmen zu einer familienbewussten Personalpolitik (26.11.2002, 29.01.2003, 27.02.2003, 01.04.2003, 26.06.2003, 30.06.2003);
- Workshop "Qualifizierte Fachkräfte für die Luftfahrtindustrie der Metropolregion Hamburg" der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in Zusammenarbeit mit der Hamburgischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft am 27.03.2003;
- Expertenworkshop "Strategische Neuorientierung der Wohnraumförderung" der Behörde für Bau und Verkehr am 15./16.04.2003;
- Fachforum "Ressourcensparendes Bauen" der Behörde für Umwelt und Gesundheit am 17. Juni 2003.

Weitere Workshops und Dialoge werden den Leitbildprozess begleiten und sicherstellen, dass die relevanten gesellschaftlichen Akteure der jeweiligen Handlungsfelder an dem Diskussionsprozess der Entwicklung von Ideen und Maßnahmen beteiligt

werden, so z.B. die "Entwurfswerkstatt für das Stromspaltungsgebiet" im Rahmen des Hamburger Architektursommers zum Sprung über die Elbe vom 17.-24.07.2003, oder der Workshop zur Internationalisierung der Metropolregion am 15.09.2003. Darüber hinaus sollen Veranstaltungen in den Bezirken stattfinden. Bereits am 24.01.2003 hat das Bezirksamt Eimsbüttel einen Workshop zur Profilierung des Bezirks im Rahmen des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" durchgeführt.

Anlässlich vieler Veranstaltungen haben der Erste Bürgermeister und einzelne Senatoren über das Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" und die Politik des qualitativen Wachstums für die Wachsende Stadt informiert und mit der interessierten Fachöffentlichkeit diskutiert. Hinzuweisen ist dabei besonders auf die Grundsatzrede des Finanzsenators vor dem Übersee-Club am 02.04.2003.¹

4.2 DEMOS-Ideenwettbewerb

Vom 4. November bis zum 2. Dezember 2002 wurde im Rahmen des EU-Projekts DEMOS (Delphi Mediation Online System) eine öffentliche Diskussion zum Leitbild: "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" im Internet durchgeführt. Beteiligte Behörden und Institutionen waren: Senatskanzlei, Finanzbehörde, hamburg.de und TU Hamburg-Harburg als Koordinatorin des EU-Projekts. Die Diskussion verlief ausgesprochen intensiv, kreativ, konstruktiv und in einem von Sachlichkeit und Fairness geprägten Ton. Sie wurde mit über 500 Teilnehmern und fast 4.000 Beiträgen zur bislang größten politischen Online-Diskussion Europas. Das Ergebnis waren 57 detaillierte Ideenskizzen, von denen die fünf besten von einer unabhängigen Jury prämiert wurden.

1. Sprung über die Elbe - Hamburgs Zukunft liegt im Süden: Die ausgezeichneten Vorschläge wollen Harburgs Potenzial stärker nutzen. Denn aus der attraktiven Wasserlage lässt sich mehr machen: Die Vorschläge sehen vor, neue Wohn- und Arbeitslandschaften am Wasser zu schaffen und den Harburger Binnenhafen zu einem Areal für Arbeiten, Wohnen und Freizeit zu entwickeln. Außerdem sollen ein Sportboothafen geschaffen und die Harburger Schlossinsel revitalisiert werden. Die Idee der "Schwimmenden Häuser" eignet sich insbesondere für den Hamburger Süden. Schwimmende Häuser könnten eine reizvolle Ergänzung zum Häuserbau darstellen und sowohl das Wohnen in der Stadt als auch den Hamburger Süden als Wohnstandort noch attraktiver machen.
2. "Wohnen und Integration": Um das Wohnen in Hamburg für viele verschiedene Bevölkerungsgruppen reizvoller zu gestalten, soll die Wohnbauförderung stärker das Miteinander von Alt und Jung, von sozial benachteiligten und nicht benachteiligten Menschen, von Menschen mit und ohne Behinderung unterstützen. Die Förderung von Baugruppen und neuen integrativen Wohnformen kann dazu beitragen, das Leben in einer Metropole lebenswert, nachbarschaftlich und sozial zu gestalten.
3. "Neue Beleuchtungs-Projekte": Durch verschiedene Illuminationsprojekte könnte Hamburg mehr "nächtliche Ausstrahlung" verliehen werden - in der Innenstadt, an

¹ Die Rede wurde veröffentlicht und ist im Internet unter www.wachsende-stadt.hamburg.de zu finden.

oder über der Elbe, in markanten Industrielandschaften - denkbar wären viele Möglichkeiten, Hamburg zu mehr nächtlichem Glanz zu verhelfen.

4. "Neue Event- und Wohnbrücken" könnten am nördlichen Elbufer als schwimmende Flanierstege entstehen. Mobile Brücken und Eventstege als schwimmende Einrichtungen wären als Ausstellungsräume denkbar. Oder eine Wohn- und Ladenbrücke mit Wohnungen, Läden, Wochenmarkt, Restaurants und Cafés als hanseatisches Ponte Vecchio könnte Hamburgs Lage am Wasser als Attraktion hervorheben.
5. Eine "Gläserne Produktionsstätte" würde sich gerade für den Flugzeugbau anbieten, um mit neuen Konzepten Hamburgs Innovationsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

In einem Gästehausgespräch sagte der Erste Bürgermeister den Gewinnern zu, die Umsetzung der Ideen von den Fachbehörden prüfen zu lassen. Ein erneutes Treffen mit den Preisträgern ist nach einem Jahr vorgesehen, um sie über den Umsetzungsstand zu informieren.

Aus zwei Gründen wird die Beteiligung der Öffentlichkeit über das Medium Internet als grundsätzlich unterstützenswert eingeschätzt:

- Partizipation im Internet entspricht einem modernen Verständnis von Demokratie, weil sie geeignet ist, auch Teile der Bevölkerung anzusprechen, die kein Interesse an den traditionellen und institutionalisierten Formen von Beteiligung haben. Die DEMOS-Plattform hat sich als geeignet erwiesen, innerhalb kurzer Zeit für den politischen Prozess verwertbare Ergebnisse zustande zu bringen.
- Eine erfolgreiche E-Government-Strategie setzt sich aus einer Kombination von E-Administration und E-Democracy zusammen. Hamburg hat mit der DEMOS-Diskussion ein wichtiges Zeichen für E-Demokratie im 21. Jahrhundert gesetzt. Damit verfügt Hamburg innerhalb Deutschlands und Europas über ein Alleinstellungsmerkmal, das als ein wichtiger Bestandteil innerhalb der E-Government-Strategie Hamburgs ausgebaut werden sollte.

Die prämierten Ideen des DEMOS-Ideenwettbewerbs werden auch im Internetportal www.wachsende-stadt.hamburg.de präsentiert. Angesichts des Erfolgs der Internet-Diskussion wird auch im Rahmen des neuen Internetportals Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eröffnet, ihre Meinung zum Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" äußern zu können. Ideen und Vorschläge für die Gestaltung Hamburgs Zukunft können eingebracht werden. Zunächst ist hier die Resonanz abzuwarten. Ggf. sollen zu ausgewählten Themenschwerpunkten und in einem zeitlich begrenzten Rahmen erneut Online-Diskussionen angeboten werden. Diese können auch durch Expertendiskussion im Internet begleitet werden. Diese Planungen sollen im IV. Quartal 2003 konkretisiert werden.

II. Umsetzungsstand, bisherige Ergebnisse und Weiterentwicklung der Handlungsfelder des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt"

1. Erhöhung der Verfügbarkeit von Wohnbau- und Gewerbeflächen, Verbesserung des Flächenmanagements und Förderung des Wohnangebots

Mit den Beschlüssen der Senatskommission für Stadtentwicklung vom 03.04.2002 zu den beiden Sofortprogrammen "Wohnbauflächen für die Wachsende Stadt" und "Gewerbeflächen für die Wachsende Stadt" sowie insgesamt 17 Folgeaufträgen aus der Drucksache "Leitbild: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" vom 26.06.2002 hat der Senat eine umfassende Agenda zur Erhöhung der Verfügbarkeit attraktiver Flächen für Wohnen und Gewerbe, zur Wohnungsbauförderung und zur Verbesserung des Flächenmanagements auf den Weg gebracht. Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen dabei die beiden Flächentranchen, mit denen insgesamt 30 Wohnbau- und 19 Gewerbeflächen für eine vordringliche planerische Aufbereitung benannt wurden. Nachfolgend wird über den erreichten Sachstand der Arbeitsaufträge berichtet und ein Ausblick auf die anstehenden Verfahrensschritte gegeben.

1.1 Wohnbauflächen

1. und 2. Tranche Wohnbauflächen

Insgesamt beläuft sich der Umfang der zurzeit in Planung befindlichen Wohnbauflächen auf ca. 320 ha, auf denen der Bau von bis zu 10.250 Wohneinheiten (WE) möglich ist. Davon entfallen auf Flächen der 1. Tranche ca. 122 ha mit 1.750 WE und auf Flächen der 2. Tranche ca. 54 ha mit bis zu 1.500 WE. Ein Schwerpunkt wird bei der 1. und 2. Tranche auf den Bau von Einfamilien-, Reihen- und Doppelhäusern liegen. In der 1. Tranche liegt der Anteil bei ca. 80 % und in der 2. Tranche bei ca. 70 % der Wohneinheiten. Weiter befinden sich derzeit bedeutende Wohnungsbauvorhaben (jeweils 100 und mehr Wohneinheiten) mit einem Gesamtumfang von ca. 144 ha und bis zu 7.000 WE im Verfahren. Sobald feststeht, in welchem Umfang das Gelände der Röttiger-Kaserne mit Wohnungen bebaut werden soll, werden sich diese Zahlen weiter erhöhen.

Über den Stand der Flächenaufbereitung der 1. Tranche wurde die Senatskommission für Stadtentwicklung am 22.05.2003 informiert. Es zeichnet sich ab, dass für den überwiegenden Teil der Flächen eine Vorweggenehmigungsreife in den Jahren 2004 und 2005 erreichbar sein wird. Soweit sich bei einzelnen Flächen Handlungsbedarf abzeichnete, wurden seitens der Senatskommission ergänzende Konkretisierungen vorgenommen.

Als Besonderheit im Rahmen der 1. Tranche ist hervorzuheben, dass die Bebauungsplanverfahren Bergstedt 23, Bergstedt 14, Wohldorf-Ohlstedt 13 und Wohldorf-Ohlstedt 14 evoziert werden mussten, um deren weitere planerische Umsetzung sicherzustellen. Dies hat noch einmal deutlich gemacht, dass der Vermittlung eines sparsamen und verantwortungsvollen Umgangs mit der knappen Ressource Fläche in der Öffentlichkeit größte Bedeutung zukommt und bereits bei der Flächenauswahl hohe Anforderungen an die Kriterien Natur- und Landschaftsschutz, Berücksichtigung von Kleingartenbelangen, Eingriffe in die Kulturlandschaft oder den Erhalt von

Grünflächen gestellt werden müssen. Dies gilt gleichermaßen für die Auswahl der Gewerbeflächen. Mit den Beschlüssen zur 1. und 2. Tranche Wohnungsbau wurden zu rund drei Vierteln Flächen benannt, die der Flächennutzungsplan bereits hierfür darstellt bzw. bei denen es sich um Konversionsflächen handelt. Lediglich etwa ein Viertel der Flächen stellt der Flächennutzungsplan als Grünflächen dar. Die im vergangenen Jahr eingerichtete Steuerungsgruppe „Wohnbau- und Gewerbeflächen“ hat in dieser Hinsicht bereits wertvolle Arbeit geleistet, wie die hohe Zustimmungsrate bezirklicher Gremien zu den Flächen der 2. Tranche beweist.

Mit Beschluss der Senatskommission für Stadtentwicklung vom 22.05.2003 wurde die zweite Tranche Wohnbauflächen mit insgesamt 19 Flächen auf den Weg gebracht. Das mögliche Gesamtvolumen beträgt bis zu 1.500 WE, davon bis zu 500 WE im Geschosswohnungsbau und rund 1.000 WE im Einfamilienhausbau. Darüber hinaus sollen 4 weitere Flächen in den Bezirken Eimsbüttel und Hamburg-Nord wegen ihrer jeweiligen Besonderheiten außerhalb der 2. Tranche einer vertieften Prüfung hinsichtlich ihrer Eignung unterzogen werden.

Kriterien für die Vergabe von Wohnbauflächen

Die Senatskommission für Stadtentwicklung hat am 12.12.2002 die Vorschläge zur Anpassung und Veränderung der Vergabekriterien städtischer Wohnbauflächen im Einfamilienhausprogramm beschlossen. Die Veränderungen betrafen in erster Linie den so genannten Punktekatalog. Des Weiteren wurden Zugangsbeschränkungen für Bewerber aufgehoben sowie Einkommensgrenzen und Mindestkaufpreise abgeschafft. Die neuen Kriterien gelten für Bewerbungen seit dem 17.01.2003. Die Finanzbehörde wurde darüber hinaus beauftragt, zusammen mit der Behörde für Bau und Verkehr zu prüfen, ob und ggf. welche weiteren Veränderungen und Optimierungen beim Vergabeverfahren für städtische Wohnbauflächen und des Eigenheimbaus erforderlich sind und der Senatskommission bis Ende 2003 zu berichten.

1.2 Gewerbeflächen

1. und 2. Tranche Gewerbeflächen

Bei den Gewerbeflächen befinden sich zurzeit mehr als 300 ha in der Planung, davon entfallen ca. 168 ha auf die 1. Tranche und ca. 101 ha auf Flächen der 2. Tranche.

Über den Stand der Flächenaufbereitung der 1. Tranche wurde die Senatskommission für Stadtentwicklung am 22.05.2003 informiert. Die Planverfahren für diese Flächen sind so weit fortgeschritten, dass davon knapp 100 ha bis Ende 2005 für eine gewerbliche Nutzung planungsrechtlich so weit aufbereitet sind, dass mit der Erschließung begonnen werden kann. Bei der Fläche "Obergeorgswerder" ist das Bebauungsplanverfahren bereits eingeleitet. Bei den Flächen Huckepackbahnhof Rotherburgsort, Holsteiner Chaussee, Jenfelder Allee und Güterbahnhof Wandsbek wurde seitens der Senatskommission für Stadtentwicklung der Auftrag erteilt, dass zu gegebener Zeit nach Klärung planerischer Vorarbeiten Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden sollen. Für die Fläche südlich Brookdeich wurde zur Arrondierung die Einbeziehung einer Grünfläche am Curslacker Neuen Deich beschlossen.

Mit Beschluss der Senatskommission für Stadtentwicklung vom 22.05.2003 wurde die 2. Tranche Gewerbeflächen mit insgesamt 10 Flächen in einem Umfang von ca. 101 ha auf den Weg gebracht. Es besteht die Einschätzung, dass hiervon bis Ende 2005 noch ca. 15 ha planrechtlich gesichert werden können. Im Hinblick auf den Auftrag der Senatskommission, neue gewerbliche Bauflächen in den nicht mehr angebotsfähigen Bezirken Altona, Eimsbüttel und Wandsbek zu prüfen, war festzustellen, dass auch nach intensiver Suche keine nennenswerten Gewerbeflächenpotenziale gefunden werden konnten. In diesen Bezirken kommt es daher vor allem darauf an, die vorhandenen privaten Gewerbeflächenreserven und die Konversionsflächen zu aktivieren bzw. private Gewerbe- und Konversionsflächen aufzukaufen und entsprechend zu vermarkten.

Erhöhung der Verfügbarkeit städtischer gewerblicher Bauflächen

Die Senatskommission für Stadtentwicklung hat am 22.05.2003 Handlungsansätze zur Erhöhung des Bestands an städtischen gewerblichen Bauflächen zur Kenntnis genommen. Es ist dabei deutlich geworden, dass der primäre Handlungsansatz - ungeachtet der nicht verkannten schwierigen Bedingungen der Planausweisung - in der zielgerichteten Bebauungsplanung für geeignete städtische Programmflächen liegt. Städtische Ankaufsaktivitäten bei aktuellen Konversionsflächen, insbesondere bei der Deutschen Bahn und der Telekom, können zu zusätzlich verfügbaren Flächen beitragen, treffen jedoch auf hohe Kaufpreisforderungen. Die Behörde für Bau und Verkehr hat außerdem eine gesamtstädtische Übersicht über planrechtlich gesicherte, aber nicht baulich genutzte Flächen vorgelegt. Die Finanzbehörde wird im nächsten Verfahrensschritt prüfen, ob einzelne Flächen für einen Kauf in Betracht kommen oder gemeinsam mit städtischen Grundstücken aktiviert werden können.

Bereitstellung von Flächen für großflächige Büronutzung

Die Behörde für Bau und Verkehr wird eine Untersuchung zum Status Quo und den Perspektiven des Büroflächenmarktes in Auftrag geben und die Senatskommission für Stadtentwicklung im III. Quartal 2004 über die Ergebnisse unterrichten.

1.3 Weiterentwicklung des Flächenmanagements

1.3.1 Innenentwicklung und Nachverdichtung

Wie dargestellt, werden derzeit zahlreiche Wohnbau- und Gewerbeflächen planerisch für die Bebauung entwickelt. Dabei handelt es sich sowohl um Flächen, die derzeit noch eine Freiflächennutzung haben, als auch um Flächen im bebauten Siedlungsbereich, die infolge der Aufgabe der bisherigen Nutzung zukünftig als Wohnbau- oder Gewerbeflächen genutzt werden sollen. Als Beispiel sind hier die sogenannten Konversionsflächen zu nennen, die als ehemalige Krankenhausflächen eine Wohnnutzung oder als ehemalige Bahngelände eine gewerbliche Nutzung erhalten. Daneben liegen weitere Informationen über un- oder untergenutzte Flächen im Siedlungsbereich vor, die für eine gewerbliche oder Wohnnutzung geeignet sind. Diese Potenziale der Innenentwicklung gilt es systematisch zu erfassen. Dazu ist es erforderlich, nicht nur die bekannten und anlassbezogenen Nutzungsmöglichkeiten und

Flächenpotenziale, die von den jeweiligen Akteuren übermittelt werden, für bauliche Nutzungen zu entwickeln, sondern auch systematisch und kleinteilig die über die ganze Stadt verteilten zusätzlichen Entwicklungspotenziale zu ermitteln. Die Untersuchungen können mit Hilfe eines bereits vorhandenen und nunmehr auch für diesen Zweck einsetzbaren Geographischen Informationssystems (GIS) durchgeführt werden. Diese Vorgehensweise kann auch dazu beitragen, Wachstum und nachhaltige Entwicklung in Einklang zu bringen.

Eine aktive Innenbereichsentwicklung sollte neben der Mobilisierung der bereits angebotenen Flächenpotenziale und der Darstellung der zeitlichen Verfügbarkeit auch eine detaillierte Recherche zur Vergrößerung des Flächenangebots über die bekannten Potenziale hinaus umfassen. Daher sind Untersuchungen vorgesehen zur Ermittlung weiterer potenzieller Verdichtungsräume und eine systematische Untersuchung unbebauter Flurstücke, die baurechtlich bereits für eine Bebauung zur Verfügung stehen, aktuell aber nicht baulich genutzt werden. Durch die Anwendung eines abgestuften städtebaulichen Kriterienkatalogs ist mit Hilfe des Geographischen Informationssystems (GIS) eine flächendeckende Analyse Hamburgs von der so genannten Baulücke bis zu größeren Gebietseinheiten möglich. Erste Ergebnisse liegen bereits vor und haben die Praktikabilität dieses Ansatzes bestätigt.

Die durch die vorgeschlagenen Analysen ermittelten Flächenpotenziale könnten ggf. in die zurzeit unter der Federführung der Finanzbehörde entwickelte Datenbank für alle vermarktbaren Grundstücke der Stadt aufgenommen werden.

(1.) Der Senat beauftragt die Behörde für Bau und Verkehr in Abstimmung mit den betroffenen Fachbehörden und den Bezirksämtern, alle bekannten Potenzialflächen für die Innenentwicklung zusammenzustellen, neue Flächen systematisch zu erheben, eine Einschätzung der Verfügbarkeit dieser Flächen vorzunehmen und der Senatskommission für Stadtentwicklung einen Bericht über den Stand der Umsetzung bis zum III. Quartal 2004 vorzulegen.

1.3.2 Allgemeine Ansätze des Flächenmanagements

Vorausschauende Bodenvorratspolitik

Die Senatskommission für Stadtentwicklung hat am 22.05.2003 ein Konzept für eine vorausschauende Bodenvorratspolitik beschlossen, das langfristig den Eigenbedarf und die Angebotsfähigkeit der Stadt mit ausreichenden Wohnbau-, Gewerbe- und Arbeitsstättenflächen sicherstellen soll. Das Konzept sieht primär den Ankauf von preisgünstigen privaten Flächen ohne ausreichendes Baurecht vor, die ein mittel- bis langfristiges Entwicklungspotenzial aufweisen sollen. Allerdings sollen auch, möglichst im Rahmen von Gesamtpaketen, Konversionsflächen sowie baureife private Flächen angekauft werden. Unrentierliche Ankäufe werden nach wie vor nur in besonders gelagerten Einzelfällen erfolgen. Diese Ankaufsstrategie ist durch eine bedarfs- und zeitgerechte Schaffung von Plan- bzw. Baurecht zu flankieren und bedarf einer ausreichenden finanziellen Ausstattung des Grundstocks für Grunderwerb.

Errichtung einer Immobilien-Datenbank

Um die Aktivierung bisher nicht oder untergenutzter städtischer Grundstücke zu verbessern, ist im Rahmen der Jesteburger Senatorenklausur im Mai 2002 die Errichtung einer Datenbank für alle verwertbaren städtischen Grundstücke, einschließlich des Grundbesitzes der öffentlichen Unternehmen, beschlossen worden. Die Liegenschaftsverwaltung der Finanzbehörde wird die Eigentümerrechte für das städtische Grundvermögen umfassend nach dem Prinzip "One face to the customer" und in Abstimmung mit anderen Akteuren des Immobilienstandortes Hamburg wahrnehmen. Im Rahmen dieses Konzeptes sollen u.a. nicht bzw. untergenutzte Flächen aktiviert werden. Dabei wird auch zu klären sein, ob es - über das für die bezirklichen Planungen bereits eingeführte Anreizsystem hinaus - weiterer gezielter Anreize bzw. Instrumente bedarf, Behörden und Unternehmen zur Freigabe nicht mehr benötigter Immobilien zu veranlassen.

Zentralisierung der Eigentümerfunktion

Der Senat hat mit Drs. 2003/0187 vom 18.02.2003 die Zentralisierung der Eigentümerfunktion in der Finanzbehörde beschlossen. In den Bezirken werden zukünftig nur noch "Verbindungsstellen" für Liegenschaftsangelegenheiten (1 Stelle pro Bezirk) vorhanden sein, ansonsten findet ein Personalübergang von den Bezirken in die Liegenschaftsverwaltung der Finanzbehörde statt. Mit der Reorganisation des Liegenschaftswesens sollen insbesondere eine Stärkung der ressourcensteuernden Funktion, eine Verbesserung der Transparenz, Effizienzgewinn und mehr Professionalität im Umgang mit Immobilien erreicht werden.

Positive Motivation in den Bezirken

Darüber hinaus hat der Senat im Zusammenhang mit der Konzentration der Liegenschaftsaufgaben dem Konzept "Finanzausgleichsmodell für die Bezirke zur Schaffung marktfähiger Flächen" zugestimmt, um den Bezirksämtern finanzielle Anreize für die Schaffung von Baurecht auf stadteigenen und privaten Flächen zu geben. Das Modell sieht vor, den Bezirksämtern insgesamt Mittel in Höhe von bis zu 1 Mio. EUR jährlich zur Verfügung zu stellen, über deren flexiblen Einsatz sie alleine entscheiden und die sie für Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung und Aktivierung von Bauflächen und daraus erwachsender Folgemaßnahmen einsetzen können. Wegen der großen Bedeutung nachhaltiger Flächennutzung in der Metropole soll für besondere Leistungen der Bezirke bei der Schaffung von neuem Baurecht - das insbesondere zu flächensparender Bodennutzung durch Konversion von Flächen, Innenentwicklung und Verdichtung führt - jährlich ein "Preis" in Höhe von 20.000 EUR (aus den insgesamt für das Finanzausgleichssystem veranschlagten Mitteln) für einen Bezirk vergeben werden.

Veränderte Kleingartenkonzeption

Im Kontext mit der Aktivierung baulicher Reserven für den Wohnungsbau wurde von der Senatskommission für Stadtentwicklung am 22.05.2003 beschlossen, unter welchen Voraussetzungen eine Freimachung von Kleingartenflächen für bauliche Nutzungen im Rahmen des Leitbildes umgesetzt werden kann. Das Bundeskleingartengesetz sowie die "Anschlussregelung zum sog. 10.000er Vertrag" bilden die Rah-

menbedingungen. Hier sind die Voraussetzungen zur Kündigung und Räumung sowie zur Ersatzpflicht der Kleingärten geregelt. Die Vorhaltung ausreichender Kleingartenersatzflächen ist die Hauptstrategie. Ein zentraler Ansatz dabei ist die Bildung eines Kleingarten-Ersatzflächenpools, um mittel- bis langfristig mindestens 1.000 Kleingartenparzellen als Planungsreserve dauerhaft vorzuhalten. Weitere Möglichkeiten zur Vorhaltung von Kleingartenersatzflächen sind Arrondierung bestehender Kleingartenanlagen, Flexibilisierung des Parzellengrößenansatzes bei Neuerrichtung sowie Nachverdichtung bestehender Anlagen. Der Landesbund der Gartenfreunde in Hamburg e.V. wird als Vertragspartner in die Entwicklung von Kleingartenersatzflächen und deren Standorte eingebunden.

Grünausgleich auf Flächen im Umland

In der Senatskommissionssitzung am 07.03.2003 wurde ein Zwischenbericht über den Stand der Untersuchungen zur Kenntnis genommen und der Fortführung der Arbeiten zugestimmt. Die Behörde für Bau und Verkehr wurde federführend ergänzend beauftragt, mit der Suche von potenziellen Ausgleichs- und Ersatzflächen in der Marsch im südlichen Umland Hamburgs zu beginnen.

1.4 Entwicklung des Harburger Wirtschaftsraums

Die Senatskommission für Stadtentwicklung hat am 12.12.2002 den Bericht und die dargestellten Maßnahmen zur Stadtentwicklung und Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsraumes Harburg einschließlich Wirtschaftsförderung und Technologietransfer sowie ihre Überprüfung auf das Ziel der Wachsenden Stadt beschlossen. Die Behörde für Bau und Verkehr (federführend) und das Bezirksamt Harburg wurden beauftragt, eine weitere Konkretisierung der Handlungsansätze in die geplante Workshopveranstaltung zum Architektursommer 2003 einzubeziehen. Über die Ergebnisse des Workshops wird der Senatskommission für Stadtentwicklung im Rahmen der Berichterstattung zu den beschlossenen Prüfaufträgen im IV. Quartal 2003 berichtet. In diesem Kontext soll auch die Frage des Nutzens und der Realisierungsmöglichkeiten eines weiteren Brückenschlags über die Elbe behandelt werden.

1.5 Erhöhung der Attraktivität des Wohnangebots sowie Information und Beratung

Um die Attraktivität des Wohnens in der Metropole zu fördern, ist neben der Bereitstellung geeigneter Flächen ein Maßnahmenbündel vorgesehen, das auf attraktive Angebote im Neubau und im Wohnungsbestand, auf die Quartiersentwicklung sowie unverzichtbare Wohnungsmarktkorrekturen gerichtet ist. Dabei ist Wohnen in der Kernstadt einer Metropolregion vor allem urban und verdichtet, notwendig sind aber auch - in Konkurrenz zum Umland - familien- und freizeitgerechte Angebote in einem integrativen Mix der Generationen und Sozialstrukturen. Dementsprechend ist die Angebotsstruktur zu verfeinern. Ein verbessertes Informations- und Beratungsangebot soll Zuzüge erleichtern und die Abwanderung von Familien verhindern, die in Hamburg bisher kein ansprechendes Angebot gefunden haben.

1.5.1 Beitrag der Wohnungsbauförderung

Im Wohnungsneubau setzen die öffentlichen Wohnungsbaumittel bedeutsame Akzente, da mit ihnen jahresdurchschnittlich etwa 50 % des Wohnungsneubaus in Hamburg gefördert werden. Zu der Drucksache Nr. 2002/1332 "Hamburger Wohnraumförderung 2003" hat der Senat am 10.12.2002 den Auftrag erteilt, Optionen einer möglichen strategischen Neuorientierung der Wohnraumförderung zu prüfen und einen Expertenworkshop durchzuführen. Das zugleich beschlossene Fördervolumen 2003 umfasst im Bereich Neubau bis zu 1.300 Mietwohnungen und 1.200 Eigenheime, zusammen 2.500 Wohneinheiten und sichert damit ein weiterhin hohes Bauniveau (Neubau-Fertigstellungen 2002 freifinanziert und gefördert insgesamt rund 3.700 Wohnungseinheiten). Es enthält darüber hinaus die Modernisierung von bis zu 2.250 Mietwohnungen im Bestand. Die Eigentumsförderung wurde noch familienfreundlicher gestaltet, indem der Erwerb einer gebrauchten Immobilie auch schon für Familien mit nur einem Kind statt zuvor mindestens zwei Kindern gefördert wird.

Förderung von Baugemeinschaften

Mit dem Programm 2003 ist außerdem die finanzielle Förderung von Baugemeinschaften auf eine neue Basis gestellt worden. Baugemeinschaften sind Privatpersonen, die gemeinsam Wohnraum zur Selbstnutzung schaffen. Sie können dank Eigeninitiative und Selbsthilfe kostensparender bauen und tragen zur Herstellung hochwertiger Wohnformen mit meist großen innerstädtischen Wohnungen im Miteinander der Generationen bei. Als Starthilfe wird ihnen ein Grundstücksdarlehen gewährt, das später mit der Bauförderung verrechnet wird. Am 08.07.2003 hat der Senat die Einrichtung einer Agentur für Baugemeinschaften innerhalb der Behörde für Bau und Verkehr beschlossen und Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Baugemeinschaften in einem der Nachfrage angemessenen Umfang an der Vergabe von Grundstücken teilhaben können (Drucksache Nr. 2003/0872). Die Agentur soll Baugemeinschaften initiieren und beraten und ihre Interessen innerhalb der Verwaltung wahrnehmen.

Neuorientierung der Wohnungsbauförderung

Der Expertenworkshop zur Prüfung der Optionen einer möglichen strategischen Neuorientierung der Wohnungsbauförderung fand am 15. und 16. April 2003 statt. Die Ergebnisse werden zurzeit ausgewertet und dem Senat mit Handlungsvorschlägen für die Jahre ab 2005 voraussichtlich im IV. Quartal 2003 vorgelegt. Es wurde belegt, dass auch künftig auf eine Objektförderung nicht verzichtet werden kann, zumal damit eine direkte Einwirkung auf die Struktur des Angebots im Wohnungsneubau ermöglicht wird. Es zeichnet sich ab, dass die Neubauförderung aber wesentlich flexibler gestaltet und bedarfsgerecht nachgesteuert werden muss. Sie soll stärker als bisher als Steuerungsinstrument, zunächst vor allem zur Ergänzung und Attraktivitätssteigerung bestehender Wohnanlagen und zu Gunsten großer familiengerechter und behindertengerechter Wohnungen eingesetzt werden. Dabei wird im Interesse der Durchmischung von Quartieren darüber nachgedacht, nicht mehr eine ganze Wohnanlage, sondern einzelne Wohnungen innerhalb eines freifinanzierten Projektes zu fördern. Zusätzliche Anreize für den Neubau können über eine Umsteuerung von der bisherigen Darlehensförderung hin zu Investitionszulagen und über neue Möglichkeiten des Belegungsbindungs-Tausches gegeben werden. Einer Expertenempfehlung folgend, soll die Modernisierungsförderung im Bestand künftig noch

stärker als bisher mit anderen Maßnahmen der Quartiersentwicklung und -sanierung verzahnt werden. Da die Ausgestaltung der Förderung eine hohe haushaltspolitische Relevanz hat, ist die letzte Entscheidung darüber dem Senat mit der Beschlussfassung über die jährlichen Wohnungsprogramme vorbehalten.

1.5.2 Ressourcenschonendes Bauen

Um die Anziehungskraft der Stadt zu erhöhen, sollen attraktive Möglichkeiten für das Wohnen und Arbeiten in der Stadt geschaffen werden. Diese Ziele ohne zusätzlichen Ressourcenverbrauch und zusätzliche Klimabelastung zu erreichen, stellt eine neue Herausforderung für zukunftsfähige Architektur und Stadtentwicklung dar.

Ein Schwerpunkt des ressourcensparenden Bauens liegt auf den städtebaulichen Zielvorstellungen einer Verdichtung auf bereits besiedelten Flächen, damit für zusätzlichen Wohn- und Gewerberaum möglichst wenig bisher unbebaute Flächen in Anspruch genommen werden müssen. Diese Zielvorstellung strebt eine lebendige, Nutzungsgemischte Stadt mit kurzen Wegen, einem effizienten öffentlichen Verkehrssystem, einem Netz von Grünzügen, Fahrrad- und Fußwegeverbindungen sowie Freiräumen für Veranstaltungen, Freizeitaktivitäten und zur Muße und Entspannung an.

Fachforum zum ressourcensparenden Bauen

Im Rahmen der Initiative "Arbeit und Klimaschutz" werden Veranstaltungen durchgeführt, um bei Investoren, Architekten und Planern für das ressourcenschonende Bauen zu werben. Unter diesem Thema stand z.B. ein Fachforum am 17. Juni 2003, in dem über die neue Kunst des Bauens diskutiert wurde, und die Verleihung des Architekturpreises 2003 am 27. Juni 2003 im Rahmen des Hamburger Architektur Sommers.

Ökologische Bauausstellung für Solar- und Niedrigstenergiehäuser

Die ZEBAU GmbH, ein Zusammenschluss Hamburger Wissenschaftler, hat mit dem Initiativkreis "Bauen und Umwelt e.V. Hamburg/Chemnitz" ein Konzept für internationale Bauausstellungen zur Präsentation, Vermarktung und Verbreitung zukunftsgerichteter Bauformen und Siedlungen entwickelt, an dem sich die Städte Berlin, Plauen, Jena, Gera, Zwickau, Rom, Scandicci (I), Castilblanco de los Arroyos (E), Weiz (A), Leicester (GB) sowie die Provinz Asti (I) beteiligen und das von der Europäischen Kommission als Projekt der EuropeanSolarExhibitions in das ALTENER-Programm 2002 aufgenommen wurde. Am 26./27. Februar 2003 haben sich Vertreter der beteiligten Städte in Hamburg zu einem ersten Erfahrungsaustausch über lokale Konzepte, Planungsstände, Finanzierungsstrategien und Möglichkeiten zur Schaffung von Synergieeffekten durch Zusammenarbeit getroffen.

Die Behörde für Bau und Verkehr unterstützt das Projekt. In Hamburg soll im Jahr 2005 eine "Ökologische Bauausstellung für Solar- und Niedrigstenergiehäuser" durchgeführt werden. Damit wird einem Nachfragesegment entsprochen, für das es bisher nur wenige geeignete Projekte in Hamburg gab. Die für die Bauausstellung vorgesehenen Flächen

- Hamburg-Heimfeld, An der Rennkoppel

- Wilhelmsburg, Bei der Windmühle
- ausgewählte Einzelprojekte in der HafenCity, Dalmannkai

entsprechen dem Ziel des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt", den "Sprung über die Elbe" zu unterstützen. Sie werden durch die gebündelten Anstrengungen zum Start der Ökologischen Bauausstellung 2005 erheblich schneller gebaut, als dies sonst der Fall wäre.

1.5.3 Information und Beratung

Wohnen in Hamburg im Internet

Personen außerhalb Hamburgs, die hier einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz annehmen möchten und eine Wohnung suchen, werden sich künftig über das Internet schneller und umfassender informieren können. Standortinformationen, Informationen über die verschiedenen Wohnformen in Hamburg und eine Linkliste mit verschiedenen aktuellen Internetportalen für Wohnungs- und Immobiliensuchende werden in das im Aufbau befindliche Internet-Portal "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" unter www.wachsende-stadt.hamburg.de integriert. Diese Informationen stehen gleichermaßen den bereits in Hamburg ansässigen Immobilien- und Wohnraum-suchenden zur Verfügung, von denen in der Vergangenheit auch viele in das Umland abgewandert sind, weil sie hier kein Angebot gefunden hatten.

Hamburger Wohninformationszentrum

Zusätzlich werden Immobilien- und Wohnungssuchende eine persönliche Beratung in einem - zunächst befristet für einen Zeitraum von drei Jahren - neu einzurichtenden Wohninformationszentrum erhalten. Ein Konzeptentwurf der Behörde für Bau und Verkehr sieht dazu folgende Grundstruktur vor:

Die Kundinnen und Kunden können sich im Wohninformationszentrum am Bildschirm über den aktuellen Wohnungs- und Immobilienmarkt im Internet und über Finanzierungsfragen informieren. Weiterführende Fragen können in individuellen Beratungsgesprächen geklärt werden. Das Informationsangebot wird durch Ausstellungen und Veranstaltungen ergänzt. Modelle neuer Wohngebiete können vorgestellt werden. Bauträger und Wohnungsunternehmen präsentieren sich vor Ort, erläutern Konzepte, informieren über Baukosten und zeigen auf, wie auf Grundrisse und Bauausführung Einfluss genommen werden kann. Bei Bedarf können einzelne Institutionen und Anbieter - wie etwa die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt oder die Liegenschaftsverwaltung - hier ihre Angebote unterbreiten. Darüber hinaus stehen die Räumlichkeiten für Fachvorträge rund um das Thema "Wohnen in Hamburg" und als Treffpunkt für erste gemeinsame Überlegungen und Entscheidungen von Baugemeinschaften in der Gründungsphase zur Verfügung. Stadtteile, Quartiere und besondere Projekte der Stadtentwicklung und Stadterneuerung sowie Entwürfe von Architekturstudenten können präsentiert werden. Gemeinsam mit den vor Ort tätigen Bauträgern und Investoren werden Informationsfahrten zu neuen Wohnstandorten angeboten. Es ist weiterhin daran gedacht, bei entsprechend geeigneten Anlässen Besucherinnen und Besucher der Stadt von einer mobilen Außenstelle aus (Bus / Container) sowie auf Baufachmessen und bei "Du und Deine Welt" über den Wohn-

standort Hamburg zu informieren. Diese Überlegungen werden mit dem angedachten Leitprojekt "Welcome to Hamburg" (siehe Kap. II.4.2) abgestimmt.

Ein zentraler Standort, der auch von Hamburg-Besucherinnen und -Besuchern frequentiert wird - möglichst in der inneren Stadt mit guter Anbindung an den ÖPNV - ist Voraussetzung für Attraktivität und Erfolg. Als Alternative zu einem festen Standort in der City bieten sich die innerstädtischen Wasserflächen und Fleete für die Einrichtung eines "schwimmenden" Wohninformationszentrums an.

Die Öffnungszeiten werden sich an den Bedürfnissen der Zielgruppen orientieren. Das Wohninformationszentrum soll daher von Montag bis Freitag bis in die frühen Abendstunden und auch am Sonnabend geöffnet haben.

(2.) Der Senat beauftragt die Behörde für Bau und Verkehr (federführend), gemeinsam mit Senatskanzlei - Planungsstab - und Finanzbehörde den Konzeptentwurf für ein Wohninformationszentrum weiterzuentwickeln und insbesondere die Trägerschaft sowie die bedarfsgerechte Personal- und Sachmittelausstattung und deren Finanzierung festzulegen und dem Senat ein abgestimmtes Konzept bis zum IV. Quartal 2003 vorzulegen.

1.6 Erreichter Stand und Ausblick

Mit dem jetzt erreichten Verfahrensstand kann im Hinblick auf das Ziel einer Erhöhung der Verfügbarkeit von Wohnbau- und Gewerbeflächen von einer Stabilisierung der Angebotsfähigkeit und im Hinblick auf ein modernes Ressourcenmanagement von einer Trendwende gesprochen werden. Um die Attraktivität des Wohnens in der Metropole zu fördern, ist neben der Bereitstellung geeigneter Flächen ein Maßnahmenbündel vorgesehen, das auf attraktive Angebote im Neubau und im Wohnungsbestand, auf die Quartiersentwicklung sowie unverzichtbare Wohnungsmarktkorrekturen gerichtet ist.

Insbesondere durch die vier Flächentranchen kann auf mittlere Sicht die Angebotsfähigkeit der Stadt stabilisiert und attraktiver gestaltet werden. Zu dieser Stabilisierung hat sicherlich auch die im Jahr 2002 sehr geringe Nachfrage nach städtischen gewerblichen Bauflächen beigetragen, die mit 7,7 ha weit unter dem langjährigen Schnitt von ca. 30 ha lag. Auch die Wohnungsbautätigkeit lag mit 2.562 neuen Wohnungen deutlich unter dem langjährigen Mittel. Es zeichnet sich jedoch bei den Gewerbeflächen bereits für 2003 und 2004 eine Rückkehr zum alten Wachstumsniveau ab. Auch im Wohnungsbau muss es das Ziel sein, wieder ein höheres Aktivitätsniveau zu erreichen. Der konsequenten Weiterverfolgung der bereits beschlossenen flankierenden Maßnahmen und der raschen Umsetzung der noch ausstehenden Maßnahmen, insbesondere zum Wohnungsbau, kommt daher größte Bedeutung zu. Nach gegenwärtigem Stand ist dabei davon auszugehen, dass hierbei bis Ende des Jahres wesentliche Fortschritte erreicht werden können.

Die Evokation der Bebauungsplanverfahren in den Walddörfern hat deutlich gemacht, dass dem Aspekt eines schonenden Umgangs mit der knappen Ressource Fläche größte Aufmerksamkeit beigemessen werden muss. Obwohl in diesen Bebauungsplanverfahren aus Rücksicht auf die städtebaulichen und naturräumlichen

Gegebenheiten vor Ort eine deutliche Reduzierung der Wohnungsbauzahlen und der Flächeninanspruchnahme gegenüber früheren Planungen vorgenommen wurde, sind sie vor Ort auf Ablehnung gestoßen.

Da sich bei Bürgerbegehren in den Bezirken regelmäßig die Frage stellt, ob und wann der Senat von seinem Evokationsrecht oder von seinem Weisungsrecht gegenüber dem Bezirk Gebrauch machen will, hat der Senat am 27.05.2003 beschlossen, dies bei Bauleitplanverfahren künftig schneller zu entscheiden. Ab sofort hat die zuständige Behörde innerhalb von vier Wochen einen Vorschlag über die Ausübung des Evokationsrechts vorzulegen. Die Frist beginnt, sobald das zuständige Bezirksamt festgestellt hat, dass ein Drittel der für ein Bürgerbegehren notwendigen Stimmen eingegangen ist. Durch diese Selbstverpflichtung sollen die Beteiligungsmöglichkeiten der betroffenen Bürger verbessert werden. Es soll zukünftig verhindert werden, dass die Betroffenen ein Bürgerbegehren weiter voran treiben, das später gegebenenfalls obsolet wird, weil der Senat das Verfahren an sich zieht.

Anlässlich der Bebauungsplanverfahren in den Walddörfern erscheint es notwendig, noch einmal deutlich hervorzuheben, dass im Rahmen der Zielsetzungen der Wachsenden Stadt dem sparsamen und schonenden Umgang mit Fläche hohe Bedeutung zukommt. Im Sinne einer nachhaltigen Flächenpolitik soll ein möglichst hoher Anteil durch Reaktivierung, Recycling, Konversion und Nutzungsverdichtung bereitgestellt werden. Allerdings wird sich auch zukünftig nicht vermeiden lassen, gezielt neue Flächen zu entwickeln. Hierbei sind städtebauliche, stadtwirtschaftliche, landschaftsplanerische, soziale und ökologische Gesichtspunkte gleichermaßen zu berücksichtigen, damit Hamburg und seine Stadtteile attraktiv und lebenswert bleiben.

Vor diesem Hintergrund kommt der Innenentwicklung und Nachverdichtung, einer vorausschauenden Bodenvorratspolitik, der Aktivierung von anderweitig genutzten gewerblichen Bauflächenreserven sowie einem intensivierten städtischen Flächenmanagement größte Bedeutung zu. Einen weiteren wichtigen Beitrag stellt das Recycling altlastverdächtigter Flächen dar. Auch weiterhin wird es die Zielsetzung der Behörde für Umwelt und Gesundheit sein, jährlich etwa 30 ha Fläche für neue Nutzungen zur Verfügung zu stellen. Mit den formulierten Zielsetzungen zur Etablierung eines ressourcenschonenden Bauens wird ein weiterer wichtiger Baustein verankert. Insgesamt gesehen wird mit diesen Ansätzen ein engmaschiges Netz im Hinblick auf die städtebauliche Leitvorstellung einer kompakten undutzungsgemischten Stadt geknüpft.

2. Förderung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums

Die Generierung eines überdurchschnittlichen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums erfordert sowohl die Förderung von Kompetenz-Clustern mit internationaler Ausstrahlung und die stärkere Nutzung der Potenziale der Ostseeregion als auch die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der vorhandenen Unternehmen und die Förderung des Mittelstandes sowie eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik.

2.1 Förderung von Kompetenz-Clustern mit internationaler Ausstrahlung

Mit der Konzentration auf Zukunftsfelder im Rahmen einer clusterorientierten Wirtschaftspolitik wird ein erfolversprechender Weg eingeschlagen, um sich im internationalen Standortwettbewerb der Regionen klar zu positionieren. Cluster mit internationaler Ausstrahlung sind Motor der regionalen Entwicklung. Sie sind regionale Ansammlungen von Unternehmen und Forschungs- und Bildungseinrichtungen in einer Branche, die miteinander kooperieren. Sie sollen die Produktivität erhöhen, Innovationen fördern und zu vermehrten Gründungen neuer Unternehmen beitragen. Typische Kooperationsfelder sind: Auf- und Ausbau einer clusterspezifischen Infrastruktur, Qualifizierung und Nachwuchsförderung, Forschung und Entwicklung, Netzwerkbildung sowie clusterorientiertes Marketing. Bestehende Potenziale in den Bereichen: Life Science, Nanotechnologie, IT- und Medien, Luftfahrt, Hafen und Logistik sowie China-Kompetenz werden dazu strategisch in den nächsten Jahren weiterentwickelt.

2.1.1 Cluster: Life Science

Die Voraussetzungen, den Cluster Life Science zu einem führenden und anerkannten europäischen Kompetenzzentrum mit internationalem Gewicht zu entwickeln, sind in der Metropole Hamburg gut, und zwar durch die Präsenz international führender Medizintechnikhersteller, innovativer Biotechnologieunternehmen, renommierter medizinischer und biologischer Forschungseinrichtungen sowie das hervorragende Angebot im Gesundheitswesen. Die Vernetzung dieses vorhandenen Potenzials wird jedoch als verbesserungsbedürftig angesehen. Daher wurde die Erarbeitung eines Handlungskonzepts in Auftrag gegeben.

Gutachtenvergabe

Mit der Erarbeitung eines Handlungskonzeptes zur Entwicklung des Kompetenz-Clusters Life Science in Hamburg wurden im September 2002 als externe Gutachter die Firmen Deloitte Consulting in Kooperation mit newmex consulting von der federführenden Behörde für Wirtschaft und Arbeit beauftragt.

Die Gutachtenergebnisse in Form

- einer Bestandsanalyse und eines Stärken/Schwächen-Profiles des Sektors Life Science in Hamburg,

- einer Ableitung von Forschungs-, Unternehmens- und Technologieschwerpunkten im Hamburger Life Science Bereich sowie
- eines Vorschlags zur Entwicklung und Stärkung des Standortes durch Errichtung einer Koordinierungsstelle (Agentur für innovative Medizin)

liegen mittlerweile vor.

Standortprofil

Im Ergebnis hat die Freie und Hansestadt Hamburg besondere Stärken im medizinischen Leistungsangebot. Insgesamt 50 stationäre Leistungserbringer decken mit rd. 13.000 Krankenhausbetten das gesamte Spektrum der Medizin ab. Der Fokus der Leistungserbringung liegt auf der Zentral- und Schwerpunktversorgung in öffentlicher Trägerschaft. Hier stehen mit dem UKE und dem LBK Hamburg zwei Träger im Vordergrund. Zusammen stellen sie über 50% aller Krankenhausbetten in Hamburg.

Im Bereich der Forschung und Lehre gibt es zwei für das Gebiet Life Science relevante Universitäten, die Hochschule für angewandte Wissenschaften sowie mehrere Graduiertenkollegs. Insgesamt finden sich im universitären Bereich über zehn Fachbereiche mit mehr als 45 Instituten. Daneben gibt es mehrere außeruniversitäre Institute wie, z. B. das Bernhard-Nocht-Institut, das Heinrich-Pette-Institut, das DESY und die Max-Planck-Gesellschaft - Arbeitsgruppen für strukturelle Molekularbiologie. Schließlich befinden sich drei Sonderforschungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) am Standort.

Des Weiteren besteht bei den in Hamburg ansässigen Unternehmen exzellentes Know-how im medizintechnischen und biotechnologischen Sektor, mit in Teilbereichen internationaler Kompetenzführerschaft z.B. in der Bildgebung, der Endoskopie, der molekularen Diagnostik, der orthopädischen Biomechanik und der Zellbiologie. Exemplarisch genannt seien die am Standort aktiven Unternehmen Philips Medizin Systeme, Olympus Optical Co., Siemens AG, Waldemar Link, Eppendorf AG, Evotec OAI, artus GmbH.

Schwerpunkte für Hamburg

Für die Freie und Hansestadt Hamburg wurden 6 Hauptschwerpunkte identifiziert, die sich in inhaltlich/medizinische und technologische Themen kategorisieren lassen. Neben qualitativen Aspekten, Fragen der Leistungsfähigkeit, Strukturbezug zu Hamburg und Marktpotenzial wurde bei der Auswahl auch die Zukunftsfähigkeit sowie der Imagefaktor des jeweiligen Schwerpunktes berücksichtigt.

Schwerpunkte sind:



Darüber hinaus wurden mit der Onkologie, Kardiologie, Psychiatrie, Nanoanalytik/Nanobiotechnologie, Telemedizin/Telematik im Gesundheitswesen, Bioinformatik und Biokatalyse/Bioverfahrenstechnik weitere zukunftsfähige Themenfelder definiert. Die ermittelten Schwerpunkte sind nicht voneinander abgegrenzt zu betrachten, sondern vielmehr integrativ. So werden beispielsweise eine Vielzahl von Projekten der Bildgebung oder molekularen Diagnostik den Bereich Onkologie oder Kardiologie betreffen.

Life Science Strategie

Zentraler Punkt für Hamburgs künftige Strategie im Bereich Life Science ist seine herausragende Stärke bei der Verbindung von Technologie *und* Anwendung. Hierdurch unterscheidet sich der Hamburger Gesundheitsmarkt von anderen Standorten, die meist nur singulär fokussiert sind (technologie- oder anwendungsorientiert).

In Kombination dieser beiden Ausprägungen lässt sich für Hamburg ein Cluster für "Innovative Medizin" entwickeln. Übergreifende Vision der Life Science Metropolregion Hamburg ist es, sich als ein Standort zu profilieren, an dem innovative Technologien entwickelt und zur effektiven medizinischen Versorgung für den und mit dem Patienten eingesetzt werden. Hieraus leiten sich folgende operative Ziele ab:

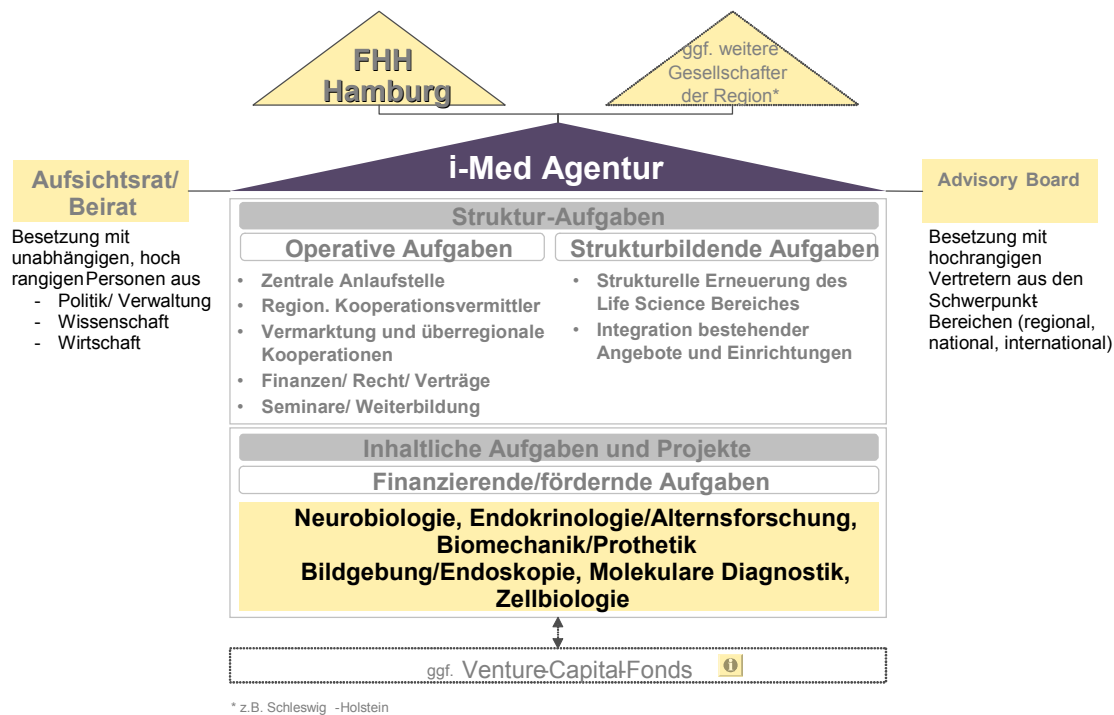
- Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze,
- Erweiterung der (inter-)nationalen Partnerschaften und Kooperationen,
- Erhöhung der Förder- und Drittmittelzuschüsse (privat, regional, national, EU),
- Steigerung des Patientenaufkommens und Verbesserung der Versorgung.

Errichtung einer zentralen Koordinierungsstelle

Nationale und internationale Vergleiche belegen die Notwendigkeit einer zentralen Koordination und Steuerung bei der Entwicklung zu einem Life-Science-Standort.

Die neu zu schaffende Koordinationsstelle mit dem Arbeitstitel "i-Med" integriert die unterschiedlichen bestehenden Aktivitäten im Bereich Life Science. Sie wirkt politisch strukturbildend bzw. vernetzend. Sie unterstützt Firmen und Einrichtungen in der Region bei der Einwerbung von Fördergeldern und fördert einige Projekte komplementär. Dabei agiert sie als ein auf Life Science fokussierter Dienstleister für die in der Metropolregion Hamburg aktiven Wirtschaftsunternehmen und Wissenschaftseinrichtungen. Die Einbindung der Wirtschaft und Wissenschaft erfolgt in der Agentur in beratenden und kontrollierenden Gremien (Fachausschüsse, Aufsichtsrat oder Beirat) sowie auf der Ebene der Einzelprojekte.

Mit einem angemessenen Budget, weitreichenden Gestaltungskompetenzen und einer deutlichen Unterstützung der Politik wird die Koordinationsstelle so zum Nukleus der Weiterentwicklung der Life-Science-Aktivitäten am Hamburger Standort.



Fokus der i-Med-Agentur liegt bei konkreten Projekten, insbesondere innerhalb der definierten Schwerpunktthemen. Es wurden bereits 3 Pilotprojekte in Zusammenarbeit mit Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft initiiert. Als Struktur-Aufgaben stehen die zentrale Koordination und Vernetzung im Vordergrund.

Weiteres Verfahren

Nach Erörterung der oben dargestellten Gutachtenergebnisse mit Spitzenvertretern der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ist deutlich geworden, dass das Agenturkonzept als ein zentraler Ansatz für die künftigen Aktivitäten der Stadt im Bereich Life Science gutgeheißen wird. Senat und Bürgerschaft werden bis zum Herbst 2003 eine abschließende Entscheidung treffen.

Weiteres Ziel ist es, die "Innovative Medizin" zu einem norddeutschen Kompetenz-Cluster auszubauen. Schleswig-Holstein hat auf politischer Ebene bereits Interesse und Bereitschaft zur Zusammenarbeit geäußert. Gegenwärtig finden Gespräche statt mit dem Ziel, die Einbindung weiterer Themen und die Beteiligung Schleswig-Holsteins an der Agentur zu konkretisieren.

2.1.2 Cluster: Nanotechnologie

Die Nanotechnologie ist nach einhelliger Meinung internationaler Experten und einer Reihe von Studien diejenige Technologie, die mit ihren jeweiligen anwendungs- und produktbezogenen Anwendungsmöglichkeiten in den nächsten Jahrzehnten in einer Vielzahl von Branchen grundlegende Änderungen bewirken wird. Die Nanotechnologie erweist sich als Schlüssel- und Querschnittstechnologie für die Herstellung von neuen Produkten und Systemen mit maßgeschneiderten Eigenschaften. Die Anwendungsgebiete reichen von der Medizin, Biotechnologie und Pharmazie über die Elektronik und Informationstechnologie bis hin zum Flugzeug-, Automobil- und Maschinenbau. Hamburg verfügt bereits über beachtliche Kompetenzen und ein solides

wissenschaftliches Fundament in der Nanotechnologie. Beispiele hierfür sind: das Zentrum für Mikrostrukturforschung, das Nanoanalytik-Kompetenzzentrum mit bundesweit über 40 Kooperationspartnern sowie die Technologietransfer-Gruppe Win Instruments, aus deren Aktivitäten bereits die Ausgründung der Nanosolutions GmbH mit 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hervorgegangen ist.

Zur Vorbereitung des Handlungskonzeptes "Nanotechnologie Hamburg" hat die Behörde für Wissenschaft und Forschung gemeinsam mit der Innovationsstiftung Hamburg Expertengespräche mit Unternehmern und Wissenschaftlern durchgeführt.

Hieran anknüpfend wird eine Studie in Auftrag gegeben, die klären soll, wie in Hamburg die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im Bereich der Nanotechnologie effizient vernetzt werden kann, um die wissenschaftlichen Spitzenpositionen auszubauen und unternehmerische Anwendungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Hierfür werden auch nationale und internationale Erfahrungen herangezogen. Eine der zur prüfenden möglichen Optionen kann die Gründung eines Anwendungszentrums in Public-Privat-Partnership sein, das Entwicklungsprojekte im Auftrag von Unternehmen durchführt, die insbesondere von Klein- und Mittelunternehmen (KMU) nicht geleistet werden können.

Der Senat wird sich im IV. Quartal 2003 mit dem Handlungskonzept befassen.

2.1.3 Cluster: IT und Medien

2.1.3.1 IT-Wirtschaft

Insgesamt sind in diesem Wirtschaftsbereich Hamburgs in den rund 5.500 Unternehmen mehr als 70.000¹ Menschen beschäftigt, die ihren Arbeitsplatz unmittelbar oder durch zuliefernde Tätigkeiten den Informations- und Kommunikationstechnologien verdanken. Hamburg bietet der IT-Wirtschaft² gute Ausgangsbedingungen für ihre weitere Entwicklung. Es bedarf aber erheblicher Anstrengungen, um die vorhandenen Potenziale der IT-Wirtschaft für den Standort Hamburg zu aktivieren. Im Wettbewerb der IT-Standorte nimmt Hamburg in Deutschland zwar einen der vorderen Plätze ein, muss aber kontinuierlich an der Umsetzung geeigneter Strategien zur Weiterentwicklung dieses wichtigen Sektors arbeiten, um dauerhaft erfolgreich mit anderen Spitzenstandorten konkurrieren zu können

Handlungsfelder und Maßnahmen zur Stärkung des IT-Standorts Hamburg wurden in 2002 auf Basis der KPMG-Studie aus einer aufwändigen Stärken- und Schwächenanalyse abgeleitet. Die Umsetzung eines strategisch angelegten wirtschaftspolitischen Maßnahmenplans wurde noch in 2002 konsequent angegangen. Hierbei konnte auf die bestehenden Strukturen der im Bereich der Neuen Medien erfolgreichen Initiative "Hamburg@work" zurückgegriffen werden. Ihre Aktivitäten wurden in den zurückliegenden Monaten an die Bedürfnisse der Unternehmen der IT-Branche an-

¹ Hierin enthalten sind schätzungsweise 10.000 Beschäftigte des Multimedia-Bereichs, die mangels eindeutiger statistischer Zuordnung sowohl der IT- als auch der Medienwirtschaft zugeordnet werden.

² Zur IT-Branche zählen folgende Sektoren: Softwareberatung und -entwicklung, Hardwareberatung, Datenverarbeitungsdienste, Multimedia, Herstellung von Geräten und Bauteilen, Telekommunikation

gepasst und erste Schritte zur Integration der Hamburger IT-Unternehmen in das Netzwerk der Initiative eingeleitet.

Zeitgleich mit der geänderten inhaltlichen Schwerpunktsetzung wurde die Initiative in **"Hamburg@work"** umbenannt. Hamburg@work wird getragen von der Freien und Hansestadt Hamburg sowie ca. 270 Hamburger Unternehmen, die im Förderkreis Multimedia zusammengefasst sind. Als Public-Private-Partnership bietet Hamburg@work ein umfangreiches Leistungsportfolio. In folgenden Handlungsfeldern sind Maßnahmen zur Weiterentwicklung des IT-Standorts Hamburg bereits umgesetzt worden³:

- Netzwerke und Branchentreffs
 - Integration der Unternehmen der IT-Branche in das bestehende Netzwerk und dessen Veranstaltungen (z.B. Online-Kapitäne, CXO-Lounge, eBusiness-Lounge)
 - Veranstaltungen speziell für die Unternehmen der IT-Branche (z.B. Hamburger IT-Strategietage)
 - Einrichtung IT-spezifischer Arbeitsgruppen (z.B. Content-Management-Systeme, Security).

- Wirtschaftspolitik & Förderung
 - Ausweiten des Dienstleistungsangebotes des zentralen Info-Office der Initiative auf die Bedürfnisse der IT-Unternehmen
 - offensivere Vermarktung des IT-Standorts nach innen und außen (z.B. Branchen-Newsletter „Always ON“, Internet-Plattform "newmedia.net")
 - Demonstrationsvorhaben HOTSPOT (kosten- und drahtloser Internetzugang via Wireless-LAN an bisher 41 Orten in Hamburg - bundesweite Vorreiterrolle)
 - IT-spezifische Fördermittelberatung auf der Basis bestehender Landes-, Bundes- und EU-Programme.

- Mitarbeiter/Qualifikation
 - Erhöhung der Transparenz der in Hamburg bestehenden IT-Qualifizierungsangebote im Internet unter www.it-medien-hamburg.de in Kooperation mit "SDA ServiceDigitaleArbeit".

- Gewerbeflächen
 - Berücksichtigung der spezifischen Bedarfe der IT-Unternehmen im Rahmen der HafenCity-Realisierung
 - Themengewerbehöfe.

Die Maßnahmen sind auf eine gute Resonanz der IT-Branche gestoßen. So besuchten in 2002 rd. 3.500 Vertreter und Vertreterinnen der IT-Branche die 52 durch die Initiative "Hamburg@work" angebotenen Veranstaltungen.

³ Zum Cluster IT und Medien wurde dem Senat mit der Drucksache 2003/0324 ausführlich berichtet. Der Senat hat am 06.03.2003 die entsprechende Mitteilung an die Bürgerschaft beschlossen (Drs. 17/2431).

Alle Aktivitäten werden laufend evaluiert und weiterentwickelt. Damit wird die Grundlage für die Bestimmung und ggf. Korrektur der strategischen Ausrichtung des IT-Konzepts und seiner Handlungsfelder geschaffen. Dies ist umso notwendiger, als es sich bei der Förderung des IT-Sektors um eine strukturell ausgerichtete Schwerpunktsetzung handelt, die perspektivisch nur in einem längerfristigen Rahmen umzusetzen ist. Nur durch eine kontinuierliche Betreuung und Unterstützung der Branche werden sich die bestehenden Chancen für Hamburg nachhaltig realisieren lassen.

So ist z.B. im Handlungsfeld "Qualifizierung" beabsichtigt, die Umsetzung und Anwendung der vom Bund in 2002 erlassenen Verordnung über die berufliche Fortbildung im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik (IT-Fortbildungsverordnung), die für die IT-Industrie wesentliche Veränderungen nach sich zieht, durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen. Geplant sind dafür Anschubprojekte, die durch den Aufbau eines IT-Qualifizierungsnetzwerkes die strukturellen Voraussetzungen für die breite Umsetzung des IT-Weiterbildungssystems in Hamburg schaffen. Auch durch ein besonderes internetgestütztes Service- und Dialogsystem des ServiceDigitaleArbeit soll die breite Verankerung in der IT-Branche erreicht werden.

2.1.3.2 Medien- und Musikstandort

Trotz der anhaltend schwierigen Lage auf den Medienmärkten hat sich der Medienplatz Hamburg im äußerst intensiven Standortwettbewerb gut behauptet. Dies ist auch ein Verdienst der konsequenten Politik des Senats, die diese für die Wirtschaftsstruktur der Stadt mit rd. 11.000 Unternehmen und 70.000 Beschäftigten so wichtige Branche in vielfältiger Weise fördert.

- So profitiert der Mediensektor in ganz besonderer Weise von der Neuausrichtung der breit gefächerten, auf Förderung der Attraktivität und des Images der Stadt angelegten Senatspolitik.
- Weiterhin hat der Senat sowohl die allgemeinen wirtschaftlichen wie auch medienbranchenspezifische Rahmenbedingungen verbessert bzw. dabei geholfen: Z.B. Mitwirkung im Bundesrat bei der Schaffung "medienfreundlicher" Regelungen bezüglich Buchpreisbindung, Urheberrecht, Mini-Jobs und Jugendmedienschutz.
- Große Fortschritte wurden auch bezüglich des Ausbaus der medienspezifischen Infrastrukturen in der Stadt erreicht. Mit der Gründung der Hamburg Media School in Public-Private-Partnership im April 2003 und der Aufnahme des Studienbetriebs der renommierten Miami-Ad-School auf dem Gelände der Finkenau ist ein Fundament für ein studentisches Medien- und Kreativzentrum im Herzen der Stadt gelegt worden. Beide Schools werden eng untereinander sowie mit den Hamburger Hochschulen kooperieren.
- Mit dem "hamburger dialog" wurde ein branchenübergreifender Treffpunkt für Entscheider und Kommunikationsverantwortliche aus Medienhäusern und der gesamten Wirtschaft eingerichtet. Der "hamburger dialog" wurde mit Blick auf das Phänomen der ‚Medienkonvergenz‘ initiiert, quasi als Spiegel der Stärken der Hamburger Medienwirtschaft.
- Schließlich ist es gelungen, Hamburgs Position als Standort image- und medien-trächtiger Veranstaltungen durch die Akquisition neuer Highlights, wie der Verlei-

hungen des BAMBI und der WORLD AWARDS 2003 sowie großer Pop- und Rockkonzerte, aber auch durch die Stärkung eingeführter Veranstaltungen mit weiterentwickelten Konzepten (z. B. hamburger dialog, Filmfest Hamburg, Lead Awards) erheblich auszubauen.

Diese positiven Ergebnisse und Ansätze gilt es, konsequent weiterzuführen und zu intensivieren, um der derzeit schwierigen Lage im Mediensektor entgegenzuwirken. Die Schwerpunkte werden vor allem in den Bereichen Infrastruktur und Veranstaltungen liegen müssen. So geht es zum einen darum, das House of Design und das Deutsches Presse-museum Hamburg zur Realisierungsreife zu bringen. Zum anderen darf im Bemühen um weitere hochkarätige, international imago-trächtige Veranstaltungen des Mediensektors für Hamburg möglichst dauerhaft zu gewinnen, nicht nachgelassen werden.

Hamburg sieht sich als Musikstandort in zunehmender Konkurrenz, insbesondere zu Berlin. Verlage, Verbände und Clubs wechseln den Standort oder schließen, wofür der Wegzug von Universal, MTV und als Indiz auch der Verlust der Echo-Verleihung beispielhaft zeugen.

Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, muss der Musikstandort kultiviert werden, mit dem Ziel, Hamburg als Kompetenzzentrum zu etablieren und schließlich im Rang als Branchenzentrum aufzuwerten.

Die Entwicklung des Musikstandortes muss breit angelegt sein, um das kreative Klima zu stärken, die Vielfalt der Musiklandschaft zu spiegeln und die wechselseitige produktive Beeinflussung unterschiedlicher Genres und Wirtschaftsbereiche zu fördern. So bilden vielfach Künstler, Clubs, Verlage, Tonträgerunternehmen und Kreativwirtschaft ein Produktionsgeflecht, dessen Leistungen einander bedingen und auf dem Wege der Anschlussverwertung Umsätze in Bereichen wie Tourismus, Film und Mode generieren.

Bei der Entwicklung des Musikstandorts Hamburg waren wichtige Schritte die Eröffnung der Color-Line-Arena sowie der Umbau und die Neupositionierung der Musical-Theater. Weiter sinnvoll ist die Förderung von Branchentreffs und Netzwerken, die Ausweitung der Radiolandschaft und die Förderung der Club-Szene. Zu überprüfen sind die Rahmenbedingungen, um weitere Impulse wie Clubneugründungen zu initiieren, die für die Atmosphäre des Standortes erheblich sind.

Weitere Vorhaben sind:

- das geplante Musikexport-Büro in Hamburg anzusiedeln,
- das Gründerzentrum Musik (Förderung und Aktivierung von "Independent"-Unternehmen der Musikbranche durch geeignete Räume) und
- das Entertainment-Center St. Pauli (Theater, Gastronomie, Event-Agenturen, Management, Marketing).

2.1.4 Cluster: Luftfahrt

Der Luftfahrtstandort Hamburg gehört zu den bedeutendsten weltweit. Mit 30.000 Beschäftigten hat sich die Metropolregion Hamburg zu einem international anerkannten Luftfahrt-Kompetenzzentrum entwickelt. Zur Stärkung und zum Ausbau des Luftfahrtstandortes Hamburg sind Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungspolitik gebündelt worden. Dies wird durch die "Initiative Luftfahrtstandort Hamburg" unterstrichen, die von den Unternehmen, den Verbänden sowie den Gewerkschaften, der Handelskammer und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit getragen wird. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten insbesondere

- zur Sicherung und Weiterentwicklung des Fachkräftepotenzials,
- zur angebotsorientierten Bereitstellung von Gewerbeflächen sowie
- zum Ausbau und zur Vernetzung der Branche mit einer leistungsfähigen Forschungsinfrastruktur

konnten in den letzten beiden Jahren die Rahmenbedingungen für Unternehmen im Luftfahrtbereich deutlich verbessert werden.

Erste Erfolge der cluster-orientierten Wirtschaftspolitik belegen, dass dies der richtige Weg ist, um den Luftfahrtstandort im internationalen Wettbewerb gut zu positionieren und Beschäftigung und Wachstum in Hamburg zu fördern. Der Senat hat dazu der Bürgerschaft ausführlich Bericht erstattet (Drs. 16/4734, 16/5991, 17/202, 2002/01329).

Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit und die Behörde für Wissenschaft und Forschung werden ihre Arbeit in den luftfahrtbezogenen Handlungsfeldern fortführen. Sie werden der Senatskommission für Stadtentwicklung im IV. Quartal 2003 ausführlich über den Sachstand und das zukünftige Vorgehen berichten.

Vernetzung und breitenwirksame Kommunikationsstrategie

Die erfolgreiche Bewerbung des Luftfahrtclusters Hamburg bei Kompetenznetze.de zeigt, dass Hamburg zu den leistungsstärksten Kooperationsverbänden in Deutschland zählt. Das Luftfahrtcluster ist das erste Hamburger Kompetenznetz, das in das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiierte und vom Verein Deutscher Ingenieure e.V. (VDI) betreute, internationale Marketingsystem einbezogen worden ist.

Die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden und den Partnern aus Unternehmen, Institutionen und Verbänden wurde kontinuierlich ausgebaut. Beispiele der produktiven Kooperation im Rahmen der "Initiative Luftfahrtstandort Hamburg" sind:

- Unter www.luftfahrtstandort-hamburg.de wird die Internetdarstellung kontinuierlich ausgebaut. Ein Newsletter informiert regelmäßig über aktuelle Entwicklungen und Termine. Über eine integrierte Unternehmensdatenbank und unterstützende Pressearbeit erhalten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) eine kostenfreie Unterstützung bei der Vermarktung ihrer Kompetenzen.

- Die "Initiative Luftfahrtstandort Hamburg" präsentiert sich auf international bedeutenden Messen und Kongressen. Die Messen und fachbezogenen Kongresse "Aircraft Interiors Expo" und "Aerospace Testing Expo" mit international hohem Renommee konnten für Hamburg akquiriert werden. Gerade für Zulieferunternehmen bietet dies Chancen, sich vor Ort internationalen Abnehmern zu präsentieren.
- Die HWF (Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung) führt im Rahmen der "Initiative Luftfahrtstandort Hamburg" eine Workshopreihe zu fachbezogenen Themen durch, die von den Unternehmen aus der Metropolregion sehr gut angenommen wird, so z.B. den Workshop "Qualifizierte Fachkräfte für die Luftfahrtindustrie der Metropolregion Hamburg" am 27. März 2003.

Ziele der Weiterentwicklung der "Initiative Luftfahrtstandort Hamburg" sind:

- den Luftfahrtstandort Hamburg überregional und international stärker bekannt zu machen;
- alle Themenbereiche der Luftfahrt durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen auch dem breiten Publikum nahe zu bringen;
- Maßnahmen und Projekte im Sinne einer Public-Private-Partnership auszubauen und zu finanzieren;
- die Zusammenarbeit im Luftfahrtbereich mit den norddeutschen Ländern auszubauen und zu intensivieren.

Erste Maßnahmen zur öffentlichkeitswirksamen Darstellung des Luftfahrtstandortes sind eine Ausstellung in der Diele des Hamburger Rathauses mit dem Titel "Faszination Luftfahrt – Made in Hamburg" vom 6. Mai bis 2. Juni 2003 und eine Dauerausstellung mit Exponaten der Hamburger Luftfahrtunternehmen in der Landesvertretung in Berlin ab 13. Mai 2003. Die für Herbst 2003 geplanten Präsentationen in Berlin und Brüssel werden überregional für den Luftfahrtstandort Hamburg werben.

Sicherung und Weiterentwicklung des Fachkräftepotenzials

Die Qualifizierungsoffensive Luftfahrtindustrie leistet unter Federführung der BWA einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung des Fachkräftepotenzials für Luftfahrtunternehmen und Zulieferbetriebe. Seit dem Beginn ihrer Tätigkeit haben über 500 Fachkräfte in Hamburg einen luftfahrttechnischen Ausbildungs-, Weiterbildungs- oder Studiengang abgeschlossen. Die Bildungsangebote konnten durch die enge Vernetzung zwischen Wirtschaft und Bildungsträgern sowohl inhaltlich auch als organisatorisch auf die Bedürfnisse der Unternehmen ausgerichtet werden. Die BWA tritt dabei als Moderatorin und zentrale Ansprechpartnerin ("One-Stop-Agency") für Unternehmen, Arbeitskräfte und Bildungsträger auf. Sie initiiert in Public-Private-Partnership innovative Bildungsangebote.

Entsprechend den aktuellen Bedarfen der Unternehmen und der Arbeitsmarktsituation lag der Schwerpunkt der Aktivitäten der Qualifizierungsoffensive im Ingenieurbereich. Die Hochschulen haben sich dieser Aufgabe erfolgreich gestellt und sowohl kurz- als auch mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen ergriffen.

Um das Fachkräftepotenzial kurzfristig zu erhöhen, wurden im Rahmen der Qualifizierungsoffensive in enger Kooperation mit den Unternehmen u.a.:

- junge Ingenieure nicht luftfahrtspezifischer Disziplinen über den Aufbaukurs Flugzeugbau an der Hochschule für angewandte Wissenschaften für einen Einsatz in der Luftfahrtindustrie gewonnen,
- Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen konzipiert und vom Arbeitsamt finanziert,
- zusätzliche Ingenieure aus Regionen mit einem Fachkräfteüberschuss für den Hamburger Arbeitsmarkt geworben (u.a. Jobbörse im schwedischen Trollhättan mit 250 Bewerbern).

Angesichts der guten Wachstumsaussichten der Luftfahrtindustrie und der demografischen Entwicklung sind zusätzlich eine Reihe mittelfristig wirksamer Maßnahmen zur Erhöhung des Fachkräftepotenzials ergriffen worden. U.a. haben Airbus und Lufthansa Technik mit der HAW ein praxisintegriertes Studienmodell entwickelt, um die Ingenieurausbildung im Flugzeugbau noch stärker auf die betrieblichen Bedürfnisse auszurichten. Darüber hinaus haben die Staatliche Gewerbeschule 15 und die Technische Fachschule Heinze Fachschulgänge für Luftfahrttechnik nach europäischen Normen eingerichtet.

Zur langfristigen Nachwuchssicherung ist es darüber hinaus notwendig, bei Schülerinnen und Schülern aller Altersstufen Interesse für technische Berufe zu wecken.

Auch in den Jahren 2003 und 2004 liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten der Qualifizierungsoffensive im Ingenieurbereich und der langfristigen Nachwuchsförderung. Im Hochschulbereich geht es insbesondere darum:

- die Studienangebote quantitativ und qualitativ an den Bedarfen der Wirtschaft im Bereich Luftfahrttechnik/Flugzeugbau zu orientieren, gleichzeitig aber zu ermöglichen, dass das Know-how der Absolventinnen und Absolventen in verschiedenen Branchen verwendet werden kann;
- die Planungen der TUHH und der HAW beim Ausbau der Luftfahrtstudiengänge aufeinander abzustimmen;
- die Angebote der norddeutschen Hochschulen (Universitäten und Fachhochschulen) in luftfahrttechnischen Studienfächern im Hinblick auf die Anforderungen der Wirtschaft besser abzustimmen, weiterzuentwickeln und zu vermarkten. Ein entsprechendes Konzept wird derzeit von einer Arbeitsgruppe der Wissenschaftsressorts der Länder unter Beteiligung der Wirtschaftsressorts und der Technologiebeauftragten der Hochschulen erarbeitet und soll der Jahreskonferenz der Norddeutschen Wissenschaftsministerinnen und -minister im Herbst 2003 vorgelegt werden.

Förderung von Forschung und Entwicklung

Eine bedarfsorientierte Hochschul- und Wissenschaftsinfrastruktur, die gezielte Förderung des anwendungsorientierten FuE-Potentials von Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie die Weiterentwicklung der Kooperation verschiedener Partner unterstützen die Erforschung und Entwicklung neuer Produkte und Verfahren.

Nukleus der wissenschaftlichen Infrastruktur in Hamburg im Bereich der Luftfahrtforschung ist die TUHH mit dem Arbeitsbereich Flugzeugsystemtechnik und dem neuen Arbeitsbereich Systemintegration. Daneben arbeiten verschiedene Arbeitsbereiche

der TUHH (Logistik, Technische Informatik, Konstruktionstechnik, Kommunikationsnetze etc.), die Universität der Bundeswehr und der Fachbereich Fahrzeugtechnik und Flugzeugbau der HAW an luftfahrtbezogenen Themen und Projekten. Es bestehen vielfältige Formen der technologischen und industriellen Kooperation – auch über die Metropolregion hinaus. Der wichtigste norddeutsche Kooperationspartner im Rahmen verschiedener Forschungsprogramme und -projekte ist Airbus Deutschland (Hamburg und Bremen). Aber auch die Lufthansa Technik AG sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Ingenieurbüros der Metropolregion arbeiten zunehmend mit den Hochschulen zusammen.

Das Hamburger Programm zur Förderung der Luftfahrtforschung und -technologie unterstützt insbesondere Kooperationsprojekte, um das Netzwerk aus Produktions- und Dienstleistungsunternehmen, wissenschaftlichen Institutionen und Hochschulen am Standort weiter zu fördern. Es unterstützt marktnahe Forschungsprojekte sowie Vorhaben zur Entwicklung neuer Produkte und Produktionsweisen, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen im Luftfahrtbereich zu stärken.

Das erste Hamburger Programm zur Förderung der Luftfahrtforschung und -technologie (2001–2004) verfügt über einen Mittelansatz in Höhe von 14,3 Mio. EUR. Bisher wurden für 25 Vorhaben aus 16 Themenbereichen 13,7 Mio. EUR Fördermittel bewilligt. Die Projekte haben insgesamt ein Volumen von 27,7 Mio. EUR.

Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit hat im Januar 2003 in Kooperation mit dem Innovation Relay Centre der TUHH Technologie GmbH und der "Initiative Luftfahrtstandort Hamburg" einen Workshop "F&E-Programme für die Hamburger Luftfahrtindustrie" durchgeführt. Dabei wurden Möglichkeiten und Perspektiven der Beteiligung von Unternehmen an regionalen, nationalen und europäischen Programmen und Projekten für Forschung und Entwicklung im Luftfahrtbereich aufgezeigt und für eine Einbeziehung der Wissensinfrastruktur sowie für Kooperationen geworben.

Entwicklungsperspektiven für den Bereich Forschung und Entwicklung ergeben sich insbesondere in folgenden Bereichen:

- Airbus Deutschland, Hamburg, verfolgt den Aufbau eines Research and Technology Centers mit dem Schwerpunkt Cabin Systems am Standort Hamburg. Aufgrund von Kooperationen mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) werden derzeit die Möglichkeiten geprüft, eine DLR-Dependance in Hamburg anzusiedeln.
- Mit der Ausschreibung der C-4-Professur für den neuen Stiftungsarbeitsbereich "Systemintegration" im Februar 2003 wurde der Aufbau des Arbeitsbereichs zügig eingeleitet.
- Zur Stärkung der anwendungsorientierten luftfahrttechnischen Forschung sind insbesondere die Weiterentwicklung der Kapazitäten in Hamburg durch den Auf- bzw. Ausbau der Arbeitsbereiche der TUHH für Flugzeugsystemtechnik (ggf. auch die Einrichtung einer DLR-Dependance) zu berücksichtigen.
- Der Senat hat beschlossen, zur Fortsetzung des Hamburger Luftfahrtforschungsprogramms für die Jahre 2005 - 2006 insgesamt 8 Mio. EUR bereitzustellen (Drucksache 2002/1360 vom 04.12.2002 "Nachverhandlung über die Investitionsplanung 2004-2007"). Die inhaltlichen Schwerpunkte des neuen Programms liegen weiterhin in den Wachstumsbereichen Kabinensysteme und neue Montagekonzepte.

Branchenübergreifender Ansatz "Cabin Systems"

Die Bedeutung von Hamburg als internationales Kompetenzzentrum "Cabin and on Board Systems" ist bei den Aktivitäten zur Weiterentwicklung des Luftfahrtstandortes Hamburg berücksichtigt worden:

- Neue Hochschulangebote orientieren sich schwerpunktmäßig an dem Ziel, einen Hamburger Kompetenzschwerpunkt für Kabine/Kabinensysteme aufzubauen.
- Internationale Fachmesse und Konferenz rund um die Flugzeuginnenausstattung, wie beispielsweise die Aircraft Interiors Expo.
- Ansiedlung von Airbus-Zulieferern auf der Rüsshalbinsel mit Kompetenzen im Bereich "Ausstattung".
- Öffentlichkeitskampagne mit Schwerpunkt "Kompetenzen im Kabinenbereich".
- Förderung von Forschungsprojekten aus dem Hamburger Luftfahrtforschungsprogramm mit dem Schwerpunkt "Kabine/Kabinensystem".

Im Rahmen der Entwicklung eines norddeutschen Handlungskonzeptes werden diese Schwerpunkte zukünftig weiter ausgebaut. Um Chancen und Risiken eines branchenübergreifenden Ansatzes "Kabinensysteme" auszuloten, ist eine Veranstaltung im Herbst dieses Jahres mit den Nachbarländern im Rahmen des REK (Regionales Entwicklungskonzept) geplant. Dabei sollen die Nachfrager (z.B. Airbus, Lufthansa Technik, HDW, Blohm+Voss) ihre speziellen Anforderungen und die Know-How-Lieferanten Perspektiven für die Entwicklung von Verfahren und Materialien für Kabinensysteme in anderen Branchen aufzeigen, für eine Kooperationskultur insbesondere bei den KMU werben und die norddeutsche Wissensinfrastruktur stärker einbeziehen.

2.1.5 Cluster: Hafen und Logistik

Hafen und Logistik gehören zu den strategischen Clustern Hamburgs. Diese Schwerpunktsetzung wird durch die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung bestätigt. Die Hamburgische Landesbank² stellte im Februar 2003 fest: "Der Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung gehörte auch im Jahr 2002 zu den Stützen der Konjunktur in der Hansestadt. [...] Alles in allem dürfte die Wertschöpfung [...] um rund 4 Prozent zugenommen haben." Der Hamburger Hafen hat 2002 zum ersten Mal mehr als 5 Mio. TEU im Containerbereich umgeschlagen. Die gerade vorgelegte aktuelle Umschlagsprognose erwartet für 2015 ca. 10,4 - 11,8 Mio. TEU - also eine glatte Verdoppelung des Umschlagsvolumens. Für die kommenden Jahre ist u.a. deshalb weiter mit kräftigen Wachstumsraten im Logistiksektor zu rechnen, die eine korrespondierende Flächennachfrage erzeugen wird. Die Notwendigkeit und Bedeutung eines Handlungskonzeptes "Logistik-Initiative Hamburg" wird dadurch bestätigt.

Mit der Modernisierung, dem ständigen Ausbau der vorhandenen Umschlagsanlagen und der Inbetriebnahme des Containerterminals Altenwerder in 2002 konnte dem weiter stark wachsenden Boxenumschlag des Hamburger Hafens und den Marktanteilsgewinnen Hamburgs innerhalb der Nordrange Rechnung getragen werden. Maßgebend für diese Entwicklungen ist insbesondere der wirtschaftliche Aufschwung in Fernost/China und im Ostseeraum/Osteuropa. Diese und die Veränderungen wei-

² Quelle: Hamburgische Landesbank: "Hamburgs Wirtschaft 2002", Hamburg 2003

terer Randbedingungen in der international tätigen Transportwirtschaft machen die Darstellung der Entwicklungsmöglichkeiten des Hamburger Hafens in einem aktuellen Entwicklungsplan notwendig. Deswegen wird der Hafenentwicklungsplan bis zum III. Quartal d.J. fortgeschrieben. Vorarbeiten (z.B. eine Umschlagprognose) sind abgeschlossen, Untersuchungen zu weiteren Teilaspekten (z.B. Logistikflächengutachten) sind auf den Weg gebracht worden.

Voraussetzung für die Bewältigung des Wachstums wird ein qualitativ und quantitativ hinreichendes Gewerbeflächenangebot sein. Neue Herausforderungen an die Logistikmetropole Hamburg entstehen. Insbesondere werden neue und erheblich größere Logistikzentren als in der Vergangenheit notwendig. Derzeit wird der künftige Bedarf an Logistikflächen im Hafen- und im übrigen Stadtgebiet ermittelt. Weiterhin wird bestimmt, ob das zu erwartende Flächenangebot für Logistikbetriebe hinreichend ist. Dazu werden potenziell geeignete Flächen im Stadt- und Hafengebiet ermittelt. Gleichzeitig wird auch eine differenzierte Analyse über die gewerblich/industriell genutzten Flächen im Hafen erstellt. Die wachsenden Anforderungen der Logistikbranche bei weiter steigender Nutzungsverdichtung stehen in Konkurrenz zu anderen Flächennutzungen im Rahmen des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt". Richtungsentscheidungen zur Standortsicherung sind dazu zu treffen, und für das Hafengebiet ist parallel die Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen aus dem Hafenerweiterungsgebiet zu prüfen. Auf der Basis dieser Analysen sind schließlich Konsequenzen für ein schlüssiges Flächenmanagementkonzept im Kompetenz-Cluster Logistik zu ziehen.

Ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor wird in Zukunft die Verfügbarkeit von hervorragend qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sein. Die Delphi-Studie "Transportmarkt im Wandel" der Unternehmensberatung Wagener & Herbst im Auftrag des Deutschen Verkehrsforums hat beispielsweise ergeben, dass sich Personalfragen bis zum Jahr 2015 zum wichtigsten Problembereich der Unternehmensentwicklung im Transportsektor entwickeln werden. Engpässe zeichnen sich auf allen Qualifikationsniveaus ab. Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit ermittelte daher bis Mai 2003 besonders dringenden Bedarf der Unternehmen. Unter Federführung der Behörde für Wissenschaft und Forschung werden im Anschluss Maßnahmen geprüft, um die erkannten Potenziale zu nutzen. Die Gründung eines Centers of Excellence im Bereich Logistik, die Hamburg School of Logistics (HSL), wurde am 09.07.2003 vertraglich festgelegt. Der postgraduale einjährige trimestrige Aufbaustudiengang soll jährlich 50 Studienplätze mit dem Ziel "Master of Business Administration/Logistics" anbieten, mit dem eine hohe internationale Anerkennung angestrebt wird. Das Projekt wird im Rahmen eines Public-Private-Partnership von Sponsoren und öffentlichen Haushaltsmitteln (u.a. aus dem Innovationsfonds "Wachsende Stadt") sowie über Studiengebühren finanziert. Die HSL entsteht in Kooperation mit der Technischen Universität Hamburg-Harburg und dem Northern Institute of Technology.

Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen des Handlungskonzepts "Logistik-Initiative Hamburg" soll in enger Kooperation mit der Logistikwirtschaft erfolgen. Neben den genannten Bereichen sollen unter dem Dach der Logistik-Initiative Hamburg weitere Maßnahmen durchgeführt werden.

Es ist vorgesehen, den Senat im III. Quartal 2003 mit dem Handlungskonzept "Logistik-Initiative Hamburg" zu befassen. Die hafenbezogenen Ergebnisse und Konse-

quenzen werden im neuen Hafenentwicklungsplan dargestellt, der ebenfalls im III. Quartal 2003 dem Senat vorgelegt werden soll.

2.1.6 China-Cluster

Chinas Wirtschaftswachstum ist in den letzten Jahrzehnten beträchtlich gestiegen, und man geht auch in der Zukunft von weiteren Entwicklungspotenzialen aus. Daran dürfte auch die derzeitige konjunkturelle Abschwächung infolge der Lungenkrankheit SARS nichts ändern. Langfristig könnte das Wachstum Chinas und anderer Volkswirtschaften Ostasiens zur Verlagerung der weltwirtschaftlichen Schwerpunkte nach Asien führen. Aus diesen Gründen sind viele Städte und Regionen in Deutschland bzw. Europa mit zum Teil erheblichem Mitteleinsatz dabei, für sich bzw. ihre Unternehmen Zugänge zu ostasiatischen Märkten zu erarbeiten oder sich als "Chinazentren" zu empfehlen. Die Voraussetzungen dafür sind in Hamburg besonders gut. Denn schon seit langem hat Hamburg enge und weitreichende Verbindungen nach Ostasien, insbesondere auch zu China. Mit derzeit weit über 2000 hier lebenden Chinesen und mehr als 250 Firmen aus China und über 700 hamburgischen Unternehmen im Chinahandel ist Hamburg das europäische Zentrum für wirtschaftliche Verbindungen mit China. Hinzu kommen wichtige in Hamburg ansässige Institutionen, wie etwa der Ostasiatische Verein, das Deutsche Übersee-Institut mit dem Institut für Asienkunde sowie das Seminar für Sprache und Kultur Chinas an der Universität Hamburg. Seit 1986 ist Hamburg überdies durch seine Städtepartnerschaft mit Chinas Wirtschaftsmetropole Shanghai verbunden. Seit 2002 verfügt die Hansestadt mit der chinesischen Ausgabe von "hamburg.de" als erste deutsche Stadt über einen eigenen Internet-Auftritt in China.

Zielsetzungen

Die Herausforderung für die Zukunft ist es, Hamburg als einen europäischen Brückenkopf für und nach China weiter zu entwickeln. Dazu gehören folgende Ziele:

- Hamburg noch stärker als bislang zu einem Knotenpunkt für den europäischen China-Handel auszubauen,
- ein Zentrum für Dienstleistungsangebote rund um den China-Handel in Europa zu errichten,
- den wirtschaftlichen Austausch im Interesse des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums der Stadt zu fördern,
- das chinesische Investitionsvolumen in Hamburg zu erhöhen,
- die Präsenz Hamburgs und der Hamburger Wirtschaft in Shanghai zu verstärken,
- die vorhandenen Kompetenzen und Initiativen zu bündeln und so nutzen, dass Synergieeffekte entstehen.

Zugleich gilt es, den bestehenden Wissenschafts- und Kulturaustausch sowie die gesellschaftlichen und politischen Kontakte auf allen Ebenen auszubauen.

Handlungsfelder

Die Senatskommission für Stadtentwicklung hat am 10. April 2003 das Handlungskonzept "China-Cluster/Hamburger China-Initiative" beschlossen. Folgende Ansatz-

punkte sind als notwendige Eckpunkte eines Handlungskonzeptes für die kommenden Jahre definiert worden:

- Bestandsanalyse und Bewertung des China-Standortes Hamburg,
- verbessertes Marketing für den China-Standort Hamburg,
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Ansiedlung chinesischer Unternehmen in Hamburg: dies soll vor allem durch die Einrichtung eines Chinazentrums sowie durch verstärkte Netzwerkbildung erreicht werden. Das Chinazentrum wird China-Kompetenz und Beratungsangebote bündeln. Zielgruppen sind dabei sowohl chinesische Unternehmer und Investoren in Hamburg als auch umgekehrt deutsche Unternehmen und Investoren, die Investitionsmöglichkeiten in China suchen;
- Förderung der Hamburger Wirtschaft im Geschäftsfeld China,
- Städtepartnerschaftliche Kooperationsprogramme (Wissenschaftsaustausch, Bildung und Qualifizierung, Kulturaustausch),
- Gründung eines Zentrums für Traditionelle Chinesische Medizin (TCM) am UKE.

Zur Umsetzung weiter Teile des Senatsauftrags hat das Institut für Asienkunde das Projekt "Hamburger China-Initiative" entwickelt. Das Projekt wird mit Mitteln in Höhe von ca. 640.000 EUR aus dem Innovationsfonds "Wachsende Stadt" gefördert. Nach der ersten Projektphase wird der Senat in einem Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung informiert. Die zweite Projektphase schließt sich von Oktober 2004 bis Dezember 2005 an. Als beratendes Gremium begleitet die "Task Force China" das Projekt während der gesamten Laufzeit. Mitglieder der Task Force China sind die Senatskanzlei, die Behörde für Wirtschaft und Arbeit, die Kulturbehörde, die Handelskammer Hamburg, der Ostasiatische Verein e.V., die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH und das Institut für Asienkunde.

Als konkrete Handlungsschritte wurden die nachfolgenden Projekte vereinbart. Sie sollen grundsätzlich in Kooperation mit Unternehmen, Einrichtungen, Kammern und Verbänden sowie privaten Initiativen, d.h. in Public-Private-Partnership, und nur in Ausnahmefällen allein von Behörden und öffentlichen Unternehmen durchgeführt und finanziert werden. Zunächst werden sie auf ihre Machbarkeit und Finanzierbarkeit untersucht. In Abstimmung mit der Task Force China erfolgt die anschließende Realisierung der Projekte.

- Errichtung einer Kooperationsstelle, die die Umsetzung des Handlungskonzeptes "China-Cluster/Hamburger China-Initiative" unterstützt. Die Stelle wird vom Institut für Asienkunde besetzt und ist räumlich in der Senatskanzlei angesiedelt.
- Untersuchung des China-Standortes Hamburg
- Identifikation von Entwicklungspotenzialen in China, vor allem in Shanghai
- Identifikation des Hamburger Wachstumspotenzials im Chinageschäft
- Vernetzung von Datenbanken
- 2. Auflage der chinesisch-deutschen DVD
- Marktanalyse Direktflugverbindung China - Hamburg
- China-Handelszentrum (Consulting EC Impulse)
- Einrichtung eines Zentrums für Traditionelle Chinesische Medizin (TCM). Deutsches und chinesisches medizinisches Personal soll hier unter wissenschaftlicher Leitung und Begleitung zusammen arbeiten.

- Projekte der Gesundheitswirtschaft
- Wissenschaftsaustausch
- "chinesischer" Bildungsstandort Hamburg
- deutsch-chinesisches Bildungsforum
- Hamburger Bauausstellung in Shanghai
- Kulturaustausch, TV-Zusammenarbeit
- China-Wochen Mitte 2005
- Tourismus.

2.1.7 Cluster: Regenerative Energien

Angesichts der absehbaren Erschöpfung fossiler Energieträger einerseits und der Umweltbelastungen durch ihre Verbrennung andererseits ist es notwendig, die Potenziale der regenerativen Energien für eine wachsende Metropole zu nutzen. Hamburg hat hierfür eine ganze Reihe von Unternehmen, vielfältiges Know-how und gesellschaftliches Engagement zu bieten, das für ein zukunftsgerichtetes, fortschrittliches Image der Metropole Hamburg eingesetzt werden kann. Es soll daher geprüft werden, ob sich vielfältige Erfahrungen, vereinzelte Kompetenzen, Wirtschaftskraft und Beschäftigungschancen im Bereich der regenerativen Energien zu einem Cluster verdichten lassen.

Zu Beginn dieses Jahres verfügte Hamburg bereits über:

- 53 Windkraftanlagen mit zusammen rund 30 MW installierter Leistung im Stadtgebiet.
- Etwa 28.000 Quadratmeter Solarkollektorfläche und 700 Solarstromanlagen mit zusammen etwa 2,5 MW installierter Leistung auf Hausdächern in Hamburg.
- Die Stadt selbst besitzt ca. 17 Solarstromanlagen auf öffentliche Gebäuden.

Diese Entwicklung hat dazu beigetragen, dass den erneuerbaren Energien zukommende regionale Wertschöpfungspotenzial stärker zu beachten. Schritt für Schritt haben sich in den letzten Jahren Geschäftsaktivitäten in den Bereichen Vertrieb, Marketing, Planung und Finanzierung in Hamburg entwickelt. Besonders das Ausbaugewerbe hat deutlich davon profitiert.

Mit zunehmender Durchsetzung und Entwicklung der erneuerbaren Energien wird Wasserstoff als sekundärer Energieträger an Bedeutung gewinnen. Regenerativ produziert stellt Wasserstoff eine bedeutsame Option dar, um langfristig auf die Endlichkeit fossiler Energien zu reagieren. Das gilt insbesondere dann, wenn Wasserstoff in Brennstoffzellen eingesetzt wird. Die Brennstoffzelle ist eine der vielversprechendsten Technologien, um den wachsenden Umweltproblemen und der Ressourcenknappheit bei der Energiegewinnung zu begegnen.

Hamburg besitzt zurzeit ausbaufähige Potenziale im Hinblick auf die langfristige Entwicklung einer solaren Wasserstoffwirtschaft. Diese gilt es zu verstärken und mit neuen Konzepten für alternative Versorgungen – auch unter Einbeziehung externen Sachverständigen – weiter anzustoßen. Das vorhandene Know-how muss ausgebaut und mit neuen Konzepten für eine zukunftsgerichtete Energieversorgung gestützt werden.

Um die Chancen erneuerbarer Energien und den Einsatz der Wasserstofftechnik als Zukunftsfeld auch für den Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort stärker zu nutzen, sollen die vor Ort vorhandenen Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Erfahrungen und Kompetenzen im Bereich der Wasserstofftechnologie enger miteinander vernetzt und der Aufbau eines Clusters "Regenerative Energien" geprüft werden.

(3.) Der Senat beauftragt die Behörde für Umwelt und Gesundheit, den Aufbau eines Clusters "Regenerative Energien" insbesondere für den Bereich der Wasserstofftechnologie zu prüfen und dem Senat über das Ergebnis dieser Prüfung bis zum I. Quartal 2004 zu berichten.

2.2. Ostseeregion als Potential für die Wachsende Stadt

Mit der Drucksache 17/1752 vom 19.11.2002 hat der Senat ein kohärentes Rahmenkonzept für die Hamburger Ostseepolitik beschlossen und der Bürgerschaft mitgeteilt. Die Entwicklung eines dynamischen Ostseekonzepts des Senats umfasst Ziele, Handlungsfelder und Maßnahmen, die laufend konkretisiert und umgesetzt werden. Diese Aktivitäten sind Teil des Außenwirtschaftskonzepts der Behörde für Wirtschaft und Arbeit.

Seit der politischen und wirtschaftlichen Wende in Mittel- und Osteuropa haben sich vielfältige neue Kontakte der Behörde für Wirtschaft und Arbeit entwickelt. Nach anfangs nur gelegentlichen Begegnungen, vorrangig mit ausländischen Delegationen in Hamburg, sind seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre systematisch eine Vielzahl von Maßnahmen durchgeführt worden, die dem Informations- und Erfahrungsaustausch in Hafen- und Transportfragen, der Vermittlung von spezifischem Hamburger Know-how in diesem Sektor und damit der Werbung für den Standort Hamburg dienen.

Die Auswahl der einzelnen Vorhaben im Rahmen des dynamischen Ostseekonzepts orientiert sich an den primären Zielen und strategischen Interessen Hamburgs in dieser Region. Diese lassen sich unter folgende zwei Schwerpunkten subsumieren:

Standortinteressen Hamburgs

- Förderung des Hamburger Hafens als Drehscheibe, insbesondere Absicherung der Feeder-Verkehre in das Baltikum durch Kooperation bei Hafen-, Verkehrs- und Logistikkonzepten.
- Ausbau einer hochleistungsfähigen Schnellverbindung von Hamburg nach Stockholm ("Europakorridor") und Aufnahme der festen Querung des Fehmarnbelt in die Prioritätenliste für Transeuropäische Netze.
- Festigung der Position Hamburgs als zentraler Außenwirtschaftsplatz und Überseehafen für den gesamten Ostseeraum durch Präsentationen, Pflege der Beziehungen und Betreuung von Delegationen.
- Durchführung des EU-Projektes STRING in Verantwortung der Senatskanzlei. Dabei handelt es sich um ein Projekt der regionalen Zusammenarbeit unter Beteiligung von Schleswig-Holstein, Hamburg, Skane, dem Großraum Kopenhagen, Seeland und Storstöm. Bei der jetzt laufenden 2. Projektphase im Business Forum, in dem die Behörde für Wirtschaft und Arbeit vertreten ist, geht es um die Entwicklung von konkreten und praxisnahen Kooperationsmöglichkeiten für Un-

ternehmen in den Bereichen New Media, Life Science und Medizintechnik sowie Ernährungswirtschaft.

Förderung von EU-Beitrittskandidaten

- Unterstützung der "Pre Accession Strategy" für die Ostsee-Beitrittskandidaten zur EU durch Seminare, die der Vermittlung von Standards und der gebräuchlichen Praxis in den EU-Ländern dienen.
- Vertiefung der guten Zusammenarbeit mit der OFD bei Zollfragen, die im beiderseitigen Interesse liegen, und Vermittlung der Erfahrungen Hamburgs mit Freihäfen und Freizonen an Partnerländer des Ostseeraumes.
- Flankierung der "2 hours in 2000" Forderung (keine längere Verweildauer als zwei Stunden an den Zollgrenzen der EU) der BCCA (Baltic Chambers of Commerce Association) durch Zollseminare, auf denen Multiplikatoren aus der Zollverwaltung der Ostseeanrainer, die noch nicht der EU angehören, die Praxis der Zollabfertigung an den EU-Außengrenzen vermittelt wird.
- Förderung des Austausches von Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaftlern und Wirtschaftsvertretern der Ostseeanrainerstaaten u.a. durch Stipendien, Fortbildungen, Lehrerentsendungsprogramme, Schulpartnerschaften und Kultur- und Jugendaustauschprogramme.

Zur Weiterentwicklung des Ostseekonzeptes hat die Senatskanzlei in Zusammenarbeit mit den Fachbehörden ein Dialogforum unter Beteiligung von Wirtschaft, Wissenschaft und Bürgern ins Leben gerufen.

Über den Ausbau der Zusammenarbeit mit der Öresund-Region und mit den Ostsee-Anrainern werden die Senatskanzlei (federführend) und die beteiligten Fachbehörden dem Senat im III. Quartal 2003 berichten.

2.3. Mittelstandsförderung

Die besondere Priorität, die der Senat der Bestandspflege der vorhandenen Unternehmen und der Sicherung ihrer Wachstumschancen einräumt, wird in der Umsetzung der ersten für den Mittelstand durchgeführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen deutlich.

- Im Jahr 2002 wurde ein **50 Mio. EUR Sonderinvestitionsprogramm** zur Belebung der regionalen Wirtschaft aufgelegt.
- Die **Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes** erfolgte durch die Annahme des Gesetzentwurfes durch die Bürgerschaft am 04.12.2002. Die Neuregelung trägt dazu bei, Chancen mittelständischer Unternehmen im Rahmen des öffentlichen Auftragswesens zu verbessern und Vergabeverfahren fairer zu gestalten.
- Die **Neugestaltung der fünf Mittelstandsprogramme** (Existenzgründungsprogramm, Mittelstandsförderungsprogramm, Innovationsförderungsprogramm, Medienförderungsprogramm, Verlagsprogramm) ist erfolgt und abgeschlossen.

Im neuen **Programm für Existenzgründung und Mittelstand** wurden:

- die fünf Programme zu einem Programm zusammengefasst;
- der Gegenstand der Förderung auf wesentliche Tatbestände komprimiert;
- die Fördervoraussetzungen stark vereinfacht;
- die Berechnung pauschaliert;
- die Abwicklung auf ein Minimum beschränkt.

Das neue Programm ist per 01.03.2003 in Kraft getreten. Die bisherigen fünf Mittelstandsprogramme wurden eingestellt. In den letzten drei Jahren wurden die fünf Mittelstandsprogramme mit durchschnittlich 120 Fällen pro Jahr nachgefragt. Bei dem neuen Programm für Existenzgründung und Mittelstand wird eine Erhöhung der Nachfrage auf durchschnittlich 180 Fälle pro Jahr erwartet.

Durch das neue Programm wird es für Unternehmen wesentlich einfacher zu erkennen, welche Maßnahmen gefördert werden und welche Zuschusshöhe zu erwarten ist. Zudem wird durch die schlankere Abwicklung beim Antrag und bei der Auszahlung die Effizienz des Programms gegenüber dem Verfahren bei den ehemaligen fünf Mittelstandsprogrammen deutlich verbessert. Damit wird den Erfahrungen aus der Praxis über notwendige Verbesserungen (einfacher, schlanker, übersichtlicher, Gleichbehandlung aller Zuschussnehmer) angemessen Rechnung getragen. Es ist bedarfsgerechter zugeschnitten und kann effizienter eingesetzt werden.

- In Hinblick auf **Betreuung und Weiterentwicklung der Kreditbürgschaften** als Förderinstrument, das von der Bürgschaftsgemeinschaft effizient durchgeführt wird, sind mehrere Maßnahmen zu nennen:
 - Der Bürgschaftshöchstbetrag, der bisher 750.000 EUR betrug, wurde auf 1 EUR Mio. angehoben. Dieser Betrag gilt seit 01.01.2003.
 - Die Rückbürgschaften des Bundes und der FHH wurden per 01.01.2003 verlängert.
 - Das Liquiditätshilfeprogramm vom 01.01.2003, das durch Beschluss der Kreditkommission genehmigt wurde, ermöglicht es, Kreditbürgschaften an Unternehmen zu gewähren, die durch äußere - auch bei üblicher unternehmerischer Sorgfalt nicht vorhersehbare - Einflüsse in existenzbedrohende Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind. Das Programm wird über die Bürgschaftsgemeinschaft abgewickelt.
- Die **Bürgschaftsgemeinschaft** als Selbsthilfeeinrichtung der Wirtschaft und im engen Kundenkontakt mit den kleinen und mittelständischen Unternehmen ist selbst immer wieder Impulsgeber für Verbesserungen und Weiterentwicklungen inhaltlich und in der Handhabung des Instruments. Dieser Prozess wird ständig fortgeführt. Nächster Punkt der Weiterentwicklung des Förderinstruments Kreditbürgschaften ist die Prüfung, inwieweit Bürgschaften auch auf Leasingfinanzierungen ausgedehnt werden können. Leasingfinanzierungen verzeichnen eine steigende volkswirtschaftliche Bedeutung. Nachfragen, gerade von Handwerksunternehmen, liegen der Bürgschaftsgemeinschaft vor, sodass hier ein Bedarf gesehen wird.

In den letzten drei Jahren entwickelten sich die Bürgschaften der Bürgschaftsgemeinschaft wie folgt:

2000 Bürgschaftsvolumen 69 Mio. EUR bei 510 Anträgen
2001 Bürgschaftsvolumen 77 Mio. EUR bei 504 Anträgen
2002 Bürgschaftsvolumen 58 Mio. EUR bei 378 Anträgen.

Der Rückgang der Bürgschaften ist u.a. durch die konjunkturelle Lage und die vermehrte Inanspruchnahme von Bundesprogrammen mit Haftungsfreistellung der Hausbank bedingt.

In 2003 wird über eine Stärkung der Bürgschaftsgemeinschaft zu entscheiden sein (Beschluss der Kreditkommission). Es ist zu prüfen, inwieweit hier auch die Gesellschafter der Bürgschaftsgemeinschaft mit einbezogen werden können.

- Ein weiteres wichtiges Instrument der Mittelstandsförderung sind die Beteiligungen der **BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH**. Die BTG kann für kleine und mittlere Unternehmen Beteiligungen ab 50.000 bis 500.000 EUR eingehen. Für diesen Größenbereich der Beteiligungen kann ein "Marktversagen" angenommen werden, sodass die BTG wichtiger Ansprechpartner der KMU ist. Eine Beteiligung fördert die Eigenkapital-Basis der Unternehmen, die wiederum - gerade auch in Hinblick auf "Basel II" - für die Finanzierungsmöglichkeiten bei Kreditinstituten erforderlich ist.

In den letzten drei Jahren entwickelten sich die Beteiligungen wie folgt:

2000 Beteiligungsvolumen 8,1 Mio. EUR bei 30 Anträgen
2001 Beteiligungsvolumen 6,9 Mio. EUR bei 28 Anträgen
2002 Beteiligungsvolumen 3,4 Mio. EUR bei 17 Anträgen.

Durch Beschluss der Kreditkommission wurde in 2002 der BTG ein Darlehen in Höhe von 5 Mio. EUR gewährt. Zusammen mit der Refinanzierung durch die KfW ist es der BTG so möglich, ein Mehrfaches dieses Betrages für Beteiligungen bei kleinen und mittleren Unternehmen einzusetzen. Die Genehmigung der Beihilfe ist zurzeit noch bei der EU-Kommission anhängig.

Durch diese Maßnahme wird die BTG nachhaltig in ihrer Arbeit unterstützt und gestärkt.

- Der **Leitfaden Wirtschaftsförderung** wurde aktualisiert.
- Der **Mittelstandslotse** ist seit Juni 2002 bei der HWF – Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Hamburg mbH als zentrale Ansprechstelle speziell für kleine und mittlere Unternehmen tätig. Er ist Mittler zwischen der Verwaltung und den Unternehmen und bietet Hilfe im Einzelfall vor allem bei Fragen zu Genehmigungen, Finanzierungen sowie bei der Suche nach geeigneten Gewerbeflächen und Büroräumen an.
- Am 16. Dezember 2002 wurde die "**Gemeinsame Mittelstandsvereinbarung**" der Behörde für Wirtschaft und Arbeit mit der Handelskammer und der Handwerkskammer unterzeichnet. Hintergrund ist das gemeinsame Mittelstandspapier der beiden Kammern. Die darin enthaltenen Anregungen und Vorschläge zur Förderung des Mittelstands wurden aufgegriffen bzw. geprüft. Die intensive Diskussion zwischen Kammern, Politik und Verwaltung spiegelt sich in der jetzt vor-

liegenden Vereinbarung wider, die ausgewählte Schwerpunkte zur Zukunftssicherung des Hamburger Mittelstands enthält.

- Zur weiteren Stärkung des Hamburger Mittelstands soll ein "**Hamburger Wirtschaftszentrum**" geschaffen werden. Durch eine räumliche Verzahnung der für die Betreuung und Förderung des Mittelstandes besonders wichtigen Dienstleister Bürgerschaftsgemeinschaft (BG), Beteiligungsgesellschaft (BTG) sowie der Innovationsstiftung soll eine zentrale und kompetente Anlaufstelle für Hamburger Unternehmen in Fragen der finanziellen und innovativen Wirtschaftsförderung geschaffen und damit Synergien ausgenutzt werden.
- In den Bezirken gibt es ein breites Betreuungsangebot für die lokale Wirtschaft. Zur **Stärkung der stadtteilorientierten Wirtschaftsstruktur** sollen die bestehenden Maßnahmen im Sinne von Best-Practice-Beispielen zwischen den Bezirksämtern ausgetauscht und weiterentwickelt werden.

2.4 Neukonzeption der Arbeitsmarktpolitik

Die strategische Neuausrichtung der Hamburger Arbeitsmarktpolitik für die Wachsende Stadt besteht im wesentlichen aus den drei Elementen:

- Ausbau direkt integrierender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Programme in Betrieben des regulären Arbeitsmarktes
- Arbeitsmarktpolitik als Instrument zur flankierenden Unterstützung der Ansiedlung neuer Betriebe und Stärkung des Wachstums
- Aktivierende Arbeitsmarktpolitik für Zuwanderinnen und Zuwanderer.

Neben den im Folgenden aufgeführten, bereits vorliegenden Ergebnissen der Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik für das Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" wird die Behörde für Wirtschaft und Arbeit - teilweise zusammen mit der Behörde für Soziales und Familie - der Senatskommission für Stadtentwicklung im III. Quartal 2003 über weitere Maßnahmen Bericht erstatten.

2.4.1 Direkt integrierende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Programme in Betrieben des regulären Arbeitsmarktes

Ziel der Hamburger Arbeitsmarktpolitik ist es, Arbeitslose so schnell und dauerhaft wie möglich wieder in Beschäftigung zu integrieren. Dafür werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen noch stärker auf Betriebe ausgerichtet. Der Kreis der zu begünstigenden Erwerbslosen und Betriebe wird dabei eng definiert und die Förderdauer zeitlich begrenzt. Dadurch sollen Mitnahmeeffekte vermieden werden.

- Im März 2002 wurde dazu das "**Hamburger Modell**" gestartet. Bis Anfang Juni 2003 wurden rund 1.100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefördert. Es ist damit - gemessen an seinen Förderfällen in Relation zum Arbeitsmarkt - wesentlich erfolgreicher als das bundesweite Mainzer Modell bzw. andere vergleichbare Fördermaßnahmen. Es konnten gezielt Problemgruppen des Arbeitsmarktes einbezogen werden: U.a. sind rd. 61% der Teilnehmer ohne Berufsausbildung und mit 53 % mehr als die Hälfte langzeitarbeitslos. Die Laufzeit wurde aufgrund der positiven Ergebnisse um ein weiteres Jahr verlängert.

- Darüber hinaus fördert ein Modellprojekt seit dem 01.06.2002 **Existenzgründungen** speziell für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen. Sie können für die Gründung eines Kleinunternehmens ein Darlehen erhalten. Dieses Programm soll das auf Arbeitnehmer und die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zugeschnittene "Hamburger Modell" auf der Unternehmensseite im Niedriglohnbereich ergänzen. Es wurden bisher etwa 100 Existenzgründerinnen und -gründer unterstützt. Aufgrund der großen Nachfrage sowie der bisherigen Erfolge in der Erprobungsphase soll dieses Programm fortgesetzt werden.
- Durch die Einführung einer anreizorientierten **Fallkostenpauschale** am 01.01.2003 werden Beschäftigungsträger stärker arbeitsmarktpolitisch ausgerichtet und zu "vorgelagerten Personalbüros" der Wirtschaft weiterentwickelt. Im 2. Quartal dieses Jahres wurde in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Hamburg eine **Vermittlungsplattform** für die rd. 2.000 ABM- und SAM-Beschäftigte eingerichtet. Ziel der Vermittlungsplattform ist es, auf der Basis von berufs- und leistungsspezifischen Informationen über die geförderten Arbeitslosen deren Integration in den Arbeitsmarkt zu beschleunigen. Dazu sollen diese Informationen so aufbereitet werden, dass das Qualifikationsprofil der vermittlungsfähigen Arbeitslosen deutlich wird und potenzielle Arbeitgeber eine realistische Einschätzung der Verwendungsmöglichkeiten der im Vermittlungspool erfassten Arbeitslosen erhalten.
- Darüber hinaus ist ein weiteres Programm für Bezieher von Arbeitslosenhilfe entwickelt worden, das über die Bereitstellung von gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten die schnelle Vermittlung in ungeforderte Arbeit zum Ziel hat. Seit dem 2. Quartal dieses Jahres werden für **rd. 200 Bezieher von Arbeitslosenhilfe gemeinnützige Arbeitsplätze**, kombiniert mit Coaching-Maßnahmen, angeboten. Damit erhalten die Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosenhilfe die Gelegenheit, praktische Erfahrungen zu sammeln, und sie werden durch Qualifizierungs- und Coaching-Maßnahmen intensiv bei der Suche nach einem Arbeitsplatz unterstützt. Bereits bei Programmstart ist eine hohe Akzeptanz bei Arbeitssuchenden, bei Projektträgern sowie in der Selbstverwaltung beim Arbeitsamt Hamburg festzustellen.

2.4.2 Flankierende Unterstützung der Ansiedlung neuer Betriebe und Stärkung des Wachstums

Ein Erfolgsfaktor für die Wachsende Stadt ist die Schaffung neuer, zukunftsorientierter, mit hoher Wertschöpfung ausgestatteter und global vernetzter Arbeitsplätze sowie die Ansiedlung von entsprechenden Betrieben und Branchen. Eine strategische Arbeitsmarktpolitik muss diesen Wachstumsprozess flankierend begleiten - einerseits, um entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte in Hamburg ausbilden zu können, andererseits aber auch, um neue Wachstumsfelder als Chance zur Integration Arbeitsloser zu nutzen. Dazu ist eine eng an betrieblichen Erfordernissen orientierte Qualifizierungs- und Vermittlungspolitik erforderlich. Ansiedlungswilligen Betrieben sollen passgenaue Lösungen bei der Rekrutierung von Personal angeboten und bestehende Unternehmen in der betrieblichen Qualifizierungspolitik unterstützt werden. Dazu werden die Servicefunktionen der Arbeitsmarktpolitik zu Gunsten der Betriebe weiter ausgebaut.

- Ein Handlungsbeispiel hierzu ist ein seit Mai 2002 laufendes **Förderprogramm zur Qualifizierung von jahresdurchschnittlich rd. 100 Arbeitskräften auf neuen Arbeitsplätzen**. Durch Ausgabe von Qualifizierungsschecks werden Unternehmen unterstützt, die in Hamburg neue Arbeitsplätze schaffen und für die Besetzung dieser Arbeitsplätze arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen einstellen. Bis Mai 2003 haben 11 Unternehmen für 30 Arbeitsplätze Anträge gestellt.
- Des Weiteren sollen mit Hilfe eines "**Branchenmonitoring**" die **spezifischen Bedarfe an Personal und Qualifikationen in Betrieben ermittelt** werden. Das Monitoring wird seit dem 2. Quartal dieses Jahres auf der Ebene von zwei ausgewählten Branchen (Gastronomie und Logistik) im Bereich eher niedriger Qualifikationen durchgeführt. Ziel ist es, auf der Basis der dadurch gewonnenen Informationen, arbeitslose oder Arbeit suchende Personen mit Hilfe gezielter beschäftigungspolitischer Maßnahmen in Betriebe zu integrieren.

In den beiden Branchen Gastronomie und Logistik wurden bereits jeweils rund 500 telefonische Betriebsbefragungen durchgeführt. Dabei sollen Branchentrends zur allgemeinen Personal- und Qualifikationsentwicklung festgestellt und Unternehmen identifiziert werden, die einen spezifischen Handlungsbedarf bei der Qualifizierung und Personalsuche signalisieren. Rund 200 der befragten Unternehmen wurden im Anschluss an die Telefonberatung persönlich aufgesucht, um mit den Personalverantwortlichen anhand eines detaillierten Leitfadens die Personal- und Qualifizierungsbedarfe zu ermitteln. Ende des Jahres werden bereits verwertbare Ergebnisse vorliegen. Damit wird es möglich, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, Programme und Strategien noch passgenauer zu planen und für Hamburger Unternehmen konkret nutzbar zu machen.

- Durch die "**Qualifizierungsoffensive Luftfahrt**" wird Hamburgs Spitzenstellung als bundesweit führender Standort in der Aus- und Weiterbildung von luftfahrttechnischen Fachkräften weiter ausgebaut und damit das Fachkräftepotenzial deutlich erhöht. Da insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen Schwierigkeiten haben, Fachkräfte zu rekrutieren, hat die Behörde für Wirtschaft und Arbeit die Aus- und Weiterbildungsangebote im Jahr 2002 noch stärker auf die Bedürfnisse dieser Unternehmen ausgerichtet. Im letzten Jahr sind durch vielfältige Maßnahmen (siehe auch Kap. 2.1.4) fast 1.500 Arbeitsplätze in der Luftfahrtindustrie neu entstanden – das entspricht einem Beschäftigungszuwachs von über 10 %.

2.4.3 Aktivierende Arbeitsmarktpolitik für Zuwanderinnen und Zuwanderer

Um weiterhin als wettbewerbsfähige Metropole bestehen zu können, muss eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung auf den Hamburger Arbeitsmarkt gesichert und die Qualifikation der Zugewanderten an die Erfordernisse der Betriebe angepasst werden. Qualifizierte Zuwanderung ist allein aus demografischen Gründen bei einer in den nächsten Jahren deutlich sinkenden Erwerbsbevölkerung notwendig. Spezifische Bedarfe und Potenziale ausländischer Zuwanderer hinsichtlich einer schnellstmöglichen Integration in Beschäftigung sind zu identifizieren und operativ auszufüllen. Dazu zählen insbesondere Spracherwerbs- und Qualifizierungsförderung, die

den direkten Zugang zum regulären Arbeitsmarkt erleichtern. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist eine sinnvolle und unterstützende gesetzliche Regelung auf Bundesebene.

Zuwanderung ist in einzelnen qualifizierten Berufsfeldern und insbesondere im Segment hochqualifizierter Tätigkeiten beschäftigungspolitisch wünschenswert.

Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit wird unter Berücksichtigung der Voraussetzungen einer entsprechenden gesetzlichen Regelung für eine Zuwanderung auf Bundesebene sowie unter ressortübergreifender Beteiligung der zuständigen Behörden eine Neukonzeption einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik für Zuwanderinnen und Zuwanderer im IV. Quartal 2003 vorlegen.

Unabhängig von einer solchen Neukonzeption gibt es eine Reihe konkreter arbeitsmarktpolitischer Projekte für Migrantinnen und Migranten in Hamburg. So werden u.a. mit Hilfe des Europäischen Sozialfonds die Integration auf dem Arbeitsmarkt verbessert, Qualifizierungsprojekte gefördert und z.B. die Beratung ausländischer Betriebsinhaber unterstützt.

2.4.4 Integration junger Migrantinnen und Migranten in Arbeit und Ausbildung

Die erfolgreiche Integration junger Migrantinnen und Migranten ist eine Zukunftsaufgabe für moderne Metropolen. Dabei kommt der Schaffung beruflicher Perspektiven eine zentrale Bedeutung zu. Motivierte und leistungsfähige junge Menschen mit Migrationshintergrund sind ein wichtiges Potenzial für Unternehmen. Daher sollte die Wirtschaft insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, der Zweisprachigkeit und interkulturellen Kompetenz dieser jungen Menschen großes Interesse daran haben, Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker als qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen.

In Hamburg kommt ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler aus Migrantenfamilien. 40 % aller Kinder von Ausländern werden heute als Deutsche geboren. Ihre berufliche Integration ist nach wie vor unbefriedigend. Wesentlicher Grund dafür sind die noch immer bestehenden gravierenden Unterschiede im Bildungsabschluss deutscher und ausländischer Schülerinnen und Schüler. So verlassen 18 % der ausländischen Jugendlichen die Schule ohne Hauptschulabschluss im Vergleich zu 10 % bei den deutschen Jugendlichen. Nur 15 % erreichen die Fachhochschul- oder Hochschulreife, während dies bei den deutschen Jugendlichen 38 % sind. Insgesamt 18 % der Absolventen allgemeinbildender Schulen sind ausländischer Herkunft. Ihr Anteil in dualer Ausbildung liegt jedoch nur bei knapp 8 %.

Unter den arbeitslos gemeldeten Jugendliche sind 20 % ausländischer Herkunft, ungefähr drei Viertel von ihnen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Hier zeigen sich gravierende Handlungsbedarfe, denn eine abgeschlossene Berufsausbildung bietet immer noch die besten Startchancen ins Berufsleben und die beste Gewähr für eine gelungene Integration. Voraussetzung dafür sind ausreichende Sprachkenntnisse der junge Migrantinnen und Migranten bzw. genügend Sprachförderangebote in den verschiedenen Einrichtungen.

Auf Initiative des Ersten Bürgermeisters wurde daher im Mai 2002 ein Handlungskonzept zur Integration Jugendlicher mit Migrationshintergrund in Arbeit und Ausbil-

zung zusammen mit Unternehmen, Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und Arbeitsverwaltung beschlossen.

Es enthält eine Reihe konkreter Maßnahmen u.a. in der Sprachförderung in Kindertagesstätten, in Vorschulklassen und in allgemeinbildenden Schulen. Für Eltern mit nur geringen Deutschkenntnissen werden Sprachkurse an ausgewählten Kitas von den beteiligten Unternehmen finanziert.

Zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Ausbildung wurden u.a.

- ein Modellprojekt zur Innovativen Ausbildungsvorbereitung INA an 7 Schulen in Wilhelmsburg/Veddel und Billstedt/Horn im September 2002 gestartet,
- der Schulversuch "Arbeiten und Lernen in Schule und Betrieb" um eine Schule in St. Pauli erweitert
- sowie weitere Projekte zur Berufsvorbereitung und Förderung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen über den Europäischen Sozialfonds gefördert.
- Daneben wurde die BQM "Beratungs- und Koordinierungsstelle zur beruflichen Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten" bei der KWB Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung gegründet. Sie hat die Aufgabe, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu erhöhen und die Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Behörden so zu verbessern, dass die beruflichen Einstiegschancen junger Migranten steigen.
- Für junge Migranten ohne gesicherten Aufenthaltsstatus wurden im Rahmen der Arbeits- und Berufsorientierung (ABO) 30 Plätze eingerichtet.

Auch die Arbeitsverwaltung, die Kammern, Verbände, Gewerkschaften und Unternehmen werden durch geeignete Maßnahmen mit dazu beitragen, dass sich die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation junger Migrantinnen und Migranten verbessert. Am 5. Juni 2003 fand dazu die 3. Gesprächsrunde beim Ersten Bürgermeister im Gästehaus des Senats statt. Alle Beteiligten wollen ihre Aktivitäten intensivieren und insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema "Integration junger Migrantinnen und Migranten" verbessern.

Das Senatsamt für die Gleichstellung plant darüber hinaus in Kooperation mit der "Beratungs- und Koordinierungsstelle zur beruflichen Integration von jungen Migrantinnen und Migranten" und der Handwerkskammer ein Projekt "Migrantinnen stellen sich vor" für das 2. Halbjahr 2003. Es hat das Ziel, mit unterschiedlichen Aktivitäten potenzielle Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe auf die Stärken und Fähigkeiten von Migrantinnen und ihre Qualifikationen aufmerksam zu machen und damit die Ausbildungs- und Vermittlungschancen von Migrantinnen zu verbessern.

3. Stärkung des Bildungs- und Wissenschaftsstandortes und des Know-how-Transfers

3.1 Stärkung des Wissenschaftsstandortes

Wissenschaftliche Erkenntnisse und die von diesen getragenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen bestimmen die soziale Leistungskraft und den Wohlstand der Regionen in zunehmenden Umfang. Auch die Zukunft der Stadt wird entscheidend davon abhängen, ob Hamburg auf den Feldern von Wissenschaft und Forschung eine international wettbewerbsfähige Stellung einnehmen kann. Bildung, Ausbildung und Forschung werden die Lebenschancen der Hamburger entscheidend prägen - den Hochschulen kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

3.1.1 Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes

Der Senat hat am 05. November 2002 der Bürgerschaft den Entwurf eines Hochschulmodernisierungsgesetzes zugeleitet. Nach Befassung durch die Bürgerschaft ist das Gesetz am 15. Mai 2003 in Kraft getreten.

Durch das Hochschulmodernisierungsgesetz wird die Selbstständigkeit der Hochschulen gegenüber dem staatlichen Träger erheblich erweitert. So werden z.B. die wichtigen Entscheidungen über die Berufung von Professoren auf die Hochschulen übertragen. Die Fachaufsicht der zuständigen Behörde wird eingeschränkt. Gleichzeitig wird durch die Neuordnung der Leitungs- und Gremienstrukturen der Hochschulen deren Handlungsfähigkeit verbessert. Eine wichtige Rolle bei der zukünftigen Steuerung der Hochschulen werden die neu zu bildenden, überwiegend mit externen Mitgliedern besetzten Hochschulräte spielen, die durch das Hochschulmodernisierungsgesetz mit strategischen Steuerungskompetenzen ausgestattet werden.

Eine zweite Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes, die noch in dieser Legislaturperiode angestrebt ist, wird die weitere Verselbstständigung der Hochschulen und eine größere Autonomisierung vom unmittelbaren staatlichen Bereich betreffen. Diskutiert werden in diesem Rahmen u.a. neue Rechtsformen für die Hochschulen (Stiftung, vollrechtsfähige Körperschaft, Kombination von Körperschaft und Stiftung u.ä.), die Übertragung der Dienstherrn- und Arbeitgebereigenschaft für das dort tätige Personal auf die Hochschulen und die Übertragung des Eigentums an den von den Hochschulen genutzten Ressourcen einschließlich damit zusammenhängender Entscheidungskompetenzen. Dazu wurden in der Behörde für Wissenschaft und Forschung die Vorarbeiten für einen entsprechenden Gesetzentwurf aufgenommen; die Erstellung des Gesetzentwurfs bis zum 15.10.2003 wird angestrebt.

3.1.2 Strukturreform und Leitlinien für die Entwicklung der Hamburger Hochschulen

Hamburgs Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind wichtiger Bestandteil der Strategie zur Umsetzung des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt". Von ihnen können maßgebliche Impulse in den Kompetenz-Cluster: Life Science, Nanotechnologie, IT und Medien, Luftfahrt, Hafen und Logistik sowie Außenhandel und China ausgehen.

Um dieser zentralen Rolle gerecht werden zu können, brauchen Hamburgs Hochschulen eine grundlegende Strukturreform, die die vorhandenen Ressourcen qualitativ und quantitativ ausschöpft und zu einer angemessenen Finanzierung der Hochschulen führt. Ziel eines solchen Strukturprozesses muss es sein, das Profil und die Innovationskraft der Hamburger Hochschulen zu stärken und sie damit in die Lage zu versetzen, sich dem nationalen und internationalen Wettbewerb erfolgreich zu stellen sowie die ihnen durch das neue Hochschulgesetz zuerkannte neue Autonomie sinnvoll zu nutzen.

Einer im Herbst 2002 vom Senator für Wissenschaft und Forschung eingesetzten Expertenkommission unter der Leitung von Dr. Klaus von Dohnanyi wurde der Auftrag erteilt, hochschulübergreifende und umsetzungsorientierte Empfehlungen für eine solche Strukturreform abzugeben. Im Januar 2003 hat die Expertenkommission ihre Empfehlungen vorgelegt. Diese stellen aus Sicht des Hamburger Senats ein umfassendes und wegweisendes, aber auch politisch herausforderndes Gesamtkonzept zur Reform der Hamburger Hochschulen dar, das geeignet ist, die Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulstandortes Hamburg national und international zu sichern und den Hochschulstandort wieder mit an die Spitze der deutschen Hochschulen zu bringen.

Mit den am 17. Juni 2003 beschlossenen "Leitlinien für die Entwicklung der Hamburger Hochschulen" hat der Senat die wesentlichen Ziele der Expertenempfehlungen bestätigt und einen Struktur- und Entwicklungsrahmen für die Entwicklung der Hamburger Hochschulen für die nächsten zehn Jahre aufgezeigt. Hierin werden unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Hochschulen zu den Strukturempfehlungen die Rahmenbedingungen für die Strukturreform, insbesondere die zukünftigen Studienkapazitäten in den einzelnen Aufgabenfeldern, festgelegt. Diese lassen sich in fünf Kernpunkte zusammenfassen:

1. Einführung des Bachelor- und Masterstudienystems zur Erreichung einer stärkeren Berufsorientierung und einer größeren internationalen Kompatibilität der Studienabschlüsse. Der berufsqualifizierende Bachelor wird zum Regelabschluss an den Hochschulen. Wer ein Master-Studium aufnehmen will, muss sich durch Leistung dafür qualifizieren. Übergangsquoten werden jedoch nicht festgelegt.
2. Reduzierung der Zahl der Studienanfänger von 11.350 auf 9.600. Zugleich soll durch die Studienreform und die verbesserte Betreuung die Studienerfolgsquote von heute durchschnittlich 50 Prozent auf durchschnittlich 70 Prozent gesteigert und so die Zahl der Absolventen von 6.100 auf 6.750 erhöht werden.
3. Verbesserung von Forschung und Transfer durch eine konsequente Schwerpunktsetzung unter Berücksichtigung der Kompetenz-Cluster des Leitbildes "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt".
4. Neuorganisation der Hamburger Hochschulen durch Zusammenlegung der unterschiedlich großen, unselbständigen Fachbereiche in 13 größere und selbständigere Einheiten.
5. Umsteuerung bei der Hochschulfinanzierung durch Orientierung der Mittelzuweisung an Leistung (z.B. Anzahl der Examenskandidaten) statt Belastung (Anzahl der Studierenden).

Mit dem Umsetzungsprozess soll gemeinsam mit den Hochschulen und zum Teil mit Hilfe von externen Moderatoren unmittelbar begonnen werden.

3.1.3 Qualitätsoffensive in der Forschung

Im Rahmen der Qualitätsoffensive für strukturbildende Maßnahmen und Schwerpunktsetzungen in der Forschung einschließlich der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit werden auf Basis der im Januar 2002 erlassenen Programmgrundsätze Mittel eingesetzt, insbesondere für:

- Etatisierung neuer Studien- und Forschungsschwerpunkte,
- vorgezogene Berufungen bei "Eckprofessuren" dieser Schwerpunkte,
- Einrichtung von Juniorprofessuren und Schaffung von Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs in neuen Schwerpunktbereichen.

Danach werden die von der BWF beschiedenen Anträge von den Hochschulen ab 2005 refinanziert. Insgesamt sind u.a. bisher folgende Projekte gefördert worden:

- Hybride Mikrophotonik (TUHH),
- Tissue Engineering (TUHH),
- International Research Schools (Universität Hamburg),
- Sonderforschungsbereich "Mehrsprachigkeit" (Universität Hamburg).

Nach Entscheidung des Senat zur Umsetzung der Empfehlung der Strukturkommission vom 17.06.2003 sollen weitere Vorhaben gefördert werden, die insbesondere Maßnahmen initiieren, die sich aus diesen Leitentscheidungen ergeben. Die Behörde für Wissenschaft und Forschung wird den Senat wie vorgesehen über die (Zwischen-)Ergebnisse der Qualitätsoffensive im I. Quartal 2004 unterrichten.

3.1.4 Modularisierte Studiengänge

Im Rahmen des Bologna-Prozesses¹ und der damit verbundenen Einführung von international kompatiblen Studienangeboten kommt den Bachelor-/Master-Studiengängen eine besondere Bedeutung zu. An den Hamburger Hochschulen können derzeit Bachelor-Abschlüsse in 49 sowie Masterabschlüsse in 30 Studiengängen erworben werden. Von den 49 Bachelor-Abschlüssen wurden 32 in bestehende Diplomstudiengänge integriert. Diese Ausbildungsprogramme entsprechen damit nicht den Vorgaben der Kultusministerkonferenz, des Akkreditierungsrates und der Hochschulrektorenkonferenz für Bachelor-/Master-Studiengänge. Die Hochschulen haben bislang noch nicht alle mit dem neuen Graduierungssystem verbundenen Reformmaßnahmen, wie Modularisierung, Einführung von European Credit Transfer System (ECTS), Diploma Supplement, Entwicklung neuer berufsqualifizierender Curricula, realisiert. Unterschiedlich fällt derzeit auch das Engagement der Hamburger Hochschulen im Bereich der Akkreditierung von Studiengängen aus.

¹ Empfehlung der EU-Kommission, bis 2010 einen europäischen Hochschulraum zu schaffen, der die internationale Mobilität der Studierenden durch vergleichbare Studiensysteme und die internationale Anerkennung der Abschlüsse fordert.

Da die Umstellung des traditionellen Diplom-/Magister-Graduierungssystems auf Bachelor-/Master-Strukturen ein Kernpunkt der Leitentscheidung des Senats zur Neustrukturierung der Hochschulen Hamburgs ist, werden auf dieser Basis die Verhandlungen mit den Hochschulen weitergeführt.

3.1.5 Hochschulübergreifender Know-how-Transfer - Hamburg Innovation GmbH

Neben Forschung und Lehre ist der Wissens- und Technologietransfer die dritte wesentliche Aufgabe von Hochschulen. Beim Transfer von Wissen und Forschungsergebnissen in die Unternehmen spielen insbesondere Themen wie Patentierung von Erfindungen, Kooperationsprojekte zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie gemeinsame Anträge von Forschern der Hochschulen und Unternehmern für unterschiedlichste Förderprogramme eine bedeutende Rolle.

Die Hamburger Hochschulen haben daher zusammen mit der Universität der Bundeswehr die "Hamburg Innovation GmbH" (HI) gegründet, die für alle Hochschulen den Innovations- und Wissenstransfer organisiert und durchführt. Die HI wird am Standort der TUHH Technologie GmbH (TuTech) angesiedelt und steht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Hochschulen auf der einen Seite und Unternehmen auf der anderen Seite als zentrale Ansprechpartnerin (One-Stop-Shop) zur Verfügung. Geplant sind Außenstellen der HI an Hochschulen mit besonders hohem Transferaufkommen.

Die zentralen Geschäftsfelder der HI sind: Betreuung aller Forschungsprojekte inklusive Vertragsgestaltung, Patentierung und Lizenzierung, Forschungsk Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, Förderprogrammen und Wettbewerben des Landes, des Bundes und der EU, Weiterbildungsveranstaltungen und -seminare und die Betreuung und Förderung von Existenzgründungen aus Hochschulen heraus.

Wesentlich für eine schnelle Aufnahme des Geschäftsbetriebs der HI ist, dass die TUHH Technologie GmbH (TuTech) als Kooperationspartnerin mit der notwendigen Erfahrung und Infrastruktur und zusätzlich auch als Gesellschafterin gewonnen werden konnte. Hierdurch ist es möglich, die national anerkannte Kompetenz der TuTech für den Aufbau der HI zu nutzen. Dabei sind HI und TuTech über einen Kooperationsvertrag verbunden.

Derzeit wird die Einbindung weiterer Transfereinrichtungen, insbesondere die Stiftung Technologie-Beratungs-Zentrum (TBZ) und die c:channel business services GmbH (c:bs), in eine Gesellschaft mit der TuTech vorbereitet, um den Technologie- und Wissenstransfer noch effizienter zu gestalten und die Serviceleistungen für Wissenschaftler und Unternehmer deutlich zu erhöhen.

3.2 Stärkung des Bildungsstandortes

Eine Gesellschaft, deren größtes Kapital das Wissen darstellt, ist nur dann auch in ökonomischer Hinsicht wettbewerbsfähig, wenn sie den Stellenwert von Bildung erkennt und entsprechend handelt. Die Handlungsbereitschaft hängt wesentlich von einem positiven Image der Bildungseinrichtungen und der in ihnen tätigen Personen ab, das vor allem durch Qualität erworben wird. Nur eine in diesem Sinne wettbewerbsfähige Stadt kann die Zugkraft entwickeln, die für Wachstum benötigt wird.

3.2.1 Qualität der Hamburger Schulen und Marketing für den Schulstandort Hamburg

Für die Wohnortwahl junger Familien mit Kindern ist u.a. ein leistungsfähiges und qualitativ hochwertiges Angebot an Schulen unterschiedlichster Prägung ein entscheidendes Kriterium. Für das Leitbild: "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" gehört auch die Verbesserung der Qualität der Hamburger Schulen zu den prioritären Aufgaben. Die wesentlichen Eckpunkte dieses Vorhabens werden mit der Schulgesetznovelle (Drucksache 17/2455) festgelegt, die zum 1. August 2003 in Kraft treten soll.

Die zentralen Handlungsfelder der Hamburger Qualitätsoffensive der Behörde für Bildung und Sport sind:

- Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur. Die dafür notwendige Entwicklung wurde zum Schuljahrsbeginn 2002/03 eingeleitet. Hamburgs Abiturientinnen und Abiturienten werden entsprechend ab 2010 ein Jahr jünger in Studium oder Beruf eintreten und so im europäischen Wettbewerb vorne dabei sein können. Hamburgs Gymnasien werden damit attraktiver.
- Mit einer gezielten intensiven Sprachförderung werden allen Kindern schon vor Schuleintritt deutlich bessere Chancen für eine erfolgreiche Schullaufbahn eröffnet. Eine wesentliche Voraussetzung dafür wird mit dem neuen Schulgesetz geschaffen, in dem vorgesehen ist, dass alle Kinder 1 ½ Jahre vor Schuleintritt in der Schule vorgestellt und im Hinblick auf die bevorstehende Einschulung beraten werden, auch unter dem Gesichtspunkt der Sprachförderung. Zu erwarten ist, dass hierdurch der Anteil insbesondere der Kinder mit nicht deutscher Muttersprache, die an vorschulischen Sprachfördermaßnahmen teilnehmen, deutlich ansteigt.
Im Rahmen des Projekts "Deutsch in Kindertagesheimen" wirken inzwischen an 28 Standorten Lehrkräfte zusammen mit Erzieherinnen und Erziehern an Sprachfördermaßnahmen für Kinder, deren Sprachkompetenz gering entwickelt ist. Über die geplante Ausweitung dieses Vorhabens soll dem Senat in einer gesonderten Drucksache in der zweiten Jahreshälfte 2003 berichtet werden.
- Die besondere Förderung behinderter Kinder wird durch ein differenziertes Sonderschulangebot und durch die parallele Weiterentwicklung der Grundschulen zu Förderzentren verstärkt.
- Neue Bildungs- und Rahmenpläne schreiben die Standards fest, die in den einzelnen Schulformen erreicht werden müssen. Zum Schuljahrsbeginn 2003/04 werden die Bildungspläne für die Grundschule und für alle Schulformen der Sekundarstufe I für eine dreijährige Erprobungsphase verbindlich; zum Schuljahres-

beginn 2004/05 sollen die Bildungspläne für die Sekundarstufe II der allgemeinbildenden Schulen verbindlich werden.

- Hamburg fördert und fordert Leistungen um zu erreichen, dass alle Schülerinnen und Schüler im bundesdeutschen und internationalen Vergleich wieder vorne dabei sind. Diesem Ziel dient auch die Einführung zentraler Anteile in den Abschlussprüfungen für den mittleren Bildungsabschluss und das Abitur in den Gymnasien und Gesamtschulen. Die Einführung der zentralen Prüfungsanteile ist zum Schuljahr 2004/05 geplant.
- Die Stärkung der Internationalität Hamburgs muss sich auch in einem breiten Angebot an bilingualen Schulzweigen bzw. Schulen dokumentieren. Dieses Angebot, das u.a. Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch und Türkisch umfasst, erfreut sich einer wachsenden Nachfrage. Zum Schuljahresbeginn 2003/04 werden in der Heinrich-Wolgast-Schule und der Schule Lämmersieth jeweils eine deutsch-türkische Grundschule eingerichtet. Erstmals wird zum Schuljahr 2003/04 mit dem bilingualen deutsch-italienischen Zweig am Gymnasium Corveystraße ein bilinguales Angebot aus der Grundschule (Döhrnstraße) in der Sekundarstufe I fortgeführt. Im darauf folgenden Schuljahr soll das deutsch-portugiesische Angebot der Grundschule der Rudolf-Ross-Gesamtschule ebenfalls in der Sekundarstufe I fortgesetzt werden. Daneben gibt es in zahlreichen weiterführenden Schulen Wahlkurse oder Arbeitsgemeinschaften, in denen weitere Sprachen, wie z.B. Arabisch, Chinesisch, Japanisch oder Hebräisch, gelernt werden.
- Das Ganztagschulprogramm wurde verdreifacht. Zu den Schuljahren 2002/03 und 2003/04 wurden bzw. werden jeweils drei neue Ganztagschulen eingerichtet. Mit Hilfe der erwarteten Bundesmittel werden im Rahmen des 50 Mio. EUR Sonderprogramms weitere ganztagschulische Angebote ausgebaut.
- Viele Schulen bieten einen pädagogischen Mittagstisch und/oder den Hort in der Schule an. PROREGIO arbeitet mit Einrichtungen im Stadtteil zusammen. 12 Schulen machen im Rahmen des Programms inzwischen in Kooperation mit einem Träger der Jugendhilfe Freizeitangebote am Nachmittag. Weitere sechs Standorte sollen im Schuljahr 2003/04 hinzukommen. Darüber hinaus sollen jährlich drei Schulhöfe in Kooperation mit den jeweiligen Bezirken für die nachmittägliche Betreuung von Kindern und Jugendlichen aus dem Wohnquartier gestaltet werden.
- Alle Hamburger Schulen haben inzwischen für die Schülerinnen und Schüler einen Internet-Zugang. Ein modernes Informations- und Datenmanagement für die Schulverwaltung ist im Aufbau.
- Durch die vorgesehene Einrichtung von Berufsbildungszentren wird die berufliche Bildung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu einem besonders hochwertigen Bildungsbereich und damit zu einer attraktiveren Alternative zum Studium entwickelt.
- Die für das Schulleben unverzichtbare Zusammenarbeit von Schule und Eltern wird durch die Schulgesetznovelle gestärkt. Informationsrechte und die Rechte in den Gremien werden gesetzlich abgesichert.
- Zusätzlich 50 Mio. EUR werden in den Jahren 2004 und 2005 für die Sanierung und den Ausbau von Schulen bereitgestellt.
- Mit dem neuen Lehrerarbeitszeit-Modell, das zum 1. August 2003 eingeführt werden soll, wird die Arbeitsbelastung in den Kollegien gerechter verteilt. Zugleich wird die Arbeitszeit von Lehrern erstmals transparent und vergleichbar zu ande-

ren Beschäftigtengruppen dargestellt. Hierdurch wird ein wichtiger Beitrag zur Imageverbesserung des Lehrerberufs geleistet.

Kaum eine andere Stadt im Bundesgebiet verfügt über ein ähnlich differenziertes, breit gefächertes Schulangebot wie Hamburg. Dieses soll - zusammen mit den dargestellten Maßnahmen der Qualitätsoffensive - in geeigneter Form nach außen vermittelt werden. Zielgruppe sind speziell Familien und Unternehmen, die einen Zuzug nach Hamburg planen.

(4.) Der Senat beauftragt die Behörde für Bildung und Sport, zu prüfen, wie eine Marketingkampagne für die Hamburger Schulen ausgestaltet werden könnte und dem Senat über die Ergebnisse bis zum IV. Quartal 2003 zu berichten.

3.2.2 Kompetenzzentrum des Hamburger Handwerks

Senat und Bürgerschaft haben im Frühjahr 2003 entschieden, dass sich der Senat an der Errichtung eines Kompetenzzentrums des Hamburger Handwerks finanziell beteiligt. Die vorgesehenen Elemente eines integrierten Kompetenzzentrums sind hervorragend geeignet, die Zukunftsfähigkeit des Hamburger Handwerks nachhaltig zu sichern. Mit dieser Investition können folgende Ziele wirkungsvoll unterstützt werden:

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Handwerks,
- Verbesserung der Berufsbildungsqualität im Handwerk,
- Beitrag zur Mittelstandsförderung,
- infrastrukturelle Impulse für die Region,
- Akquisition von Drittmitteln.

Das Kompetenzzentren der Handwerkskammer Hamburg soll drei Kompetenzelemente (KomZet) in technologischen Querschnittsbereichen und eine überbetriebliche Berufsbildungsstätte enthalten. Das KomZet I befasst sich vor allem mit der Schweiß-, Füge- und Kunststofftechnik, in den KomZet II und III sollen die Bereiche Informationstechnologie sowie Energie- und Umwelttechnik aufgebaut bzw. fortentwickelt werden. Ergänzt werden soll das Vorhaben durch den Aufbau einer grundlegend modernisierten überbetrieblichen Berufsbildungsstätte (ÜBS).

Vorgesehen ist ein Neubau, dessen Gesamtkosten mit knapp 50 Mio. EUR veranschlagt sind. Der Bund übernimmt im Rahmen eines Programms zur Weiterentwicklung von Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten zu Kompetenzzentren von diesen Kosten 47,5 %, der Senat beteiligt sich mit 25 % und den Restanteil trägt die Handwerkskammer.

4. Steigerung der internationalen Attraktivität

Die Steigerung der internationalen Attraktivität umfasst viele Facetten: Sie betrifft Großevents ebenso wie die Stärkung der City; den Sprung über die Elbe und die Hafencity als Schlüsselprojekt der Wachsenden Stadt ebenso wie die Förderung von Tourismus und den Ausbau des Messe- und Kongressstandortes; die Weiterentwicklung Hamburgs als Kulturmetropole ebenso wie die Verbesserung des Standortmarketing gerade auch in internationaler Hinsicht. Die Maßnahmen zielen damit alle auch auf eine Stärkung der Metropolenfunktion Hamburgs.

4.1 Hafencity

Die Hafencity ist eines der größten Stadtentwicklungsprojekte Europas und bietet ein unvergleichliches Potenzial für die Wachsende Stadt: Auf 155 Hektar Gesamtfläche sollen 5.500 Wohnungen sowie Arbeitsplätze für 20.000 Menschen und City nah eine lebendige Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Freizeitangeboten entstehen.

Der Masterplan Hafencity steckt den zeitlichen und räumlichen Rahmen für die Entwicklung der Hafencity ab. Die bauliche Entwicklung folgt dabei einem strategischen Gesamtansatz, der die Fertigstellung des gesamten westlichen Teils der Hafencity bis 2012 verfolgt. Nachdem mit den Kibbelsteg-Brücken und dem SAP-Gebäude zunächst wichtige Einzelvorhaben realisiert werden konnten, starten in diesem Jahr die ersten großen zusammenhängenden Bauabschnitte.

Den Anfang macht die Bebauung am Sandtorkai, wo nach umfangreichen Vorarbeiten (u.a. Sanierung der Kaimauer, Sielverlegung) am 19. Mai 2003 der Startschuss für die 8 Einzelgebäude dieses Quartiers mit insgesamt 35.000 m² Bruttogeschossfläche gegeben werden konnte. Über 100 hochattraktive Wohnungen zwischen Speicherstadt und Traditionsschiffshafen werden dort entstehen.

Im Quartier Brooktorkai erfolgten mittlerweile zwei Anhandgaben an mittelständische Hamburger Unternehmen. Zielsetzung ist hier, die Bebauung bis 2005 zum Abschluss zu bringen. Das dafür erforderliche Bebauungsplanverfahren Hamburg Altstadt 34/ Hafencity 2 ist eingeleitet.

Auch für das Quartier Dalmannkai sind weitere Entscheidungen gefallen. Direkt an der neu gebauten Erschließungsstraße wurde einem Investorenkonsortium ein Grundstück für ein Bürogebäude anhand gegeben. Der Realisierungswettbewerb läuft. In unmittelbarer Nachbarschaft wird ein weiteres Bürogebäude entstehen. Für den MediaCityPort ist ein Bauvorbescheid in Vorbereitung. Auch für den Wohnungsbau stehen die ersten drei Investoren fest. Verläuft alles nach Plan, wird die Bebauung des Dalmannkais im Jahr 2006 abgeschlossen sein.

Für das Überseequartier, das künftige Herz der Hafencity, wurde im Februar d.J. das Grundkonzept gebilligt. Citytypische Nutzungen wie Einzelhandel, Gastronomie und Hotels prägen das Bild ebenso wie Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Büros und Wohnungen. Wichtigster Baustein im Überseequartier ist eine neue Kultureinrichtung. Auch wird im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens geprüft, ob eine zweite Musikhalle in der Hafencity gebaut werden kann. Der Bau des Überseequartiers wird im Jahr 2006 begonnen und soll 2009 weit gehend fertig gestellt sein. Zuvor wird in

einem zweistufigen Investorenauswahlverfahren, das im April d.J. eingeleitet wurde, ein geeignetes Investorenkonsortium ausgewählt. Parallel werden in einem internationalen Ideenwettbewerb die städtebaulichen Leitlinien für das Quartier näher präzisiert. Die Ergebnisse werden im Juni 2003 vorliegen.

Die Quartiere der HafenCity werden aber nicht alleine durch den Hochbau geprägt, sondern auch durch die hohe Qualität der Freiräume. So sollen laut Masterplan die Hafenbecken als Marinas gestaltet und mit Pontons, Brücken und Stegen begehbar gemacht werden. Entlang der Hafenbecken sollen großzügige Kai-promenaden entstehen. Die Gestaltung der öffentlichen Räume, Promenaden und Plätze in der westlichen HafenCity wurde im Herbst 2002 im Rahmen eines internationalen Freiraumwettbewerbs weiter qualifiziert (prämierter Entwurf Büro EMBT, Barcelona) und wird im Zuge der weiteren baulichen Realisierung sukzessive umgesetzt.

Der Senat hat zu Beginn des Jahres 2003 beschlossen, dass die HafenCity mit einer unterirdisch geführten U-Bahn an das Schnellbahnnetz angebunden werden soll. Dadurch wird die HafenCity durch ein leistungsfähiges, modernes und hoch attraktives Verkehrssystem an den vorhandenen öffentlichen Personennahverkehr angebunden. Der Baubeginn ist für 2006, die Fertigstellung für 2011 vorgesehen.

Eingebunden wird der Streckenabschnitt in eine neue U-Bahnlinie U4 (Bramfeld – Steilshoop – Barmbek – Berliner Tor – Hauptbahnhof (Süd) – Rathaus – HafenCity). Dies führt zu einer vollständigen Netzintegration und zu einer direkten Anbindung der Bereiche Hauptbahnhof und Innenstadt an das Zentrum der HafenCity rund um das geplante Überseequartier. Darüber hinaus besteht die Option einer späteren Weiterführung in Richtung Wilhelmsburg – Harburg.

4.2 Sprung über die Elbe

Die nationale Bewerbung Hamburgs um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 hat wichtige stadtstrukturelle Weichenstellungen zur Öffnung Hamburgs nach Süden gebracht, die auch im nationalen und internationalen Umfeld Beachtung gefunden haben. Der städtebaulichen Entwicklung des südlich an die HafenCity angrenzenden Kleinen Grasbrooks kommt dabei in Verbindung mit den Planungen zur Internationalen Gartenschau eine Schlüsselfunktion für die Verknüpfung bisher disperser städtebaulicher Entwicklungen zu einem überzeugenden Gesamtkonzept zu. Diese städtebaulichen Entwicklungsplanungen sind dabei unter Berücksichtigung der hier vorhandenen Hafennutzungen anzustellen.

Der Sprung nach Süden über die Elbe wird der Stadt neue Qualitäten erschließen. Damit diese Vision Realität wird und möglichst schnell Konturen annimmt, wird die Stadt im Rahmen des Architektursommers 2003 eine einwöchige **"Internationale Entwurfswerkstatt für das Stromspaltungsgebiet"** vom 17.-24. Juli 2003 durchführen. Rund 100 Architekten, Landschaftsplaner und Städtebauer aus ganz Europa sollen im Schuppen 52 im Hafen Visionen für eine nachhaltige Entwicklung im südlichen Elbraum entwerfen. Konkret wird sich die Ideenwerkstatt mit neuen Wohnungen und Wohnformen für eine wachsende Stadt, mit neuen Arbeitswelten, mit dem Wiederaufbau von Landschaft und Parks, der Wieder- und Neunutzung historischer Bausubstanz und nicht zuletzt mit der schon lange diskutierten Frage nach der räumlichen und funktionalen Mitte der Elbinsel auseinandersetzen. Räumliche Schwer-

punkte werden u.a. die Wasserlagen des Spreehafens, des Reiherstiegs, der Kanäle und der Dove-Elbe, der kleine Grasbrook, die Wilhelmsburger Mitte, der Wilhelmsburger Osten und der grüne Kern der Internationalen Gartenschau sein. Die Ergebnisse sollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und im Sinne des Leitbildes: "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" zu einem räumlichen Gesamtkonzept für den Sprung über die Elbe verdichtet werden. Der Sprung über die Elbe soll auch die Süderelbe überwinden und das stadtweit bedeutsame Entwicklungsprojekt des Harburger Binnenhafens mit der Schlossinsel als Trittstein der Gesamtentwicklung auf der Achse City – HafenCity – Wilhelmsburg – Harburg einbinden. Eine entsprechende Richtungsentscheidung zur Entwicklung des Schlossinselbereichs hat die Senatskommission für Stadtentwicklung in der Sitzung am 18.06.2003 getroffen.

Die Behörde für Bau und Verkehr wird der Senatskommission für Stadtentwicklung einen Strukturplan für die übergeordneten städtebaulichen Ziele der Achse City - HafenCity - Wilhelmsburg - Harburg im IV. Quartal 2003 vorgelegen, in den die Ergebnisse der Entwurfswerkstatt einfließen werden (siehe auch Kapitel 1.4). Im Rahmen dieser Vorlage wird die Behörde für Bau und Verkehr außerdem über die Realisierungsmöglichkeiten eines weiteren Brückenschlags über die Elbe berichten.

4.3 Internationale Gartenschau 2013

Der Verwaltungsrat der Deutschen Bundesgartenschau GmbH hat am 8. April 2003 entschieden, dass im Jahre 2013 auf den Elbinseln Wilhelmsburg und Veddel eine Gartenschau mit internationaler Beteiligung durchgeführt wird.

Die Internationale Gartenschau ist eines der größten Projekte im Rahmen der Wachsenden Stadt und spielt eine herausragende Rolle für die stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen zur Entwicklung des Hamburger Südens und den Sprung über die Elbe. Das Konzept der Internationalen Gartenschau 2013 geht weit über eine klassische Blumenausstellung oder einen Erlebnispark hinaus. Es besticht durch seine zukunftsweisenden Ansätze der sozialen Stadtteilentwicklung und seinen städtebaulichen Charakter – inhaltliche Schwerpunkte, die Hamburg als erste Ausrichterstadt überhaupt in den Mittelpunkt einer Gartenschau stellt: Neue Grünzüge und Freiräume sollen Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, Wohnen und Freizeit miteinander verbinden.

Von den 3 Millionen erwarteten auswärtigen Gästen - bei einer angenommenen Mindestzahl von 5 Millionen Besuchern insgesamt - wird voraussichtlich ein Drittel in Hamburg übernachten. Dies lässt einen erheblichen Imagegewinn Hamburgs als attraktiver internationaler und nationaler Austragungsort für Großveranstaltungen erwarten.

Mit der Gartenschau sollen besonders die nachhaltig positiven Effekte neuer Grünräume und Grünverbindungen für Wohnen, Freizeit und Gewerbe genutzt werden. Sie wird dabei wesentliche wirtschaftliche und soziale Impulse für die Entwicklung von Wilhelmsburg und Veddel geben und ist somit ein Schlüsselprojekt für das Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt".

Unter dem Motto "Gewerbe und Grün" soll im Rahmen der Gartenschau-Konzeption auf den nördlichen ehemaligen Bahnflächen ein besonderes Gewerbegebiet entwi-

ckelt werden. Die Stadt will beispielhaft zeigen, wie unter Wahrung hoher ökologischer und ästhetischer Standards ein flächensparendes Bauen in Gewerbegebieten möglich ist. Ein solches Gebiet soll eine attraktive Adresse für Firmen in Wilhelmsburg werden und damit ebenfalls das Ziel der wachsenden Stadt unterstützen.

4.4 Internationale Bauausstellung 2013

Mit der HafenCity und der Entwicklung der Achse über Wilhelmsburg bis zum Harburger Binnenhafen ist die Chance gegeben, der Metropole Hamburg eine grundlegende stadtentwicklungspolitische Zielsetzung zu geben. Die Voraussetzungen dafür sind auch im internationalen Maßstab ungewöhnlich günstig: zentral gelegen und dennoch im Grünen, mit Wasserbelegenheiten und die Cities von Hamburg und Harburg direkt vor der Tür. Eine Internationale Bauausstellung - die zeitgleich mit der Internationalen Gartenschau stattfinden könnte - wäre eine große Herausforderung – und Klammer, um der "Wachsenden Stadt" ein örtliches und zeitliches Ziel zu geben für:

- neue Wohnformen und Wohnorte in der Stadt und am Wasser; neue Arbeitswelten an alten Arbeitsstandorten;
- Hamburg als Metropole des Grüns und als Metropole des Sports zu entwickeln;
- Hamburg als internationale Stadt und als Stadt der Kulturen zu verdeutlichen;
- technische Großinfrastruktur zu kultivieren;
- die Themen: Bildung, Familie, Soziales, Nachhaltigkeit, Ökologie, Lebens- und Freizeitqualität sowie
- neue Finanzierungsmodelle und neuen Bürgersinn in konkreten Projekten aufzugreifen.

Als nächster Schritt zur Vorbereitung des Sprungs über die Elbe und damit auch der Internationalen Bauausstellung wird eine Internationale Entwurfswerkstatt stattfinden. Im Anschluss daran wird ein räumliches Gesamtkonzept für den Sprung über die Elbe entwickelt, das die Schlüsselprojekte HafenCity, Internationale Gartenschau und Harburger Binnenhafen miteinander verknüpft. Für die Internationale Bauausstellung 2013 soll eine Konzeption und ein Finanzierungsplan als Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen erstellt werden.

(5.) Der Senat beauftragt die Behörde für Bau und Verkehr, eine Konzeption einschließlich eines Finanzierungsplans für die Internationale Bauausstellung der Senatskommission für Stadtentwicklung bis zum IV. Quartal 2003 vorzulegen.

4.5 Stärkung der Zentrenfunktion

Die City ist wichtigster Einzelhandelsstandort Hamburgs, bedeutend für das Erleben von Urbanität im Sinne von Identifikation und Teilhabe am öffentlichen Leben. Ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre urbane Erlebbarkeit gilt es zu steigern. Dazu dienen die Renommeeprojekte der Neugestaltung des Jungfernstiegs, die Europa-Passage und das neue Nutzungskonzept für den Domplatz.

Jungfernstieg

Der Jungfernstieg soll wieder zur Visitenkarte der City werden. Deshalb will Hamburg die seit Jahrhunderten gewachsene Flaniermeile nach internationalem Maßstab neu gestalten. Der Siegerentwurf der Landschaftsarchitekten WES und Partner und des Architekten André Poitiers verknüpft gelungene tradierte Elemente und neue Ideen. Eine großzügige Treppe über die gesamte Länge des Stiegs führt offen ans Wasser und lädt zum Flanieren und Entspannen ein. Dank der tribünenartigen Form des neuen Anlegers kann die Binnenalster künftig für Events zur einzigartigen Bühnenkulisse werden. Die Einweihung soll zum Alstervergnügen 2005 gefeiert werden. Im Herbst 2003 beginnen die Bauarbeiten. Der Großteil der auf 14 bis 16 Mio. EUR geschätzten Kosten kommt von Hamburger Mäzenen.

Europapassage

Der Senat hat am 25. März 2003 den Bebauungsplan Hamburg-Altsstadt 33 als Grundlage für die Realisierung der Europa-Passage beschlossen. Nach ersten vorbereitenden Sielbauarbeiten im April wurde am 17. Mai 2003 mit den Abbrucharbeiten an den ersten Gebäuden begonnen. Im Rahmen eines Werkstattgesprächs unter Leitung des Architekten Prof. Schürmann ist Mitte Juni 2003 eine Lösung für die Gestaltung der Fassade am Ballindamm gefunden worden. Die ausgewählte Lösung berücksichtigt sowohl in der Materialwahl als auch in der städtebaulichen Eingliederung die Gestaltung der Binnenalsterbebauung und fügt sich in das Panorama des Binnenalsterraumes ein. Die Eröffnung der Europapassage ist für den Herbst 2006 vorgesehen. Das Investitionsvolumen liegt bei rund 430 Mio. EUR. Bauherrin ist die Alida Grundstücksgesellschaft, an der die Allianz und die Hamburgische Landesbank beteiligt sind.

Domplatz

Die Senatskommission für Stadtentwicklung hat sich am 12.12.2002 mit der Nutzung des Domplatzes befasst und die Rahmenbedingungen für dessen Bebauung festgelegt. Mit den drei Kernelementen Bürgerschaftsforum, Zentralbibliothek und Internationales Archäologiezentrum wurde eine hochwertige öffentliche Nutzung definiert, die der herausragenden geschichtlichen und städtebaulichen Bedeutung des Standortes Rechnung trägt und in besonderer Weise dem Gemeinwesen der Stadt zugute kommen soll. Abgerundet wird das Nutzungskonzept durch einen Wohnungsanteil von mindestens 20 % sowie Läden, Gaststätten und Büros. Im Sommer 2003 soll eine Liegenschaftsausschreibung erfolgen. In Abstimmung mit dem Investor soll dann im I. Quartal 2004 ein offener internationaler städtebaulich-architektonischer Realisierungswettbewerb durchgeführt werden. Der Baubeginn ist für Ende 2005 und die Fertigstellung für Ende 2008 vorgesehen.

4.6 Hamburg Messe und Congress Centrum Hamburg

Am 10.04.2003 stimmte die Bürgerschaft dem Finanzierungskonzept zum Ausbau der Hamburg Messe zu (Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, Drucksache Nr. 17/2061). Die Gesamtinvestitionskosten betragen 330 Mio. EUR. Damit ist die Erweiterung und Modernisierung der Hamburg Messe eines der zurzeit größten Investitionsvorhaben der Stadt.

Die Bauarbeiten sollen noch im Jahr 2003 aufgenommen und 2008 beendet werden. Die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts soll rechtzeitig zur INTERNORGA 2005 erfolgen.

Das Congress Centrum Hamburg CCH war in der Vergangenheit wiederholt Veranstaltungsort für bedeutende Weltkongresse mit mehr als 5.000 Teilnehmern und für andere internationale Tagungen. Um diese Position in Zukunft halten zu können, benötigt das CCH eine zusätzliche Halle für kongressbegleitende Ausstellungen. Diese Ausstellungen haben zunehmende Bedeutung, weil sie als Instrument zur Mitfinanzierung der Kongresse dienen.

Zurzeit wird untersucht, welcher Standort am CCH für das Projekt am besten geeignet ist. Die weiteren Arbeiten sollen so gestaltet werden, dass die Halle im Jahr 2005 zur Verfügung steht.

4.7 Tourismusförderung

Der Tourismus ist ein besonderer Erfolgsfaktor in Hamburg. Die Hamburger Beherbergungsbetriebe haben im Jahr 2002 mit 5.079 Mio. Übernachtungen ein Rekordergebnis erzielt. Erstmals ist die Schallmauer von 5 Mio. Übernachtungen durchstoßen worden. Das Ergebnis bedeutet einen Zuwachs von 6,5 % gegenüber dem Vorjahr. Dabei ist die Zahl der inländischen um 8,3 %, die der ausländischen Übernachtungsgäste um 0,4 % gestiegen. Touristen aus dem Inland haben einen Anteil an den Übernachtungen von 78,7 %, Touristen aus dem Ausland von 21,3 %.

Der Tourismus hat als Wirtschaftsbereich mit überproportionalem Wachstum, von dem rd. 70.000 Arbeitsplätze abhängen und der einen Umsatz von ca. 2,7 Mrd. EUR erzielt, einen hohen Stellenwert für Hamburg.

Hamburg wird als Destination für den Städtetourismus immer beliebter. Dafür gibt es viele Gründe. Hamburg ist die Tourismus-Metropole mit einmaliger maritimer und kultureller Erlebnisvielfalt. In keiner anderen Stadt werden berühmte Musicals mit so großem Erfolg wie "König der Löwen" und "Mamma Mia" aufgeführt. Allein die Musicals tragen mit rund 500.000 Übernachtungen jährlich zu der positiven Entwicklung bei. Aber auch die zahlreichen hochklassigen Kultureinrichtungen, Musik- und Sportveranstaltungen, die hervorragende Hotellerie und Gastronomie sowie erstklassige Shoppingmöglichkeiten sind Faktoren des Erfolgs.

Die Color-Line-Arena, Hamburgs neue Superhalle, ist sehr gut gestartet. Weltbekannte Künstler haben nun auch Hamburg auf ihrem Tourneepfad und die Sportveranstaltungen ungeahnte Zuschauerzahlen. Allein durch die Veranstaltungen in der Color-Line-Arena wird mit jährlich 100.000 zusätzlichen Übernachtungen gerechnet.

Für die weitere Entwicklung des Hamburg-Tourismus haben die großen o.g. Infrastrukturmaßnahmen eine zunehmende Bedeutung wie die HafenCity mit Kreuzfahrtterminal, der Messe-Ausbau, der Flughafen-Ausbau, der ZOB-Neubau (Zentraler Omnibus-Bahnhof, der im Mai 2003 in Betrieb genommen wurde) und Investitionen in der Hamburger City, z.B. Europa-Passage und Neugestaltung des Jungfernstiegs. Wichtige weiche Standortfaktoren sind außerdem die öffentliche Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt (siehe Kapitel 4.10).

Erforderlich ist es, den Anteil ausländischer Gäste am Hamburg-Tourismus zu steigern. Für den Auslandstourismus sind die sechs Auslandsrepräsentanzen der Hamburg Tourismus GmbH (HHT) von großer Bedeutung, außerdem die strategische Kooperation der HHT mit der Deutschen Zentrale für Tourismus.

Chancen für den Hamburg-Tourismus bieten sich besonders in der dynamischen Wachstumsregion des Ostseeraums mit rd. 100 Mio. Bewohnerinnen und Bewohnern. Große Hoffnungen werden auch in den Incoming-Tourismus mit China gesetzt. Dies ist ein neuer Schwerpunkt im Tourismus-Marketing. Basis ist der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China am 01.07.2002 geschlossene Vertrag über Gruppenreisen chinesischer Staatsbürger nach Hamburg (ADS-Abkommen). Wie im vergangenen Jahr wird auch in diesem Jahr eine Promotion-Reise für den Hamburg-Tourismus nach Shanghai durchgeführt werden (Auftritt auf der Reise-Messe). Am 06.03.2003 ist die erste chinesische Reisegruppe aus Shanghai auf der Basis des ADS-Abkommens nach Hamburg gekommen und im Rathaus besonders begrüßt worden.

4.8 Weiterentwicklung Hamburgs als Kulturmetropole

Hamburg ist eine lebenswerte Kulturmetropole mit einem in Breite und Tiefe vielfältigen Angebot seiner Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden. Die Staatstheater, Museen und Stiftungen sind weit über Hamburgs Grenzen hinaus geachtet und sollen in ihrer Leistungsfähigkeit bewahrt und weiter gefördert werden. Da die Kultur der Stadt wesentlichen Anteil an ihrer Profilbildung nach außen und an ihrer Identitätsbildung nach innen hat, macht sie die Ausstrahlung einer Stadt aus und prägt deren Klima maßgeblich. Diese Faktoren finden einen Niederschlag als "weiche Standortfaktoren" etwa bei der Standortwahl von Unternehmen, bei der Integration der verschiedenen, auch ausländischen Bevölkerungsgruppen oder in der Bildungs- und Sozialpolitik.

Als ein Instrument der Bestandsaufnahme, aber auch der Zielsetzung und Evaluierung soll von der Kulturbehörde ein Kulturbericht für die Jahre 2002/2003 herausgegeben werden.

(6.) Der Senat beauftragt die Kulturbehörde, einen Kulturbericht für die Jahre 2002/2003 mit Ausblick auf die Jahre 2004/2005 bis zum II. Quartal 2004 vorzulegen.

4.8.1 Kultur als Standortfaktor und Unternehmerinitiative Kultur

Im Wettbewerb der Metropolen kommt der Lebensqualität stark wachsende Bedeutung zu. Hamburgs Kulturleben ist dabei als signifikanter Standortfaktor anzusehen. Die großen Kulturinstitutionen liegen sowohl künstlerisch als auch hinsichtlich Servicequalität, Verwaltungsmodernisierung und Wirtschaftlichkeit bundesweit in der Spitzengruppe. Hamburg verfügt darüber hinaus über eine lebendige Tradition privater Kulturförderung. Der Kulturstandort Hamburg soll daher in Zukunft überregional und international stärker kommuniziert werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung eines umfassenden Marketingansatzes notwendig. Wichtige Elemente werden u.a. die Online-Informationsangebote (hamburg.de), das Online-Ticketing sowie die Entwicklung neuer Angebotspakete (z.B. die Family-Card) sein. Diese Aufgaben sollen im Rahmen der Entwicklung einer internationalen Marketingstrategie bei der neu zu gründenden GmbH angebundnen werden.

Auch die Entwicklung einer "Unternehmerinitiative für Kultur" in Zusammenarbeit mit der Handelskammer Hamburg soll künftig von der neu zu gründenden GmbH übernommen werden. Für die Entwicklung einer "Unternehmerinitiative für Kultur" wurden erste Gespräche mit der Handelskammer Hamburg geführt und folgende Ziele definiert:

- Wirtschaftsunternehmen sollen im Verbund in die kulturelle Entwicklung Hamburgs integriert werden.
- Ressourcen einzelner Unternehmen sollen für gemeinsame Projekte gebündelt werden, ohne dass eigene Sponsoring-Aktivitäten tangiert werden.
- Unternehmen sollen als werbende Botschafter für Hamburgs Kulturleben gewonnen werden und eine zusätzliche gesellschaftliche Lobby für die Kultur bilden.
- Unternehmen sollen eine Peer-Group für konzertierte Maßnahmen zur Verbesserung der kulturellen Infrastruktur bilden, die übergeordnete Projekte unterstützen kann, die nicht allein von einzelnen Unternehmen getragen werden können.

4.8.2 Kinder- und Jugendkultur

Zur Attraktivitätssteigerung des Wohnstandortes Hamburg trägt neben ausreichendem Wohnraum, dem Angebot von KTH-, Schul und Hortplätzen auch das Angebot zur kreativer Freizeitbeschäftigung und kulturellen Entfaltung von Kindern und Jugendlichen in hohem Maße bei.

Der Senat hat diesen Zusammenhang erkannt und, ausgehend von der Kulturbehörde unter Beteiligung der Senatskanzlei, der Behörde für Bildung und Sport, der Behörde für Soziales und Familie, der Behörde für Wissenschaft und Forschung und einzelnen Bezirksvertretern, einen Arbeitskreis "Kinderkultur, Jugendkultur und Kulturpädagogik" (AK) ins Leben gerufen, der die Abstimmung einzelner Projekte zwischen den jeweiligen Fachbehörden befördert. Parallel dazu wurde auf Anregung der Kulturbehörde eine "Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendkultur" (LAG) gegründet, die den fachlichen Austausch befördert, die Akteure im Bereich der Kin-

der- und Jugendkultur vernetzt und sich um die Verbesserung der öffentlichen Darstellung von Kinder- und Jugendkultur in Hamburg bemüht.

Auf beiden Ebenen ist deutlich geworden, dass Hamburg eine außerordentliche Bandbreite von Angeboten und Akteuren vorweisen kann. Mit der neuen "Kinder Kultur Zeitung", die von Seiten der Kulturbehörde initiiert wurde und der Weiterentwicklung des Jugendinformationszentrums (www.kinder.hamburg.de/www.jugend-server-hamburg.net) dient, ist in diesem Bereich zwischenzeitlich eine größere Angebotstransparenz hergestellt worden. Auf der Ebene des fachpolitischen Austausches und der konzeptionellen Orientierung wurde mit dem Fachforum zu Perspektiven der Kinder- und Jugendkultur im März 2003 ein weiterer Impuls wirksam.

Es ist aber auch deutlich geworden, dass es zu einer verstärkten Anstrengung bei der Abstimmung der unterschiedlichen Förderperspektiven zwischen beteiligten Behörden kommen muss, um Kindern, Jugendlichen und ihren Familien einen breiteren Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen bzw. das künstlerische Potenzial von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Ein **Rahmenkonzept Kinder- und Jugendkultur in Hamburg** kann diese Verständigung mit eigenen Impulsen voranbringen und das Arbeitsfeld stärker profilieren helfen. Es entfaltet seine Qualitäten insbesondere in der Vernetzung von Akteuren, Handlungsfeldern und Orten der Kinder- und Jugendkultur. Für einzelne Themenfelder sollen Entwicklungsperspektiven bzw. konkrete Maßnahmen aufgezeigt werden. So kann etwa im Zusammenhang mit dem Ausbau des Ganztagschulangebots der Bereich der kulturellen Bildung in Kooperation mit außerschulischen Anbietern als Leistungsmerkmal profiliert und weiterentwickelt werden. Leitende Vorstellung dabei ist, Akteure, Einzelprojekte und Orte im Sinne einer didaktischen Struktur/ Netzwerk wirksam werden zu lassen bzw. die Voraussetzungen für deren Zusammenarbeit zu verbessern.

Aus dieser konzeptionellen Verdichtung erwächst die Chance, Hamburg als eine bundesweit beachtete Modellregion für die Förderung der kulturellen Bildung und der künstlerischen Eigenaktivität von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln.

(7.) Der Senat beauftragt die Kulturbehörde (federführend), in Zusammenarbeit mit der Behörde für Bildung und Sport, der Behörde für Soziales und Familie und der Behörde für Wissenschaft und Forschung unter Einbeziehung der Bezirksämter ein Rahmenkonzept Kinder- und Jugendkulturarbeit in Hamburg dem Senat bis zum I. Quartal 2004 vorzulegen.

4.9 Standortmarketing und internationale Marketingstrategie

Im Zusammenhang mit der nationalen Bewerbung Hamburgs um die Olympischen Spiele 2012 sind die enormen Potenziale der Metropole Hamburg deutlich geworden. Die Bewerbungsgesellschaft hat mit Unterstützung der Hamburger Wirtschaft und einem breiten gesellschaftlichen Engagement durch effektive Arbeitsweise und Public-Private-Partnership in kürzester Zeit Hervorragendes geleistet. Es ist gelungen, in der ganzen Stadt eine Begeisterung für eine Idee auszulösen und eine Aufbruchstimmung mit positiver Zukunftseinschätzung zu erzeugen. Zugleich wurde aber auch deutlich, dass die Aktivitäten im Bereich des Standortmarketings national und insbesondere international wesentlich verstärkt werden müssen, wenn Hamburg im

internationalen Standortwettbewerb bestehen will. Diese Feststellung gilt unabhängig von einer internationalen Bewerbung Hamburgs um die Olympischen Spiele. Denn das internationale Marketing ist heute entscheidend für eine erfolgreiche Wachstumsstrategie. Hamburgs Internationalität soll auch durch Großevents wie die Internationale Gartenschau 2013, die Bambi-Verleihung, die Verleihung der World Awards, die HEW-Cyclastics, Tennis am Rothenbaum, den Holsten City Man sowie die Akquisition neuer Großereignisse in den Bereichen Sport und Kultur weiter gestärkt werden.

Vor dem Hintergrund eines sich weiter verschärfenden regionalen und internationalen Standort-Wettbewerbs müssen die Vorteile Hamburgs noch intensiver und konzentrierter kommuniziert werden. Dem Standortmarketing kommt dabei eine entscheidende Rolle zu, da Hamburg im Bereich der harten Standortfaktoren gegenüber zahlreichen Wettbewerbern wegen der bei diesen im Unterschied zu Hamburg vorhandenen Subventionsmöglichkeiten benachteiligt ist. Hamburg kann in diesem Wettbewerb vor allem über den Faktor Image und spezifische Standortvorteile für bestimmte Branchen (Außenwirtschaft, Luftfahrtindustrie, Medien, Technologie etc.) bestehen. Verschiedene Ansätze, die Vorteile Hamburgs für einzelne Branchen zu kommunizieren (z.B. Hafenwirtschaft, Initiative Hamburg@work, Initiative Luftfahrtstandort und Tourismus) sind hierfür Erfolgsbeispiele. Eine übergeordnete Kommunikation der positiven Standortfaktoren Hamburgs, die für alle Branchen gleichzeitig gelten (z.B. hohe Lebensqualität, kulturelles Angebot, Internationalität etc.) fehlt aber gegenwärtig noch. Es besteht somit Bedarf an einer Klammer, die die einzelnen Marketingaktivitäten Hamburgs bündelt, um national und international noch durchschlagskräftiger zu sein. Diese Klammer stellt das Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" dar.

Angestrebt wird daher die Gründung einer GmbH (siehe auch Kap. 4.8), die u.a. zur Erhöhung der Attraktivität und Internationalität Hamburgs beitragen soll durch:

- koordiniertes und profiliertes Standortmarketing,
- Ausrichtung der Marketingaktivitäten an dem Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" als Steuerungsinstrument für die Dachmarke und Klammer für eine übergeordnete Kommunikation,
- Verbesserung und Intensivierung des internationalen Marketings,
- Akquisition von Groß-Events.

Zu den Aufgaben gehören u.a.:

- Profilierung und Pflege der Dachmarke "Hamburg" und Koordinierung der Marketingaktivitäten der Träger des Hamburg-Marketings: Entwicklung eines Hamburg-Profiles, um die innovativen Alleinstellungsmerkmale Hamburgs gegenüber den einzelnen Zielgruppen besser kommunizieren zu können, sowie engere Verzahnung der einzelnen zielgruppenspezifischen Aktivitäten, um sowohl innerhalb der Stadt wie auch national und international die positiven Standortfaktoren der Metropole aktiv und noch durchschlagskräftiger darzustellen.
- Bereitstellung eines Basic-Contents für die sektoralen und regionalen Marketingorganisationen: Erarbeitung von Dachmarken-Informationsmitteln, die die Vielfalt der positiven Standortfaktoren der Metropole darstellen und von allen beteiligten Institutionen als Basisinformationen für ihre Zielgruppen zum Standort verwendet werden.

- Koordinierung und Initiierung von Marketingaktivitäten zum Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt".
- Internationale Marketingstrategie:
 - Entwicklung einer internationalen Marketingstrategie.
 - Entwicklung und Durchführung einer weltweiten Imagekampagne.
 - Koordinierung und Initiierung zielgruppenspezifischer Maßnahmen für Investoren, Unternehmen, Arbeitskräfte und Neubürgerinnen und Neubürger.
- Koordinierung von Marketingaktivitäten für die Metropolregion Hamburg.
- Akquisition von Groß-Events bspw. in den Bereichen Sport, Kultur und Unterhaltung.

Neben diesen Marketingaufgaben soll die neu zu gründende GmbH auch Leitprojekte im Rahmen des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt", die in Public-Private-Partnership umgesetzt werden sollen, fördern. Diese Leitprojekte wurden im Dialog mit Persönlichkeiten aus Hamburger Verbänden, Vereinen und gesellschaftlicher Gruppen im Forum "Wachsende Stadt" am 3. Juli 2003 beraten.

Es ist beabsichtigt, die GmbH zusammen mit der Handelskammer Hamburg und unter Beteiligung der Hamburger Wirtschaft im Herbst dieses Jahres zu gründen.

4.10 Lebensqualität durch öffentliche Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt

Zur Lebensqualität in der Metropole gehört auch, in Hamburg sicher leben zu können. Das stärkt die Identifikation der Einwohner mit ihrer Stadt ebenso wie es die Attraktivität der Stadt für Touristen, zuwanderungswillige qualifizierte Arbeitskräfte und ansiedlungswillige Unternehmen erhöht. Dies trägt auch zur Verbesserung der urbanen Lebensqualität von Familien bei.

Die Herausforderungen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit liegen in einer Intensivierung der Verbrechensbekämpfung durch Polizei und Justiz und der Stärkung der Prävention.

Intensivierung der Verbrechensbekämpfung durch Polizei und Justiz

Schwerpunkte der Kriminalitätsbekämpfung sind die Organisierte und Wirtschaftskriminalität, die Auflösung von offenen Drogenszenen - denn diese Erscheinungsformen haben in der Vergangenheit nicht nur das Sicherheitsgefühl der Menschen, sondern auch das Image Hamburgs erheblich belastet - und die Jugendgewaltkriminalität. Im August 2002 wurde dazu ein neues Konzept in Hamburg vorgestellt und umgesetzt.

Um die Kriminalitätszahlen in Hamburg deutlich zu senken, wurde das Personal der Polizei deutlich aufgestockt. Die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Kriminalität gerade im sozialen Umfeld der Bürger in Hamburg werden damit verbessert.

Der Rückgang der Kriminalitätszahlen im Jahr 2002 um 15,5% gegenüber dem Vorjahr zeigt eine deutliche Verbesserung der Sicherheitslage in Hamburg. Ein erster Schritt ist damit getan. Die Rückgänge erfassten auch die besonders belastenden Gewaltdelikte sowie den Bereich der Diebstahlskriminalität.

Stärkung der Prävention

Durch Stärkung der Prävention können erkannte Defizite - etwa in den Bereichen Sicherheit, Ordnung, sowie Attraktivität einzelner Stadtteile - reduziert oder beseitigt werden. In Stadtteilen mit wachsender Bevölkerung kann darüber hinaus primäre Kriminalprävention geleistet werden. Damit kann die Stärkung der öffentlichen Sicherheit zur Verbesserung der Lebensqualität der Metropole beitragen.

• Bürgernahe Polizei

Zu den Maßnahmen der Polizei Hamburg gehört vor allem die Entwicklung der bürgernahen Polizeiarbeit: Lebens- und Wohnqualität der Bürger in einer wachsenden Stadt erfordern eine großstadtgerechte bürgernahe Polizeiarbeit. Dies strebt die Behörde für Inneres derzeit v.a. durch folgende Aktivitäten an:

- deutliche Erhöhung der polizeilichen Präsenz mittels verstärkter Fuß-, Fahrrad- und Motorradstreifen­tätigkeit auf örtlicher Ebene und damit verstärkter direkter Ansprechbarkeit für den Bürger;
- kontinuierliche Prüfung der Einrichtung von Polizeiaußenstellen/-posten zur Gewährleistung/Steigerung polizeilicher Präsenz aufgrund veränderter städtebaulicher Bedingungen; bedarfsgerechte Anpassung der Betreuungsgebiete der speziell eingesetzten Beamten des besonderen Fußstreifendienstes und der Hafensicherheitsbeamten;
- Einrichtung fester Ansprechpartner an allen staatlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (Cop4U);
- verstärkte Einstellung von Polizeibeamten ausländischer Herkunft, insbesondere zur Problem- und Konfliktlösung in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Hamburg und zur Förderung der Integration.

• Intensivierung der Zusammenarbeit

Auch die intensive Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Institutionen ist zur Stärkung der Prävention von Bedeutung: Zum Beispiel wird durch die Einrichtung der Hafensicherheitskommission die Zusammenarbeit von Behörden, Unternehmen und Verbänden der Hafenwirtschaft verbessert und damit ein wichtiger Beitrag zur Gefahrenabwehr, zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und zur Stärkung der inneren Sicherheit am Hafen- und Handelsstandort Hamburg geleistet. Dabei gewährleistet die Behörde für Inneres in Zusammenarbeit mit den anderen Kommissionsmitgliedern insbesondere die Weiterentwicklung von präventiven Maßnahmen zum Schutz der Schifffahrt und für die Hafensicherheit, um so auch die Attraktivität des Standortes Hamburg für Investitionen und Unternehmensansiedlungen weiter zu steigern.

Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit

Wichtiger Aspekt der Lebensqualität und der Attraktivität der Metropole Hamburg ist darüber hinaus das saubere Erscheinungsbild der Stadt. Eine Verwahrlosung öffentlicher wie privater Flächen, z. B. durch unerlaubte Müllablagerungen, Hunde- und Taubenkot, Wildkraut im Straßenraum, verunreinigte Verkehrszeichen und Straßennamensschilder sowie Graffiti und ähnliche Erscheinungsformen störender Verhaltensweisen, sind geeignet, die Lebensqualität in Hamburg zu beeinträchtigen, die

Sicherheit und das Sicherheitsgefühl negativ zu beeinflussen und die Attraktivität Hamburgs zu vermindern.

- **Städtischer Ordnungsdienst**

Daher wurde ein Städtischer Ordnungsdienst, angebunden bei der Behörde für Inneres - Einwohner-Zentralamt, ab dem 01.01.2003 mit zunächst 30 Personen eingerichtet, der im Laufe der nächsten zwei Jahre auf 60-70 Personen aufgestockt werden soll. Die Beschäftigten des Ordnungsdienstes tragen eine einheitliche Dienstkleidung, um als Ordnungsdienst erkennbar zu sein. Sie sollen eine mehrwöchige Ausbildung an der Landespolizeischule erhalten, die sie in die Lage versetzt, die ihnen übertragenen Aufgaben sensibel, aber konsequent und rechtmäßig wahrzunehmen.

- **Handlungskonzept zur Verbesserung der Sauberkeit in der Stadt**

Darüber hinaus wird ein umfassendes Handlungskonzept der Behörde für Umwelt und Gesundheit zur Verbesserung der Sauberkeit in der Stadt mit Maßnahmenansätzen in verschiedenen Problembereichen umgesetzt. Auch hierbei wird der Städtische Ordnungsdienst präventive Wirkung erzielen. Im Sauberkeitskonzept sind folgende Aktionsschwerpunkte vorgesehen:

- Ausbau der Hotline "Saubere Stadt" der Stadtreinigung: Die Hotline 2576 1111 ist montags bis sonnabends von 7-19 Uhr geschaltet; daneben können Meldungen auf einen Anrufbeantworter gesprochen werden. Ziel ist es, das gemeldete Ärgernis spätestens drei Tage nach Anruf zu beseitigen.
- Fortführung der Reinigung "aus einer Hand" durch die Stadtreinigung im Schanzen- und Karolinenviertel sowie Ausweitung auf St. Georg und den Bereich Reeperbahn.
- Durchführung eines Pilotprojektes "Dog-Stations": An zunächst 35 ausgewählten Grünanlagen und Einkaufsstraßen in vier Bezirken werden Plastikbeutelspender und Abfallbehälter für Hundekot aufgestellt.
- Einführung eines rechtlich vorgeschriebenen Fütterungsverbotes für Tauben seit dem 4. April 2003 und Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit.
- Erhöhung der Mittelansätze und Bildung von Zweckzuweisungen an die Bezirksämter im Umfang von 3 Mio. EUR für die Pflege des Straßenbegleitgrüns und die Reinigung und Pflege öffentlicher Grün- und Erholungsanlagen und Spielplätze.
- Einsatz zusätzlicher Haushaltsmittel zur Reinigung von Verkehrszeichen und Straßennamensschildern.
- Fortführung des Anti-Graffiti-Programms (in modifizierter Form).

Die mit dem Städtischen Ordnungsdienst und der Umsetzung des Sauberkeitskonzepts gemachten Erfahrungen werden nach 6 Monaten ausgewertet, um ggf. das Gesamtkonzept zu verbessern und neue Maßnahmen umzusetzen.

5. Stärkung der Metropolregion Hamburg

Hamburg bildet zusammen mit 14 umliegenden Landkreisen aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen die Metropolregion Hamburg. Die Kooperation sowohl innerhalb dieser Metropolregion als auch mit anderen Metropolregionen wird von Jahr zu Jahr enger. Damit wird auf die steigende Zahl von Aufgaben reagiert, die sich nur durch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit optimal lösen lassen.

5.1 Verstärkte Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg

Die Zusammenarbeit Hamburgs im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein ist im vergangenen Jahr entscheidend weiterentwickelt worden:

- Mit der Herausgabe eines vierteljährlichen Newsletters ab Anfang 2002 und einer umfangreichen deutsch-englischen Informationsbroschüre im Dezember 2002 wurde eine regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit eingeführt.
- Zahlreiche Workshops, u.a. zu den Themen Innerregionale Vernetzung, Innenentwicklung, Soziale Segregation, Flächenverbrauch und Einzelhandelsentwicklung haben die inhaltliche Debatte zu wichtigen Fragen der Metropolregion Hamburg vorangebracht.
- Mit der Evaluation der bestehenden Leitprojekte, der Norddeutschen Projektbörse und vor allem dem Start zum Wettbewerb "Neue Leitprojekte und Modellprojekte" wurden neue Impulse für die projekt- und praxisorientierte Zusammenarbeit initiiert. Im Herbst 2003 sollen die Gewinner aus dem Wettbewerb prämiert und dadurch neue Projektideen und Themen der Zusammenarbeit erschlossen werden.

Die Workshop-Reihe wird in diesem Jahr fortgeführt. Am 9. Mai 2003 wurden in einem Workshop "Verkehr" erste Ergebnisse der Bundesverkehrswegeplanung untereinander in der Metropolregion und gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr erörtert. Die Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans ist von hoher Bedeutung, da leistungsfähige Verkehrswege eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung der Wirtschaftskraft und Lebensqualität in der Metropolregion darstellen. Sie sichern die Erreichbarkeit innerhalb der Region und eine leistungsfähige überregionale Anbindung.

Ein stärkeres Gewicht haben, nicht zuletzt durch die Airbus-Erweiterung, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Themen erlangt. Dies drückt sich auch in den weiteren geplanten Workshops aus. So ist ein Workshop zur Arbeitsmarktpolitik vorgesehen, der über administrative Grenzen hinweg (z.B. Bergedorf, Reinbek, Wentorf) Wege aufzeigen soll, wie eine Zusammenarbeit bei der Verbindung von Arbeitsmarkt- und Sozialverwaltung erfolgen kann. Für den Herbst ist ein Wirtschafts-Workshop zur Entwicklung eines internationalen Kompetenzzentrums Kabinensysteme (Inneneinrichtung und Kabinenelektronik) geplant. Dieser Workshop wird zusammen mit der "Initiative Luftfahrtstandort Hamburg" entwickelt.

In weiteren Workshops soll im Laufe des Jahres 2003 das Thema "Gender Mainstreaming" erschlossen und die Thematik "Flächensparendes Bauen" fortgeführt werden.

"E-Government in der Metropolregion" ist eines der Leitprojekte. Durch eine Behördenvernetzung soll der Bürgerservice verbessert werden. Künftig sollen bei einem Umzug alle erforderlichen Meldevorgänge bei irgendeinem Einwohnermeldeamt innerhalb der Metropolregion erledigt werden können. Ende Juli 2003 wird als Ergebnis eines halbjährigen Projektes, an dem Modellandkreise und Kommunen gemeinsam mit Hamburg gearbeitet haben, eine Machbarkeitsstudie vorgelegt. Bei positiven Ergebnissen soll die Umsetzung im Landkreis Harburg, der Stadt Hamburg und dem Kreis Segeberg zunächst im Bereich Melde- und Kfz-Wesen beginnen.

Die zunehmende Themenvielfalt und damit die steigende Zahl der beteiligten Akteure machen eine Überprüfung der bestehenden Organisationsstruktur der Gemeinsamen Landesplanung notwendig. Der Analyse- und Diskussionsprozess wird von den Koordinatoren der Gemeinsamen Landesplanung mit Hilfe externer Unterstützung seit Mai 2003 vorbereitet. Dem Lenkungsausschuss sollen mit Hilfe von Szenarien verschiedene Handlungsoptionen aufgezeigt werden. Der Senat wird sich voraussichtlich im II. Quartal 2004 mit dem Thema befassen.

Außerdem soll ein norddeutsches Strukturkonzept zur Profilierung des Standortes Norddeutschland entwickelt werden. Von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung ist hierfür als erster Schritt ein Positionspapier über die "Entwicklungspotenziale der nordwestdeutschen Länder" vorgelegt worden. Auf der Konferenz Norddeutschland am 3. Dezember 2003 in Hamburg sollen erste Empfehlungen für ein gemeinsames Handeln der Nordländer beschlossen werden. Aufgrund des Regierungswechsels in Niedersachsen Anfang 2003, das die Federführung für diesen Auftrag hat, wird das endgültige Konzept nicht vor Mitte 2004 vorliegen.

Als Antwort auf die zunehmende Konkurrenz zwischen den Regionen in Folge der Globalisierung wird ferner eine Internationalisierungsstrategie für die Metropolregion Hamburg erarbeitet. Hierzu wird am 15. September 2003 ein Workshop mit den Akteuren der Metropolregion aus Politik, Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Verwaltung durchgeführt. Ziel ist es, gemeinsame Stärken und Cluster von Stadt und Umland zu definieren und die dafür notwendigen Strukturen und Maßnahmen zu diskutieren. Das Internationalisierungskonzept soll ebenfalls auf der Sitzung des Planungsrates am 27. November 2003 diskutiert werden. Dem Senat wird hierüber Anfang 2004 Bericht erstattet.

5.2 Verstärkte Kooperationen mit anderen Metropolregionen

Die Erfolgsgeschichte der Kooperation in der Metropolregion Hamburg hat dazu geführt, dass auch andere Gebiete an einer engeren Zusammenarbeit interessiert sind. Mit den Landkreisen Nordwest-Mecklenburg und Ludwigslust einerseits und Lübeck andererseits wurde daher auf deren Antrag im Juni 2003 eine projektorientierte Zusammenarbeit vereinbart. Diese beinhaltet die Teilnahme an den thematischen Arbeitsgruppen des Regionalen Entwicklungskonzeptes und den Modell- und Leitprojekten, die wesentlich zur Weiterentwicklung der Kooperation in der Region beitragen.

Für die Stadt Hamburg ist darüber hinaus eine enge bilaterale Kooperation mit der Stadt Lübeck sinnvoll. So stellt der Lübecker Hafen quasi das Tor Hamburgs in den

Ostseeraum dar. Ferner wurde im letzten Jahr der HVV auf schleswig-holsteinischem Gebiet bis an die Lübecker Grenze ausgeweitet. Um diese Zusammenarbeit zu stärken und weiter auszubauen, wurde am 10. Juni 2003 zwischen den beiden Hansestädten eine Vereinbarung über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit geschlossen. Die Vereinbarung sieht regelmäßige Treffen der Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister vor. Die Hamburger Behörden und Lübecker Verwaltungseinheiten sind aufgefordert, bis Ende 2003 konkrete Kooperationsprojekte zu vereinbaren und mit der Umsetzung zu beginnen. Im Vorfeld der Vereinbarung wurden u.a. folgende Themenfelder für eine aussichtsreiche Städtekooperation identifiziert:

- Verkehrsinfrastruktur (u.a. Zusammenarbeit im technischen Bereich)
- Hafen (Ausbau der bestehenden Kooperation)
- Tourismus (z.B. gemeinsame Werbung ausländischer Touristen)
- Wirtschaftsentwicklung und Gesundheitswirtschaft (z.B. im Bereich der Medizintechnik)
- Wissenschaft (z.B. komplementärer Aufbau von Studien- und Aufbaustudiengängen)
- Kultur, Schule und Jugend (z.B. Zusammenarbeit in Infrastruktur, Forschung oder Bildungs- und Kulturtourismus)
- Verwaltungsmodernisierung (z.B. im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie).

Die Globalisierung und die anstehende Erweiterung der Europäischen Union führen dazu, dass strategische Allianzen mit Regionen im Ostseeraum wichtiger werden. Für Hamburg bietet sich zunächst eine Kooperation mit der Region Kopenhagen/Malmö aufgrund deren strategisch günstiger Lage und wirtschaftlicher Stärke an. Um die vorhandenen Potenziale weiter auszubauen und den europäischen Integrationsprozess voranzubringen, hat der Hamburger Senat daher mit Verabschiedung des Leitbilds "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" entschieden, eine Metropolenkooperation mit Kopenhagen/Malmö aufzubauen. Bei der gegenwärtigen Umsetzung dieses Auftrages kann auf die guten Erfahrungen aus dem INTERREG III-Projekt STRING II zurückgegriffen werden. Insbesondere im Bereich Design-Wirtschaft bestehen bereits gute Kontakte zu Akteuren und Institutionen aus der Region. Zur Beschleunigung des Prozesses wurde eine Agentur hinzugezogen, so dass bis Anfang 2004 im Rahmen des Metropolitan-Forums Kooperationsfelder identifiziert und konkrete Kooperationsprojekte festgelegt und dem Senat zum Beschluss vorgelegt werden können. Ziel ist es u.a., auf den Gebieten Tourismus, Life Science und Kultur zu gemeinsamem Handeln zu kommen, sowie einen Austausch zu speziellen Themen zu organisieren, wie Innere Sicherheit und Migration in Großstädten.

Metropolregionen fungieren zunehmend als "Motoren der Entwicklung". Gleichzeitig haben sie aufgrund administrativer Grenzen mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Vor diesem Hintergrund hat Hamburg sich mit 7 anderen europäischen Metropolregionen in Deutschland (Berlin-Brandenburg, Frankfurt/Rhein-Mainz, Halle/Leipzig-Sachsendreieck, Hannover, München, Rhein-Ruhr und Stuttgart) in einem Initiativkreis zusammengeschlossen, der rund 34 Millionen Einwohner - das sind mehr als ein Drittel der Bundesbevölkerung - repräsentiert. In diesem Kreis wurde ein Strategiepapier mit Forderungen in Richtung der deutschen und europäischen Politik erarbeitet und im April 2003 auf einer Tagung des europäischen Netzwerkes der

Großräume (METREX = The European Network of Metropolitan Regions and Areas) veröffentlicht. Gefordert wird ein Paradigmenwechsel in der Regionalpolitik: Metropolregionen als relativ strukturstarke und "reiche" Gebiete benötigen gleichwohl eine stärkere Förderung als bisher, z.B. hinsichtlich der Ausstattung mit Infrastruktur. Denn nur dann sind sie in der Lage, die im Wesentlichen von ihnen ausgehenden Impulse hinsichtlich Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen zu optimieren. Es muss daher künftig darum gehen, die Stärken zu stärken. Darüber hinaus muss auf die Probleme, die aus einer kommunalen oder länderübergreifenden Zusammenarbeit entstehen, stärker Rücksicht genommen werden, denn Metropolregionen machen nicht an administrativen Grenzen halt. Um diesen Forderungen zusätzlichen Nachdruck zu verleihen, wird Hamburg das Strategiepapier in der Fachministerkonferenz für Raumordnung beraten lassen.

6. Familienförderung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien

Attraktive Lebensbedingungen für junge Familien mit Kindern sind von entscheidender Bedeutung, um die Abwanderung ins Umland zu reduzieren und die soziale Struktur der Bevölkerung in Hamburg zu stabilisieren. Das Ziel des Senats ist es daher, Hamburg zu einer attraktiven Stadt für Familien mit Kindern zu machen. Für die Förderung von Familien sind die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ein gutes Betreuungsangebot für Kinder ebenso wichtig wie ein überzeugendes Schul- und Ausbildungsangebot, eine funktionierende gesundheitliche Versorgung, öffentliche Sicherheit, bezahlbarer Wohnraum in kinderfreundlicher Umgebung und ausreichende Spielräume für Kinder.

6.1 Familienpolitisches Programm

Die Leitlinien des Familienpolitischen Programms der Behörde für Soziales und Familie lauten:

- Die Lebensbedingungen für Familien in Hamburg sollen verbessert werden. Es muss deutlich werden: Familien mit Kindern sind in Hamburg erwünscht.
- Familien mit Kindern sollen bei der Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben gegenüber kinderlosen Erwachsenen in Hamburg nicht benachteiligt werden.
- Junge Eltern sollen in ihrer Elternrolle unterstützt und in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden. Dazu werden ergänzend zum bestehenden Unterstützungsangebot neue Maßnahmen ergriffen, um junge Menschen bei der Entscheidung für Kinder zu unterstützen.

Familienpolitik betrifft als Querschnittsaufgabe viele Bereiche. Deshalb hat die Behörde für Soziales und Familie im August 2002 die behördenübergreifende Arbeitsgruppe "Familien- und kinderfreundliches Hamburg" unter Beteiligung der Behörde für Bau und Verkehr, der Behörde für Bildung und Sport, der Behörde für Umwelt und Gesundheit, des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten, der Bezirksämter, der Kulturbehörde, der Finanzbehörde, des Senatsamtes für die Gleichstellung und der Senatskanzlei ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe soll es künftig sein, die für die Stadt relevanten Planungen und Vorhaben auf ihre "Familientauglichkeit" zu prüfen. Die Arbeitsgruppe tagt seitdem regelmäßig im Rhyth-

mus von acht Wochen und arbeitet zurzeit an der Umsetzung der entsprechenden Petita der Drucksache "Leitbild: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" und entwickelt neue Vorschläge.

(8.) Der Senat beauftragt die Behörde für Soziales und Familie, unter Einbeziehung der Arbeitsgruppe "Familien und kinderfreundliches Hamburg" relevante zukünftige Politikentscheidungen daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie geeignet sind, die Lebensbedingungen von Familien in Hamburg zu verbessern. Hierzu ist die Behörde für Soziales und Familie regelhaft an der externen Abstimmung entsprechender Drucksachen anderer Behörden zu beteiligen.

Die Behörde für Soziales und Familie hat zur Umsetzung des Familienpolitischen Programms im Bereich der Stärkung der Elternrolle junger Eltern eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet. Die hierfür eingesetzten Mittel stammen überwiegend aus den im Rahmen der Bürgerschaftsbeschlüsse zur "Weiterentwicklung der Jugendhilfe" (Drucksachen 17/664 und 17/1880) erfolgten Umschichtungen, im Übrigen aus den regulär veranschlagten Haushaltsmitteln.

- Gemeinsam mit dem Deutschen Kinderschutzbund hat die Behörde für Soziales und Familie das Elterntrainingsprogramm "**Starke Eltern – starke Kinder**" realisiert. In Elternkursen wird ein Modell anleitender Erziehung vermittelt, und es werden Multiplikatoren ausgebildet, die anschließend in Familienbildungsstätten und Beratungsstellen Elternkurse anbieten können.
- Seit dem Jahr 2003 wird das **Welcome-Projekt** in der Familienbildungsstätte Niendorf zur Unterstützung von Familien nach der Geburt eines Kindes gefördert. Durch ehrenamtliche Helferinnen werden schnelle und unbürokratische Hilfen für Mütter und auch Väter, die nach der Geburt eines Kindes sehr belastet sind, angeboten.
- Der Dialog der Generationen wird durch das **Projekt "Oma-Hilfsdienst"** unterstützt. Es erleichtert durch Qualifizierung der Laienarbeit von Senioren flexible und unbürokratische Unterstützung von Familien bei der Betreuung und Versorgung.
- Der Deutsche Kinderschutzbund führt ein **Projekt "Frühe Hilfen"** durch. Im Rahmen dieses Projektes soll ein Beratungstelefon für Eltern mit Fragen zum Thema "Rund um die Geburt" eingerichtet werden. Des Weiteren ist geplant, ein Gruppenangebot für Teenager mit Babys zu entwickeln und modellhaft durchzuführen.
- Die **Väterkampagne 2003 "Väter wollen mehr"** des Väterzentrums Hamburg e.V. soll durch verschiedene Veranstaltungen sowohl Väter als auch Multiplikatoren der Familienbildung und –beratung informieren mit dem Ziel, Väter dabei zu unterstützen, die richtige Balance von Familie, Beruf und Freizeit herzustellen.
- Das Senatsamt für die Gleichstellung hat gemeinsam mit der Elternschule Altona ein neues **Bildungskonzept für Väter** entwickelt, das zurzeit praktisch erprobt wird. Ziel ist es, Väter in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken und sie zu einer stärkeren Beteiligung an der Familienarbeit zu motivieren.

- Das Senatsamt für die Gleichstellung hat darüber hinaus in Kooperation mit der Beruf und Familie gGmbH und dem Väterzentrum Hamburg e.V. ein Modellprojekt "**vaeter.de – Online-Informations- und Beratungsangebot für Väter**" entwickelt, das ab November 2003 im Internet zugänglich sein wird und zu allen relevanten Bereichen der Vaterschaft mit dem Schwerpunkt "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" Beratung und Informationen anbietet.
- Durch Angebote des **betreuten Umgangs** wird dazu beigetragen, nach einer Trennung oder Scheidung die Elternverantwortung zu verbessern. Kindern soll auch in konfliktreichen Trennungs- und Scheidungssituationen der Kontakt zu ihrem nicht sorgeberechtigten Elternteil ermöglicht werden.
- Die Vereinigung Hamburger Kinderstagesstätten führt ein Modellprojekt in Eltern-Kind-Gruppen durch, bei dem **Sprachkurse für Eltern und Kinder mit Migrationshintergrund** im Rahmen der Kindertagesbetreuung angeboten werden. Ziel ist es, die Kinder bereits in frühem Alter sprachlich zu fördern und die erzieherische und sprachliche Kompetenz der teilnehmenden Eltern – insbesondere der Mütter - zu verbessern.

Die Behörde für Soziales und Familie beabsichtigt neben den bereits genannten Maßnahmen weitere Aktivitäten zur Förderung von Familien bzw. hat diese bereits umgesetzt:

- So wurde am 16. Juni 2003 erstmals ein **Hamburger Familienforum** durchgeführt. Das Familienforum soll dazu beitragen, dass Familien öffentlich mehr Beachtung und Unterstützung finden. In Zukunft sollen jährlich im Rahmen des Familienforums Veranstaltungen angeboten werden, die von Vorträgen für Eltern über Fachtagungen für Fachkräfte bis hin zu Festen für die ganze Familie reichen. Zugleich ist das Hamburger Familienforum auch ein Aktionsbündnis unterschiedlicher Partner, die als Unternehmen, als Anbieter kultureller Angebote oder als Träger von Familien-, Sozial- und Freizeiteinrichtungen das Leben der Hamburger Familien stützen und bereichern wollen.
- Seit dem Jahr 2002 wird der Betrieb eines **Elterntelefons** in Trägerschaft des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) gefördert. Das Elterntelefon soll es Eltern erleichtern, möglichst frühzeitig Beratung und Unterstützung bei Konflikten mit Kindern und in familiären Krisen in Anspruch zu nehmen. Die Förderung wurde im Jahr 2003 ausgeweitet.
- Am 17.12.2002 (Drucksache 2002/1413) hat der Senat die Globalrichtlinie "**Förderung der Familienerholung und Familienfreizeit**" beschlossen. Hiermit wird erreicht, dass zukünftig mehr Familien Unterstützung für Familienerholungsmaßnahmen beantragen können. Bislang kamen nur Familien für eine Förderung in Betracht, deren Einkommen nicht höher lag als das 1,5-fache des Sozialhilfe-Regelsatzes. Diese festgelegte Grenze bedeutete für eine große Zahl von Familien mit geringem Einkommen den Ausschluss von einer möglichen Förderung des Familienurlaubs und von Familienfreizeiten. Die neue Regelung hebt diese Grenze auf das 2-fache des Sozialhilfesatzes an.

(9.) Der Senat beauftragt die Behörde für Soziales und Familie, über die Weiterentwicklung des Familienpolitischen Programms dem Senat bis zum I. Quartal 2004 zu berichten.

6.2 Einführung eines Familienpasses

Die Behörde für Familie und Soziales wird am 1. Januar 2005 einen **Familienpass** einführen. Er soll sich an alle Hamburger Familien mit Kindern unabhängig vom Einkommen richten, zahlreiche (ca. 150) Angebote aus den Rubriken Sehenswertes, Theater, Musik, Kultur und Sport enthalten und das ganze Jahr über gelten. Für diese Angebote sollen die Familien Vergünstigungen auf folgenden drei Ebenen erhalten:

- freier Eintritt für eine bestimmte Zahl von Veranstaltungen (u.a. Sportveranstaltungen);
- ermäßigter Eintritt für eine bestimmte Zahl von Veranstaltungen (u.a. Hafensrundfahrt, besondere Fleetfahrten, kulturelle Veranstaltungen);
- kostengünstige Familienkarten für eine bestimmte Zahl von Einrichtungen (u.a. Schwimmbäder, Hagenbeck).

Der Familienpass soll als Public-Private-Partnership-Projekt realisiert werden. Hierfür soll ein Träger der Jugendhilfe die Aufgabe übernehmen, Unternehmen und Einrichtungen zu gewinnen, den Differenzbetrag zwischen dem Normalpreis und dem vergünstigten Preis zu sponsern. Im Gegenzug erhalten diese Firmen die Möglichkeit, mit einem Logo, das als Erkennungsmerkmal für den Familienpass dienen soll, für ihr Produkt zu werben. Die Behörde für Soziales und Familie plant, dazu Mittel in Höhe von etwa 50.000 EUR zur Verfügung zu stellen.

6.3 Maßnahmenkatalog: Kinderfreundliche Gestaltung und Verbesserung der Spielraum-Situation

In der Arbeitsgruppe "Familien- und kinderfreundliches Hamburg" wurde mit den beteiligten Behörden ein Maßnahmenkatalog für eine kinderfreundliche Gestaltung der Stadt erarbeitet. Zur Umsetzung wurden u.a. folgende Maßnahmen verabredet:

- Auch der städtische Straßenraum ist Lern- und Erfahrungsraum für Kinder. Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass mit wenig Aufwand Kinder interessierende und anregende Objekte in Fußgängerzonen installiert werden können. Daher sollen Möglichkeiten der kinderfreundlichen Gestaltung der innerstädtischen Fußgängerzonen geprüft werden.

(10.) Der Senat beauftragt die Behörde für Soziales und Familie, in Kooperation mit der Arbeitsgruppe "Familien- und kinderfreundliches Hamburg" unter Berücksichtigung von Public-Private-Partnership Vorschläge für eine kinderfreundliche Gestaltung der innerstädtischen Fußgängerzonen zu entwickeln und der Senatskommission für Stadtentwicklung über Möglichkeiten der Realisierung bis zum IV. Quartal 2003 zu berichten.

- Im Rahmen des Kooperationsprojekts "**Gesunde, soziale Stadt Hamburg**" der Behörde für Umwelt und Gesundheit zusammen mit anderen Behörden und in Kooperation mit der Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung sollen in den Stadtteilen Horn, Jenfeld und Lurup die gesundheitliche Lage und

insbesondere die Rahmenbedingungen für ein ausgewogeneres Ernährungs- und aktives Bewegungsverhalten verbessert werden.

- Die Behörde für Bau und Verkehr plant für das nächste Jahr die Ausschreibung eines **Wettbewerbs für Jugendliche zur Gestaltung eines öffentlichen Platzes**. Jugendliche sollen dabei nicht nur in die Gestaltung, sondern auch in die Umsetzung einbezogen werden. Der Platz soll voraussichtlich Ende 2004 bzw. Anfang 2005 eröffnet werden.
- Die Behörde für Bau und Verkehr wird auf der Grundlage einer **Bestandsaufnahme und Bewertung der für Kinder und Jugendliche relevanten Freiflächen in einem noch auszuwählenden Bezirk** als Pilotgebiet Planungsgrundsätze und Strategien für eine kinderfreundliche Stadtentwicklung erarbeiten. Dabei sollen Kinder und Jugendliche beteiligt werden. Das Pilotprojekt soll Ende 2004 abgeschlossen sein.
- Die Behörde für Umwelt und Gesundheit setzt das **Programm "Spielraum Stadt"** fort, mit dem in den vergangenen Jahren stadtteilbezogen Freiflächenkonzepte zur Verbesserung der Spiel-, Bewegungs- und Aufenthaltsangebote für Kinder und Jugendliche erarbeitet und umgesetzt worden sind. Der Stadtteil bzw. das Quartier wird insgesamt als potenzieller Spielraum betrachtet. Bearbeitungsschwerpunkte sind Bereiche der Inneren Stadt, Wohnquartiere mit hohem Kinderanteil und Gebiete der sozialen Stadtteilentwicklung. Ab Mitte 2003 soll mit der Bearbeitung der Maßnahmenkonzepte für zwei Stadtquartiere begonnen werden. Sowohl die Planung als auch die Umgestaltung von Spielflächen wird regelhaft mit direkter und aktiver Beteiligung von Kindern und Jugendlichen geschehen. Im Übrigen soll das Programm "Spielraum Stadt" inhaltlich weiterentwickelt werden. Nachdem die jüngeren Kinder bislang im Fokus standen, sollen jetzt die Bewegungs- und Aufenthaltsbedürfnisse der Jugendlichen stärker im Vordergrund stehen. Auch sie brauchen Orte im Stadtteil (oder auch in erreichbaren Nachbarstadtteilen), wo sie sich treffen und wohl fühlen können (solche Orte sind z.B. der Streetballplatz im Grünzug Dulsberg oder der geplante Jugendsportpark im Volkspark Altona).

(11.) Der Senat beauftragt die Behörde für Umwelt und Gesundheit, die Konzeption "Spielraum Stadt" mit dem Schwerpunkt "Lebensqualität für Jugendliche im Stadtteil" fortzuschreiben und der Senatskommission für Stadtentwicklung ein Handlungskonzept bis zum I. Quartal 2004 vorzulegen.

6.4 Verbesserung der Kinderbetreuung

Für die Wohnortentscheidung junger Familien ist das Vorhandensein eines bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebots, das es ermöglicht, die Erfordernisse von Familie und Beruf in Einklang zu bringen, von zentraler Bedeutung. Folgende Maßnahmen wurden dazu von der Behörde für Bildung und Sport umgesetzt:

- **Einführung des Kita-Gutschein-Systems**
Am 10. April 2003 hat die Hamburger Bürgerschaft das Gesetz zur Angebotsentwicklung und Finanzierung der Kindertagesbetreuung in der Freien und Hansestadt Hamburg beschlossen. Damit sind die rechtlichen Voraussetzungen dafür

geschaffen, das "Kita-Gutschein-System" zum 1. August 2003 in Hamburg einzuführen. Das System gestaltet das Verhältnis von Angebot und Nachfrage erstmals nach Marktgesichtspunkten. Hierdurch entstehen erhöhte Anreize zur Steigerung der Angebotsqualität und zu einer an der tatsächlichen Nachfrage orientierten Angebotsentwicklung in den Einrichtungen. Die Förderkriterien räumen den Betreuungsnotwendigkeiten der Kinder berufstätiger Eltern eine höhere Priorität als bisher ein. Das ist ein wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Hamburger Vorhaben hat inzwischen auch für andere Kommunen Modellcharakter.

- **Senkung der Elternbeiträge**

Parallel zur Einführung des Kita-Gutschein-Systems werden die Elternbeiträge zum 1. August 2003 um durchschnittlich 10 % gesenkt, da das Kindergeld nicht mehr zum Familieneinkommen gerechnet wird.

- **Verbesserung der Tagespflege**

Im Bereich der Tagespflege werden ebenfalls ab 1. August 2003 finanzielle Anreize geschaffen, um die Tagesmütter und -väter zur Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen zu motivieren. Auf diese Weise soll die Qualität dieses flexiblen und für Familien mit wechselnden Arbeitszeiten besonders geeigneten Angebots weiter verbessert werden.

- **Stärkere Einbindung von Unternehmen und Betrieben in die Kinderbetreuung**

In Hamburg werden derzeit von acht Wirtschaftsbetrieben betriebliche Kindertagesstätten unterhalten. Sie werden anteilig durch eine monatliche Förderung in Höhe von ca. 100 EUR pro betreutem Hamburger Kind finanziert. Außerdem besteht für Betriebe die Möglichkeit, gegen eine Zahlung von rund 7.700 EUR für fünf Jahre Belegungsrechte in Hamburger Tageseinrichtungen zu erwerben. Zurzeit wird ein weiteres Finanzierungsmodell erarbeitet, nach dem Anbieter von Tageseinrichtungen, die Betrieben Belegungsrechte einräumen, mit monatlich bis zu 275 EUR je betreutem Hamburger Kind gefördert werden können.

6.5 Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde das Senatsamt für die Gleichstellung vom Senat beauftragt, einen Dialog "Familienbewusste Personalpolitik" mit Hamburger Unternehmen zu beginnen, mit dem ein Informations- und Erfahrungsaustausch über innovative betriebliche Personalansätze unterstützt werden soll. Unternehmen sollen motiviert werden, ihre Personalpolitik stärker an familiären Bedürfnissen auszurichten.

Die Auftaktveranstaltung "Familienfreundlichkeit – ein Wettbewerbsfaktor für Unternehmen?" zur Eröffnung des Dialoges am 26. November 2002 stellte die Bandbreite möglicher familienbewusster Maßnahmen sowie deren Nutzen für Unternehmen vor. Angesprochen wurden Themen wie flexible Arbeitszeitgestaltung, Telearbeit, familienbewusste Personalplanung insbesondere beim Umgang mit Elternzeiten, Einbeziehung von Vätern, flankierende Angebote – wie die Unterstützung bei der Kinderbetreuung – und die interne Informations- und Kommunikationspolitik der Unternehmen.

Im ersten ergänzenden Workshop für mittelständische Unternehmen am 29. Januar 2003 standen praktische Ansatzmöglichkeiten der präsentierten Maßnahmen im eigenen Betrieb sowie die Entwicklung von Handlungsschritten zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen im Mittelpunkt.

Das zweite Fachforum "Fachpersonal halten, Potenziale sichern! Umgang mit Elternzeiten in der Personalplanung" am 27. Februar 2003 befasste sich mit der Gestaltung betrieblicher Planung, um Fachkräfte auch über Elternzeiten hinaus für das Unternehmen zu sichern und deren Qualifikation zu erhalten. Auch hierzu wurde ergänzend ein Workshop zur Unterstützung der Entwicklung praktischer Maßnahmen durchgeführt.

Das dritte Fachforum "Flexible Arbeitszeitgestaltung. Zentraler Aspekt einer zukunftsorientierten Unternehmensführung" fand am 26. Juni 2003 statt.

Die Veranstaltungen treffen auf zunehmende Resonanz. Es nahmen Geschäftsführungen, Personalleitungen, Führungskräfte, Betriebsratsmitglieder und Beauftragte für Chancengleichheit aus Hamburger Unternehmen und Wirtschaftsinstitutionen teil.

Die Fachforen und Workshops werden im laufenden Jahr und in 2004 weitergeführt. Auch auf die besonderen Bedarfe des Handwerks zugeschnittene Veranstaltungen sind in den Dialog aufgenommen worden. Am 30. Juni 2003 wurde in Kooperation mit der Handwerkskammer die Veranstaltung "Auch morgen wettbewerbsfähig! Aspekte einer zukunftsorientierten Personalpolitik im Handwerk!" durchgeführt.

Die erste Handreichung für Unternehmen wird Chancen, Maßnahmen und Nutzen einer familienbewussten Personalpolitik darstellen und erscheint im Sommer 2003.

6.6 Verbesserung der urbanen Lebensqualität für Familien

Neben der Verfügbarkeit innenstadtnahen und bezahlbaren Wohnraums sowie dem Angebot an Arbeitsplätzen ist die urbane Lebensqualität ein wichtiger Faktor bei der Entscheidung für einen städtischen Wohnstandort. Voraussetzung ist, dass sich die Menschen in der Stadt wohl fühlen und Angebote für ihre Freizeitbedürfnisse in der Nähe ihrer Wohnungen finden.

Wenn sich z. B. für viele jüngere Menschen mit der Gründung einer Familie noch die Vorstellung verbindet, mit dem ersten Kind ins Grüne ziehen zu müssen, dann häufig deshalb, weil das Leben in der Stadt für ein Kind als zu gefährlich und die Ausstattung mit Grünflächen als ungenügend bewertet wird. Für diese Gruppe von Stadtbewohnern ist es notwendig, die infrastrukturelle Ausstattung zu verbessern, d.h. Wohnumfeld, Straßenräume und Spielplätze aufzuwerten, Möglichkeiten für eine flexible Kinderbetreuung bereitzustellen und weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Wohngebieten durchzuführen.

Mit dem Programm "Spielraum Stadt", das von der Behörde für Umwelt und Gesundheit mit den Gartenbauabteilungen der Bezirksämter umgesetzt wird, lässt sich ein qualitatives Wachstum für Familien mit Kindern initiieren und stabilisieren (siehe Kap. 6.3).

Einen wesentlichen Maßstab für die Lebensqualität in der Stadt bilden die gesundheitliche Lage der Bevölkerung und die Qualität des Versorgungsangebots. Im Rahmen der sog. weichen Standortfaktoren sollten daher auch gesundheitsbezogene Indikatoren berücksichtigt werden, wie sie von der Gesundheitsberichterstattung (GBE) dokumentiert werden. Damit verfügt die Stadt Hamburg über ein Monitoring-Instrument, mit dem die Entwicklung der Gesundheit begleitet und Grundlagen für Steuerungsentscheidungen geschaffen werden.

6.6.1 Kleingärten als Angebote für Familien

Kleingärten bieten und sichern aufgrund ihrer vielfältigen Funktionen Lebensqualität in der Metropole Hamburg. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit Freizeit- und Erholungsflächen. Kleingärten sind wesentlicher Bestandteil des "vollständigen Wohnraums" (Wohnung und Garten) und tragen damit erheblich zur Wohnqualität und Wohnzufriedenheit in der Stadt bei.

Gerade vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren konstatierten "Stadtflucht" junger Familien mit Kindern kommt den Kleingärten ein besonderer Stellenwert zu: Ein häufig ausschlaggebendes Argument für die Umsiedlung ins Umland ist, den eigenen Kindern ein grünes, gefahrloses Umfeld zu bieten, das das Erleben der Natur ermöglicht. Dies lässt sich i.d.R. nur über einen eigenen Hausgarten erreichen. Kleingärten können in diesem Zusammenhang ein Angebot an junge Familien darstellen.

Die aktuellen Erhebungen zum Hamburger Kleingartenbedarf haben gezeigt, dass der Anteil an Familien mit Kindern unter 12 Jahren unter den Kleingarten-Nachfragenden dem durchschnittlichen Anteil der Familien an den Hamburger Haushalten entspricht. Hieran anknüpfend ergibt sich ein Steuerungsbedarf des Kleingartenwesens zugunsten von Familien mit Kindern, um diesen hochwertige Wohn- und Lebensverhältnisse bieten zu können und der Abwanderung junger Familien ins Umland entgegenzuwirken.

- Der Senat beauftragt die Behörde für Umwelt und Gesundheit, zu prüfen,**
- **(12.) wie in Abstimmung mit dem Landesbund der Gartenfreunde in Hamburg e.V. Kleingärten zukünftig verstärkt für Familien mit Kindern zugänglich gemacht werden können;**
 - **(13.) ob in Abstimmung mit der Behörde für Bau und Verkehr die städtebauliche Entwicklung neuer Wohngebiete durch eine räumliche Verzahnung mit Kleingartenflächen als hochwertige urbane Wohnform zur Reduzierung der Umlandabwanderung junger Familien beitragen kann**
- und der Senatskommission für Stadtentwicklung über die Ergebnisse im II. Quartal 2004 zu berichten.**

6.6.2 Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in Hamburg

Die ältere Generation ist eine zunehmend größer werdende Gruppe unserer Gesellschaft. Bereits heute sind etwa ein Viertel der Menschen in Hamburg älter als 60 Jahre. Gesundheit, Unabhängigkeit, Selbständigkeit, Teilhabe am öffentlichen Leben,

das sind nur einige Stichworte, die die Wünsche der Menschen nach einem möglichst aktiven Leben nach Berufstätigkeit und Familienarbeit charakterisieren. Zur Lebensqualität im Alter gehören neben einer seniorenrechtlichen Wohnung auch ein altersgerechtes Wohnumfeld und angemessene Grün- und Freiflächen in der Stadt. Hamburg hat in dieser Hinsicht gute Potenziale, die weiter entwickelt werden sollen.

Die Behörde für Umwelt und Gesundheit plant ein Programm "Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in Hamburg". Ziel ist, die grüne Freiraumstruktur in der Stadt, die sich durch ein weit verzweigtes Netz wohnungsnaher Parkanlagen, Kleingärten, Spiel- und Sportplätze, Grünzüge und grüner Wegeverbindungen auszeichnet, gerade für ältere Menschen leichter erreichbar, besser zugänglich und nutzbar zu machen und die kommunikativen Werte der Grünflächen zu steigern.

In einem ersten Werkstattgespräch wurden die Ziele und der Planungsstand Multiplikatoren von Hochschulen, Wohnungsunternehmen, Fachbehörden, Bezirksämtern, Verbänden und Vereinen vorgestellt. Die Resonanz war außerordentlich positiv.

Der Senat beauftragt die Behörde für Umwelt und Gesundheit,

- **(14.) im September 2003 ein Fachforum "Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in Hamburg" durchzuführen,**
- **(15.) bis zum III. Quartal 2004 ein Umsetzungskonzept "Freiraum und Mobilität für ältere Menschen" zu entwickeln, Pilotgebiete auszuwählen und der Senatskommission für Stadtentwicklung hierüber zu berichten.**

7. Zukunftsfähigkeit und Wachsende Stadt

Die Lebensqualität der Stadt zu erhalten und ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern ist essentielles Ziel des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt". Wachstum darf nicht den Hamburg prägenden Charakter der grünen Metropole am Wasser gefährden und auf Kosten der Lebensqualität gehen. Im Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" sind Wachstum und Sicherung der Lebensqualität kein Widerspruch. Der Strukturwandel der letzten Jahrzehnte hat in Hamburg viele Flächen freigesetzt. Im Gegensatz zu den Annahmen des Stadtentwicklungskonzeptes aus dem Jahr 1996 hat Hamburg keinen Flächenengpass. Es wird aber entscheidend darauf ankommen, durch Bautätigkeit und Verdichtung die vorhandenen Potenziale richtig zu nutzen, damit die Attraktivität der Stadt und die Lebensqualität für ihre Bewohner nicht beeinträchtigt werden. Die Nutzung von frei werdenden Flächen ist daher ein wichtiges Ziel der Strategie. Die HafenCity, die Harburger Schlossinsel und die Internationale Gartenschau 2013 zur Aufwertung der Wohngebiete in Wilhelmsburg sind Beispiele für die Revitalisierung von Räumen. Der Erhalt an Lebensqualität bedeutet nicht nur, Rücksicht auf diejenigen zu nehmen, die bereits ein Eigenheim haben, sondern auch denen eine Chance zu geben, die sich mit vertretbarem Aufwand eigene vier Wände schaffen wollen. Es gilt daher, weitere Wohngebiete, aber auch Arbeitsstättengebiete mit äußerster Sorgfalt auszuweisen und gleichzeitig vorhandene Flächen stärker zu verdichten. Sicherung der Zukunftsfähigkeit bedeutet auch, die Auswirkungen auf die nächste Generation mit zu bedenken. Grundlegende Entscheidungen müssen in längeren Zeitdimensionen gedacht werden. Nachfolgende Generationen müssen in die Lage versetzt werden, Hamburgs herausgehobene Stellung in Deutschland und der Welt weiterzuentwickeln.

Die Zukunftsfähigkeit der Stadt bezieht sich dabei nicht ausschließlich auf ökonomische Aspekte, sondern ist auch in den Bereichen Bildung, Ökologie und Soziales zu sichern. Neben den nachfolgend aufgeführten Handlungsfeldern zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt sind weitere im Bereich des Wohnungsbaus das ressourcenschonende Bauen (siehe Kap. 1.5.2), die Nutzung regenerativer Energien (siehe Kap. 2.1.7), im sozialen Umfeld das Konzept "Spielraum Stadt" für Kinder und Jugendliche (siehe Kap. 6.3), die Kleingärten als Naturraum für Familien mit Kindern (siehe Kap. 6.4) sowie urbane Angebote für ältere Menschen (siehe Kap. 6.9).

7.1 Nachhaltiges Wirtschaften und Ressourceneffizienz

Der Senat hat sich in der "UmweltPartnerschaft Hamburg" mit der Wirtschaft den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes verpflichtet. Er strebt eine wachsende Stadt mit einem möglichst geringen zusätzlichen Ressourcenverbrauch und möglichst ohne zusätzliche Klimagase an. Hierfür muss in den Wachstumsbereichen (Wirtschaft, Beschäftigung, Bevölkerung) der Ressourcenverbrauch minimiert und gleichzeitig anderweitig schonender mit Ressourcen gewirtschaftet – also Freiraum für das Wachstum geschaffen werden. Die Voraussetzungen für nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaften zu schaffen, erfordert einen kontinuierlichen Prozess. Dies wird durch die UmweltPartnerschaft Hamburg vom 7. März 2003 festgeschrieben. Sie umfasst u.a. den Klimaschutz, die Ressourcenschonung, den produktbezogenen Umweltschutz und die nachhaltige Unternehmensführung.

In Produktion und Handwerk gibt es noch Potenziale, die Effizienz des Energie- und Ressourcenverbrauchs unter wirtschaftlichen Bedingungen zu steigern. Investitionen dafür sind Teil einer Modernisierungsstrategie, die auch die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Unternehmen fördert. Zur Mobilisierung der Potenziale sind organisierte Wissensvermittlung und Anreize für effizienzsteigernde Investitionen notwendig – für einzelne Betriebe, für Branchen oder für bestimmte Produktionsprozesse. Diese Aufgabe wird kooperativ zwischen Verwaltung und Wirtschaft im Rahmen des Förderprogramms "Unternehmen für Ressourcenschutz - Das ist die Zukunft", als einem Baustein der UmweltPartnerschaft realisiert.

(16.) Der Senat beauftragt die Behörde für Umwelt und Gesundheit in Zusammenarbeit mit der Hamburger Wirtschaft, durch Information und Entwicklung von Anreizen Potenziale für ein nachhaltiges Wirtschaften zu mobilisieren und dem Senat darüber im Rahmen der jährlichen Bilanz zur UmweltPartnerschaft Hamburg zu berichten.

7.2 Flächenrecycling

Das Flächenrecycling altlastverdächtigter Flächen ist ein weiterer Ansatz zur Bereitstellung von Gewerbe-, aber auch Wohnflächen. Es trägt wesentlich dazu bei, die Inanspruchnahme von Grün- und Freiflächen zu vermeiden. Das Altlastensanierungsprogramm verbessert die Lebensqualität, weil damit die sichere Fortsetzung der Nutzungen, eine Wertsteigerung der Grundstücke und der Schutz der lebenswichtigen Ressource Trinkwasser erreicht werden.

Ziel ist es, jährlich etwa 30 Hektar recycelter Fläche für neue Nutzungen zur Verfügung zu stellen.

Zur Entwicklung altlastverdächtiger Flächen für eine vorgesehene Gewerbe- oder Wohnnutzung werden im Vorwege Untersuchungen zur Schadstoffbelastung und eine Beurteilung der möglichen Risiken und Mehrkosten erforderlich. Grundlage ist ein Altlasten-Brachflächenkataster, das einen wichtigen Teil des geplanten Behörden-Informationssystems zur Verbesserung des Flächenmanagements darstellt. Demselben Ziel dienen auch Vorhaben, mit denen ausgewählte Informationen über Altlasten und Böden (z.B. zur Geologie und zum Baugrund) interessierten Kreisen verstärkt über das Internet zugänglich gemacht werden sollen.

7.3 Ländliche Räume / Kulturlandschaften

Das Erleben von "Natur vor der Haustür" durch Spazieren gehen, Wandern, Rad fahren, Wassersport usw. hat einen hohen Stellenwert für die Erholung und Freizeitbetätigung der Hamburger Bevölkerung. Dem Schutz und der Entwicklung von Naherholungsräumen kommt daher in Hamburg eine wichtige Rolle zu, weil sie den unverwechselbaren Charakter der Metropole ausmachen und für Lebensqualität stehen.

Die über Jahrhunderte entstandenen Kulturlandschaften wie die Vier- und Marschlande mit Landwirtschaft und Gartenbau, das Alte Land als weltbekanntes Obstbaugebiet, die typische Knicklandschaft im Norden Hamburgs und die im Nordwesten liegende Baumschul-Region stellen für die Metropole ein unverwechselbares Merkmal dar. Eingebettet in diese Landschaften besitzt Hamburg einen hohen Freizeit- und Erholungswert, den es zu bewahren gilt.

Im Gegensatz zu manchen anderen Ballungszentren konnte Hamburg in seinen ländlichen Gebieten trotz der Einschränkungen durch notwendige Siedlungserweiterungen weitgehend intakte Strukturen bewahren. Hamburgs ländliche Gebiete haben sich als eigenständige Regionen mit wertvoller Funktionserfüllung gerade für die Stadtbevölkerung entwickelt. Große Teile der ländlichen Räume in Hamburg werden landwirtschaftlich, gartenbaulich, obstbaulich und forstwirtschaftlich genutzt. Zudem haben Sie wichtige Funktionen für den Natur-, Umwelt- und Ressourcenschutz (Trinkwasser, Natur- und Landschaftsschutzgebiete etc.). Sie weisen ein überaus vielgestaltiges und abwechslungsreiches Landschaftsbild auf und erfüllen neben der Versorgung mit Frischprodukten auch eine wichtige Naherholungsfunktion. Außerdem sind sie bedeutend für die Identität der Bewohnerinnen und Bewohner der Hamburger Region. Die Betriebe sind lebendiger und aktiver Kern der Dörfer und Kulturlandschaften. Sie prägen die ländlichen Regionen und geben ihnen ihren authentischen, hamburg-typischen und erlebbaren Charakter.

Gerade im Rahmen des Leitbildes "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" ist die Erhaltung dieser typischen und attraktiven Landschaftsräume mit ländlichem Charakter wichtig, sowohl als Wirtschaftsfaktor als auch als weicher Standortfaktor, der auf eine unaustauschbare Weise die Attraktivität Hamburgs erhöht.

Es gilt die Hamburger Kulturlandschaften weiterzuentwickeln, indem Landwirtschaft und Gartenbau ökonomisch tragfähig wirtschaften, gesunde, regionale Nahrungsmittel erzeugen sowie Naturschutz und Naherholungsangebote die regionalen Spezifika

der Landschaft erlebbar machen und damit zur Standortqualität Hamburgs beitragen. Die Erarbeitung einer Internet-Plattform zu Freizeit- und Erholungsangeboten in den Kulturlandschaften wird dabei geprüft.

Die "urbane Landwirtschaft" soll erhalten werden, indem

- Vorranggebiete für Landwirtschaft agrarstrukturell weiter entwickelt werden,
- ein nachhaltiges, ressourcenschonendes und beschäftigungsintensives Wachstum mit neuen Marktpotenzialen für mittelständische Unternehmen innerhalb eines multifunktionalen Agrarsektors und in seinen nachgelagerten Verarbeitungs- und Vermarktungsbereichen realisiert werden soll,
- bei der flächensparenden und agrarstrukturverträglichen Umwandlung von Flächen in Bauland speziell für die Hamburger Kulturlandschaften erarbeitete Konzepte für Ausgleich und Ersatz von Eingriffen in Natur und Landschaft konzipiert und genutzt werden (u.a. Ergebnisse i.R. der Prüfung von Ausgleichspotenzialen innerhalb Hamburgs),
- das Agrarpolitische Konzept des Senats im Sinne eines integrierten Konzeptes zur Entwicklung des ländlichen Raumes fortgeschrieben wird,
- die im Landschaftsprogramm definierte und in Entwicklungskonzepten für Hamburger Kulturlandschaften ortstypisch beschriebene Ausrichtung der Hamburger Kulturlandschaften weiter ausgearbeitet wird und
- die charakteristischen regionalen Besonderheiten und touristischen Potenziale herausgearbeitet und eine Profilierungsstrategie zur nachhaltigen Sicherung und Entwicklung der Kulturlandschaft, der Potenziale für den Tourismus, die Naherholung, den Naturschutz und die Landwirtschaft/Obstbau entwickelt werden.

Mit der Entscheidung, dass die Internationale Gartenschau 2013 auf den Elbinseln Wilhelmsburg und auf der Veddel ausgerichtet werden soll, besteht die einmalige Chance, die landschaftlichen und naturräumlichen Qualitäten der Metropole sowie deren Kulturgeschichte einer internationalen Öffentlichkeit zu präsentieren. Durch die Internationale Gartenschau und den "Sprung über die Elbe" (siehe Kap. 4.2) wird die Achse City - HafenCity - Wilhelmsburg - Harburg qualitativ fortentwickelt und die Kultur- und Stadtlandschaften der Elbinsel Wilhelmsburg werden positiv in Wert gesetzt.

Die Wälder sind ein weiterer Standortfaktor der zur Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner Hamburgs beiträgt und die es in ihrer Funktion zu schützen gilt. Insbesondere große zusammenhängende Waldflächen erfüllen nachhaltig Schutz- und Erholungsfunktionen. Aber auch kleinere Waldflächen z.B. in Parkanlagen erfüllen wichtige Funktionen für das Stadtklima, die Lärminderung und als Immissionschutz.

8. Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des Mobilitätsmanagements

Hamburg muss in Zusammenarbeit mit dem Bund dafür sorgen, dass für die Metropolregion eine leistungsfähige regionale und überregionale Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung steht und laufend verbessert wird. Diesem Ziel dienen die Hamburg betreffenden Infrastrukturmaßnahmen des fortgeschriebenen, am 02.07.2003 von der Bundesregierung beschlossenen Bundesverkehrswegeplans. Überdies wird die Behörde für Bau und Verkehr im III. Quartal 2003 den Maßnahmeteil des Verkehrsentwicklungsplans überarbeiten, aktualisieren sowie konkretisieren und der Senats-

kommission für Stadtentwicklung vorlegen. Darüber hinaus soll der zunehmende Einsatz von Telematik-Anwendungen künftig zu einer effizienteren Auslastung der vorhandenen Infrastrukturkapazitäten führen.

In Hamburg ist in zahlreichen Einzelprojekten der Einsatz intelligenter Telekommunikations- und Informationssysteme bereits weit fortgeschritten, wie z.B. in der Hafen-Logistik, im betrieblichen Bereich des ÖPNV und bei Verkehrssteuerungsanlagen im Straßenverkehr. Darüber hinaus wurde der Einsatz verkehrsträgerübergreifender Telematik-Systeme (Verkehrsinformationsdienste, Einigung auf Datenstandards bei Sendungserfassung und -verfolgung, Einführung bargeldloser Zahlungssysteme im ÖPNV usw.) insbesondere durch privatwirtschaftliche Initiativen und Finanzierungsmodelle vorangetrieben. Die Behörde für Bau und Verkehr hat der Senatskommission für Stadtentwicklung am 12.12.2002 zu Telematik-Anwendungen und Mobilitätsmanagement berichtet.

Der Arbeitskreis "Verkehrstelematik" der Behörde für Bau und Verkehr, der Behörde für Inneres und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit unterstützt und koordiniert laufende und geplante Aktivitäten im Rahmen folgender Maßnahmen, deren Kosten im Rahmen bestehender Haushaltsansätze getragen werden:

- **Workshop Telematik:** Im August 2002 fand in der Behörde für Bau und Verkehr ein Workshop und Erfahrungsaustausch statt, um einen Überblick über den Sachstand in anderen Metropolregionen und Städten zu gewinnen.
- **Verbesserung der Signalsteuerung:** Durch verkehrsabhängige (adaptive) Lichtsignalsteuerung anhand von online erfassten Daten könnte der Verkehrsfluss in Hamburg verbessert werden. Deshalb werden mit einem solchen System in einer Erprobungsphase in einem begrenzten Bereich Erfahrungen gesammelt, bevor die Anwendung - positive Ergebnisse vorausgesetzt - ausgeweitet wird.
- **Hafentelematik:** Für eine "Verkehrsinformationsplattform Hafen" liegen aufgrund einer Marktanalyse bei hafenbezogenen Betrieben klare inhaltliche Vorstellungen vor. In einem Probetrieb eines Prototyps sollen daher Dienste mit einer Kundenorientierung speziell zu Hafendienstleistungen aufgebaut werden. Nach dem Probetrieb werden Möglichkeiten von Public-Private-Partnership erkundet. In einer weiteren Stufe sollen zusätzliche Dienste eingerichtet werden.
- **Ausbau von Verkehrslage-Informationen:** In dem seit September 1999 bestehenden Internet-Service "Verkehrsinfo-Hamburg.de" sollen vermehrt online-Informationen zur Verkehrslage angeboten werden: z.B. zur Belegung der Parkhäuser in der Innenstadt (bereits umgesetzt) und zur Verkehrslage im Bereich der elbquerenden BAB A 7 und A 1 aus Verkehrsbeeinflussungsanlagen bzw. der BAB A 255/B 4/75.
- **Kooperation und Vernetzung operativer Einheiten:** Zur weiteren Verbesserung des Erkenntnisstandes zur Verkehrslage ist ein Erfahrungsaustausch zwischen der Verkehrsleitzentrale der Polizei und der Zentrale der Hamburger Hochbahn AG durchgeführt worden. Kooperationsmöglichkeiten wurden identifiziert und werden nun auf Realisierung geprüft. Die Behörde für Bau und Verkehr, die Behörde für Wirtschaft und Arbeit und die Behörde für Inneres intensivieren ihre Zusammenarbeit zur Erreichung eines integrierten Verkehrsmanagements für Hamburg und verfolgen dabei einen dezentralen Ansatz.
- **Kooperation über die Behörden hinaus:** Es bestehen bereits Kooperationen, u.a. mit dem NDR, dem ADAC, DAKOSY und BMW- Parkinfo. Bei einem verbrei-

terten Datenspektrum zum Verkehr, insbesondere im Online-Sektor, werden zusätzliche Kooperationen auch für die Wirtschaft an Interesse gewinnen. Die Zusammenführung aller Daten auf einer Plattform, an die private Partner andocken können, erscheint sinnvoll. Dazu sollen Vorarbeiten im Bereich Datengenerierung und Zusammenführung durchgeführt werden.

III. Zusammenfassung der Petita

Die Umsetzung der Arbeits- und Prüfaufträge aus dieser Drucksache sowie aus der Drucksache Nr. 2002/0672 wird im Rahmen der Task Force "Wachsende Stadt" verfolgt. Über die Ergebnisse der Umsetzung wird dem Senat nach einem Jahr erneut Bericht erstattet.

Der Senat wird gebeten, die folgenden Petita zu beschließen.

Der Senat beauftragt:

die Behörde für Bau und Verkehr:

- (1.) in Abstimmung mit den betroffenen Fachbehörden und den Bezirksamtern, alle bekannten Potenzialflächen für die Innenentwicklung zusammenzustellen, neue Flächen systematisch zu erheben, eine Einschätzung der Verfügbarkeit dieser Flächen vorzunehmen und der Senatskommission für Stadtentwicklung einen Bericht über den Stand der Umsetzung bis zum III. Quartal 2004 vorzulegen;
- (2.) (federführend), gemeinsam mit Senatskanzlei - Planungsstab - und Finanzbehörde den Konzeptentwurf für ein Wohninformationszentrum weiterzuentwickeln und insbesondere die Trägerschaft sowie die bedarfsgerechte Personal- und Sachmittelausstattung und deren Finanzierung festzulegen und dem Senat ein abgestimmtes Konzept bis zum IV. Quartal 2003 vorzulegen;
- (3.) die Behörde für Umwelt und Gesundheit, den Aufbau eines Clusters "Regenerative Energien" insbesondere für den Bereich der Wasserstofftechnologie zu prüfen und dem Senat über das Ergebnis dieser Prüfung bis zum I. Quartal 2004 zu berichten;
- (4.) die Behörde für Bildung und Sport, zu prüfen, wie eine Marketingkampagne für die Hamburger Schulen ausgestaltet werden könnte und dem Senat über die Ergebnisse bis zum IV. Quartal 2003 zu berichten;
- (5.) die Behörde für Bau und Verkehr, eine Konzeption einschließlich eines Finanzierungsplans für die Internationale Bauausstellung der Senatskommission für Stadtentwicklung bis zum IV. Quartal 2003 vorzulegen;

die Kulturbehörde:

- (6.) einen Kulturbericht für die Jahre 2002/2003 mit Ausblick auf die Jahre 2004/2005 bis zum II. Quartal 2004 vorzulegen;
- (7.) (federführend), in Zusammenarbeit mit der Behörde für Bildung und Sport, der Behörde für Soziales und Familie und der Behörde für Wissenschaft und Forschung unter Einbeziehung der Bezirksamter ein Rahmenkonzept Kinder- und Jugendkulturarbeit in Hamburg dem Senat bis zum I. Quartal 2004 vorzulegen;

die Behörde für Soziales und Familie:

- (8.) unter Einbeziehung der Arbeitsgruppe "Familien und kinderfreundliches Hamburg" relevante zukünftige Politikentscheidungen daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie geeignet sind, die Lebensbedingungen von Familien in Hamburg zu verbessern. Hierzu ist die Behörde für Soziales und Familie regelhaft an der ex-

- ternen Abstimmung entsprechender Drucksachen anderer Behörden zu beteiligen;
- (9.) über die Weiterentwicklung des Familienpolitischen Programms dem Senat bis zum I. Quartal 2004 zu berichten;
 - (10.) in Kooperation mit der Arbeitsgruppe "Familien- und kinderfreundliches Hamburg" unter Berücksichtigung von Public-Private-Partnership Vorschläge für eine kinderfreundliche Gestaltung der innerstädtischen Fußgängerzonen zu entwickeln und der Senatskommission für Stadtentwicklung über Möglichkeiten der Realisierung bis zum IV. Quartal 2003 zu berichten;

die Behörde für Umwelt und Gesundheit:

- (11.) die Konzeption "Spielraum Stadt" mit dem Schwerpunkt "Lebensqualität für Jugendliche im Stadtteil" fortzuschreiben und der Senatskommission für Stadtentwicklung ein Handlungskonzept bis zum I. Quartal 2004 vorzulegen;
zu prüfen,
- (12.) wie in Abstimmung mit dem Landesbund der Gartenfreunde in Hamburg e.V. Kleingärten zukünftig verstärkt für Familien mit Kindern zugänglich gemacht werden können;
- (13.) ob in Abstimmung mit der Behörde für Bau und Verkehr die städtebauliche Entwicklung neuer Wohngebiete durch eine räumliche Verzahnung mit Kleingartenflächen als hochwertige urbane Wohnform zur Reduzierung der Umlandabwanderung junger Familien beitragen kann und der Senatskommission für Stadtentwicklung über die Ergebnisse im II. Quartal 2004 zu berichten;
- (14.) im September 2003 ein Fachforum "Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in Hamburg" durchzuführen;
- (15.) ein Umsetzungskonzept "Freiraum und Mobilität für ältere Menschen" zu entwickeln, Pilotgebiete auszuwählen und der Senatskommission für Stadtentwicklung hierüber bis zum III. Quartal 2004 zu berichten;
- (16.) in Zusammenarbeit mit der Hamburger Wirtschaft durch Information und Entwicklung von Anreizen Potenziale für ein nachhaltiges Wirtschaften zu mobilisieren und dem Senat darüber im Rahmen der jährlichen Bilanz zur Umwelt-Partnerschaft Hamburg zu berichten.